

# TAU



## Themenroute Mitbestimmung





Themenroute 32

Themenroute Mitbestimmung



Kundgebung auf der Brücke der Solidarität am 20.01.1988; Foto: Manfred Vollmer/Fotoarchiv Ruhr Museum

## Wolfgang Jäger: Themenroute Mitbestimmung

### Der Kampf für eine menschenwürdige Arbeitswelt

Seit der Entstehung des Ruhrgebiets als industriellem Ballungsraum haben die Menschen für ein besseres Leben gekämpft. Ein ausreichendes Arbeitseinkommen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, gleiche Rechte für Männer und Frauen, gleiche Rechte für Einheimische und Zugewanderte sowie demokratische Mitspracherechte in den Betrieben waren und sind die Ziele ihres Engagements. Am Beispiel von 20 Erinnerungsorten in der Metropole Ruhr wird diese Geschichte erzählt, die bis in die Gegenwart von großer Bedeutung ist und weit in die Zukunft weist.

## Inhalt

Einleitung	
Einladung zur Themenroute	
Mitbestimmung . . . . .	6

## Standorte der Themenroute 32

Dortmund-Dorstfeld, Wirtshaus Schemmann, Dorstfelder Allee	
Der große Streik von 1889. Arbeiterausschüsse und die Gründung die Bergarbeitergewerkschaft. . . . .	7

Essen, Hauptverwaltung Schützenbahn 64	
Die Gründung der ersten christlichen Gewerkschaft in Essen 1894. . . . .	12

Bochum, Redaktion Wiarus Polski, Am Kortländer 8	
Die Gründung der polnischen Bergarbeitergewerkschaft 1902 . . . . .	16

Hamm, Gedenkstätte Zeche Radbod – Bergmannsdenkmal, Ermelinghofstr. 14	
Die Bergwerkskatastrophe in Hamm 1908. Die Radbod-Witwen und die Einführung des Sicherheitsmannes im Bergbau . . . . .	20

Bochum, Gedenktafel Universitätsstr. 38	
Bergarbeiterstreik 1912. Unterdrückung und Klassenjustiz im Kaiserreich: Die Bochumer Madonna . . . . .	25

Essen, RWKS, Frau-Bertha-Krupp-Str.	
Die Essener Sozialisierungsbewegung 1919. Der Kampf für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und aus Arbeiterausschüssen werden Betriebsräte . . . . .	28

Duisburg, Mahnmahl Ruhrorter Str. 11 -13	
Die Morde von Duisburg 1933 und die Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis . . . . .	32

Bochum, Fritz-Husemann-Platz	
Die Beerdigung des ermordeten Gewerkschaftsvorsitzenden Fritz Husemann in Bochum 1935 . . . . .	35

Bochum, Prinz-Regent-Str. 50-60	
Betriebsrätekonzferenz auf der Zeche Prinz Regent nach der Befreiung 1945 . . . . .	38

Hagen-Haspe, Hüttenplatz	
Entstehung der Montanmitbestimmung in Hagen-Haspe 1947. . . . .	41

Essen, Saalbau, Huyssenallee 53	
Der Kampf um die Montanmitbestimmung 1951 an der Ruhr. . . . .	45

Oberhausen, GHH-Hauptverwaltung, Essener Str. 55	
Der Streik für die Montanmitbestimmung 1955 in Oberhausen . . . . .	48

Gelsenkirchen, Dickkampstraße 8	
Der Textilarbeiterinnenstreik 1961 in Gelsenkirchen . . . . .	51

Essen, Ruhrkohlehaus, Frau-Bertha-Krupp-Str.	
Die Gründung der Ruhrkohle AG 1969 in Essen und der Gesamtsozialplan für die Steinkohle . . . . .	54

Gelsenkirchen, altes Amtsgericht, Ahstr. 22	
Der Kampf der Heinze-Frauen 1978 bis 1981 in Gelsenkirchen für Lohngleichstellung von Frauen und Männern . . . . .	57

Recklinghausen, Otto-Burmeister-Allee 1	
Die 12. Recklinghäuser Tagung der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie zur „Ausländerpolitik“ 1982 im Festspielhaus der Ruhrfestspiele . . . . .	61

Duisburg, Brücke der Solidarität	
Der Kampf um das Krupp-Stahlwerk 1987 in Duisburg-Rheinhausen . . . . .	64

Dorsten, Gedenkstein, Halterner Str. 105	
Der Kampf der Bergleute an der Ruhr 1997 für die Zukunft der sozialverträglichen Anpassung . . . . .	67

Bochum, Gemeinsame Arbeitsstelle Ruhr-Universität Bochum /Industriegewerkschaft Metall, Suttner-Nobel-Allee 4 (Opelring 1)	
Die Opel-Schließung in Bochum und der Sozialtarifvertrag von 2014 . . . . .	71

Rheinberg, Gaststätte „Zur Schopsbröck“, Römerstr. 8a	
Die Wahl des ersten Betriebsrates bei Amazon in Rheinberg 2013 und der Kampf um die Anerkennung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft als Tarifpartner 2021 . . . . .	74

Nachwort	
Die Metropole Ruhr - Ein sozialpolitisches Laboratorium seit 150 Jahren . . . . .	78

Impressum . . . . .	81
Der Autor . . . . .	81

## Einleitung

### Einladung zur Themenroute Mitbestimmung

Das Ruhrgebiet hat eine große und besondere Geschichte, die sich vor allem mit dem Steinkohlenbergbau und der Eisen- und Stahlindustrie verbindet. Wie in keiner anderen altindustriellen Region wird an ihren maßgeblichen Beitrag zur deutschen Geschichte, zur Industrialisierung und zum wirtschaftlichen Aufstieg erinnert.

Die Route Industriekultur des Regionalverbands Ruhr hat sich zur Aufgabe gemacht, anhand der großen industriellen Hinterlassenschaften, wie z. B. Zechen, Stahlwerken, Fabriken und Arbeitersiedlungen, an die Geschichte der Region zu erinnern. Viele Standorte sind zu besonderen kulturellen Begegnungsorten geworden, die Zeche Zollverein in Essen wurde sogar zum Weltkulturerbe ernannt.

Was in der Erinnerung der Region jedoch besondere Aufmerksamkeit verdient, sind die Menschen, die in den Fabriken und Zechen „malocht“ haben. Es ist spannend, was die Arbeitnehmer\*innen seit dem Beginn der Industrialisierung unternommen haben, um menschenwürdige Arbeitsbedingungen und auskömmliche Arbeitseinkommen zu erzielen.

Es war ein weiter, steiniger Weg bis in eine menschenwürdige Arbeitswelt, die Arbeitnehmer\*innen Rechte gab und sie zu Wirtschaftsbürger\*innen machte, die auch im Betrieb und Unternehmen mitbestimmen können.

Es fing an mit der Gründung von Gewerkschaften, dem solidarischen Zusammenschluss von abhängig Beschäftigten in eigenen, selbstbestimmten Organisationen, um damit eine Macht gegenüber den Unternehmern zu schaffen. Hinzu kam der Kampf für Beteiligungsrechte im Betrieb, der Durchsetzung des Betriebsrats, als Vertreter und Sprecher der Beschäftigten. Diese Mitbestimmung wurde im Steinkohlenbergbau an der Ruhr „erfunden“. Genauso kämpften die Arbeitnehmer\*innen für auskömmliche Löhne und die Sicherung des Lohnes durch Tarifverträge. Aber nicht nur dies. Sie leisteten

Widerstand gegen die Nationalsozialisten, die die Arbeitnehmerrechte mit Füßen traten. Nach der Befreiung 1945 setzten sie in der Eisen- und Stahlindustrie sowie im Steinkohlenbergbau die Montanmitbestimmung durch, die die Allmacht der Unternehmer beendete. Der Herr-im-Hause-Standpunkt der Unternehmer, die ihre Unternehmen nach militärischen Regeln geführt hatten, ging damit zu Ende. Zugleich sahen die Gewerkschaften in der Montanmitbestimmung einen zentralen Baustein der deutschen Demokratie, der den Missbrauch wirtschaftlicher Macht gegen die Demokratie unterbinden sollte. Zu gut hatten sie noch die Zusammenarbeit von Großunternehmen und Nazis in Erinnerung.

Aber nicht nur Männer im Ruhrgebiet haben Geschichte gemacht. Frauen demonstrierten für soziale Absicherung, streikten für bessere Löhne und kämpften für gleiche Bezahlung bis hin zum Bundesarbeitsgericht in Kassel. Die zugewanderten ausländischen Arbeitnehmer\*innen stritten für ihr Recht auf Gleichbehandlung und engagierten sich zusammen mit ihren deutschen Kolleg\*innen gegen Fabrik-schließungen und Zechensterben. Dabei standen die Betriebsräte und Gewerkschaften in der ersten Reihe, um Zukunftsperspektiven für altindustrielle Standorte zu finden und Massenentlassungen zu verhindern.

Die Geschichte des Kampfes für menschenwürdige Arbeitsbedingungen ist noch lange nicht zu Ende. Gewerkschaften, Betriebsräte und Tarifverträge stehen auch heute unter Druck, und müssen immer wieder aufs Neue erkämpft werden. Nur so kann die Demokratie in Deutschland gesichert werden, die ohne Mitbestimmung in der Wirtschaft keine stabile Grundlage hätte.

Anhand von 20 Erinnerungsorten wird im Folgenden die Geschichte der Mitbestimmung in der Metropole Ruhr erzählt. Oft sind es unspektakuläre Orte, Häuser, Plätze, Gedenktafeln, die an ein großes Ereignis erinnern. Es sind Ereignisse die bis heute für das Zusammenleben in der Metropole von großer Bedeutung sind und die Arbeitswelt geprägt haben. Aber nichts ist von Dauer, wenn sich Bürger\*innen nicht immer wieder für eine solidarische Gesellschaft engagieren.

## Standorte der Themenroute 32

### 1 Dortmund-Dorstfeld, Wirtshaus Schemmann, Dorstfelder Allee

#### Der große Streik von 1889. Arbeiterausschüsse und die Gründung der Bergarbeitergewerkschaft

„...soviel zu verdienen, daß wir unsere Familien ehrlich und ordentlich ernähren können.“

Diese Worte stammen aus dem Mund des Dortmunder Bergarbeiters Ludwig Schröder, die er gegenüber dem Deutschen Kaiser Wilhelm II. bei einem Empfang am 14. Mai 1889 in Berlin geäußert haben soll. Schröders Worte lassen erahnen, wie erbärmlich die Lebensverhältnisse der Bergarbeiter und ihrer Familien waren. Es ging schlicht darum, genug zum Essen zu haben. Dafür reichten die Löhne der Bergarbeiter nicht aus.

Die Audienz beim Kaiser war eine Sensation, zu der die drei Bergleute Ludwig Schröder, Fritz Bunte und August Siegel

vorgelassen worden waren. Es war höchst ungewöhnlich, dass einfache Untertanen vom Kaiser empfangen wurden, der ansonsten nur in adeligen Kreisen verkehrte. Wie konnte es dazu kommen?

Ende April 1889 waren auf den Zechen Präsident in Bochum und Friedrich-Ernestine in Essen vorwiegend jugendliche Bergarbeiter, die sogenannten Schlepper, in den Streik getreten. Die für den Kohletransport unter Tage zuständigen Schlepper waren erst wieder angefahren, als sie eine Lohn-erhöhung bekommen hatten. Das war das Signal für viele Bergleute, diesem Vorbild zu folgen und es begann ein Bergarbeiterstreik, der das Kaiserreich in seinen Grundfesten erschütterte. Nach dem Geschäftsführer des Unternehmerverbandes, des Bergbauvereins, Gustav Natorp, verbreitete sich der

„Ausstand [...] mit der Schnelligkeit eines Prairienbrandes [...] ohne daß unmittelbare Wahrnehmungen vorlagen, aus welchen die



Die drei Kaiser-Delegierten; Quelle: Bildgeschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung, S. 33

Blick von der Emscherbrücke in den Dorstfelder Hellweg mit den Gaststätten Ziegler (links) und Zum Deutschen Hause (vormals Schemmann, rechts) um 1900; Quelle: StA Dortmund



Schnelligkeit des Umsichgreifens der Bewegung hätte hergeleitet werden können“.

Von den Belegschaften der im Mai 1889 im Ruhrgebiet betriebenen 170 Bergwerke streikten am 14. Mai auf 127 Zechen 87.310 Bergleute, was 84 Prozent der gesamten Belegschaft entsprach. Der Unmut der Bergleu-



Friedrich Hammacher; Quelle: Stadtarchiv Dortmund

te hatte sich über viele Jahre aufgestaut. Sie erinnerten sich an den ersten großen, über vier Wochen dauernden Bergarbeiterstreik von 1872, der genauso ergebnislos zu Ende gegangen war wie die Versuche zur Gründung einer Gewerkschaft, die sowohl am staatlichen Verbot als auch an internen Querelen der unterschiedlichen Parteianhänger gescheitert waren. Ende der 1880er Jahre, mit dem Auslaufen des gegen die SPD gerichteten Sozialistengesetzes, das fast jegliche politische und gewerkschaftliche Betätigung verboten hatte, lebte das bergmännische Vereinswesen wieder auf und in zahlreichen Bergarbeiterversammlungen wurden Forderungen an die Bergbauunternehmer nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgestellt:

- 15 Prozent Lohnerhöhung,
- Wegfall der Überschichten,
- Acht-Stunden-Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt

waren die Hauptforderungen. Die Anfahrtswege unter Tage in den riesigen Bergwerken waren so weit geworden, dass eine normale Schicht über neun Stunden keine Ausnahme mehr und die traditionelle Schichtzeit von acht Stunden faktisch abgeschafft war. Bei den nicht seltenen Überschichten waren die Bergleute an einem Stück weit über 16 Stunden an ihrem Arbeitsplatz. Ein gewähltes zentrales Verhandlungskomi-



tee der Bergleute trug die Forderungen an den bergbaulichen Unternehmerverband heran. Wie 1872 weigerten sich die Bergbauunternehmer auch jetzt wieder kategorisch, in Verhandlungen einzutreten.

Der Empfang der Dortmunder Bergleute Fritz Bunte, Ludwig Schröder und August Siegel beim Deutschen Kaiser war umso erstaunlicher, da schon zu Beginn des Streiks Militär in Teile des Ruhrgebiets beordert worden war und in der ersten Streikwoche durch militärische Aktionen 11 Tote und 26 Verwundete zu beklagen waren. Dass der alte Reichskanzler Bismarck vom Empfang der Bergleute abgeraten hatte, dürfte damals nicht öffentlich bekannt gewesen sein, verdeutlicht aber die Besonderheit dieses Ereignisses. Der Kaiser, der auch eine Delegation der Bergbauunternehmer empfing, nahm eine vermittelnde Position ein, sodass es in Berlin erstmalig zu einer Besprechung zwischen den Streikparteien kam: auf der einen Seite die drei später so genannten Kaiserdelegierten der Bergleute und auf der anderen Seite der Vorsitzende des Bergbauvereins und nationalliberale Reichstagsabgeordnete Friedrich Hammacher. Die Ergebnisse des offensichtlich konstruktiven Gesprächs wurden in einem Protokoll festgehalten, das von beiden Seiten als Grundlage für eine Verständ-

igung der beiden Parteien gesehen wurde. In diesem sogenannten Berliner Protokoll ist zum ersten Mal, auf Initiative der Kaiserdelegierten, von einem „Ausschuß von Vertrauensmännern“ auf allen Bergwerken die Rede, mit denen bei der Durchführung von Überschichten eine Verständigung herbeigeführt werden sollte. Die Ausschüsse sollten alljährlich in freier Wahl von den Belegschaften gewählt werden, eine Form früher betrieblicher Mitbestimmung. Die Bergleute wollten nicht mehr wie „dumme Jungs“ behandelt werden, sondern auf gleicher Augenhöhe mit ihren Vorgesetzten arbeiten. Diese Initiative knüpfte an das bergmännische Delegationsprinzip an, dass mit der bewährten Wahl von Streikdelegierten eine direktdemokratische Struktur auf Dauer schaffen sollte.

Die Bergbauunternehmer waren jedoch zu keinen Zugeständnissen bereit und ließen ihren Verbandsvorsitzenden Hammacher fallen. Den Überlegungen zur Schaffung von Arbeiterausschüssen erteilten sie eine klare Absage, da sie ihren Herr-im-Hause-Standpunkt nicht in Frage stellen wollten. Der Streik endete nach vier Wochen Dauer ohne Ergebnis, aber mit der Einsicht, dass die Bergarbeiter eines festen organisatorischen Zusammenschlusses bedurften, um die Macht der Bergbauunternehmer brechen zu

Dieselbe Perspektive: Kreuzung Dorstfelder Allee und Dorstfelder Hellweg, (Foto W.J. 06.01.22) links die Gedenktafel des Fördervereins Alt-Dorstfeld e.V. Auf der Gedenktafel wird der Gasthof Ziegler unrichtigerweise als Tagungs-ort der Gründungsversammlung des Alten Verbandes angegeben. Sie fand im Wirtshaus Schemmann – früher auf der rechten Seite des Dorstfelder Hellwegs – statt. Eine Gedenktafel der IGBCE in der Karl Funke Str. 65 verlegt die Gründungsversammlung irrtümlich in die Karl Funke Straße und schon auf den 14. August 1889.

Postkarte Gasthof  
Ziegler; Quel-  
le: Stadtarchiv  
Dortmund



können. Ein Komitee der bergmännischen Knappenvereine lud zum Delegiertentag ein.

Am 18. August 1889 kamen 200 Delegierte der Bergleute von insgesamt 66 Zechen und 44 Knappenvereinen im Wirtshaus Schemmann gegenüber dem bekannten Gasthof Ziegler in Dortmund-Dorstfeld zusammen und gründeten den „Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen in Rheinland und Westfalen“, der später als „Alter Verband“ firmierte, da er die erste erfolgreiche dauerhafte Gründung einer Bergarbeitergewerkschaft war. Der Paragraph 1 des Statuts bestimmte:

„Der Verband bezweckt die Förderung der geistigen, gewerblichen und materiellen Interessen seiner Mitglieder. Diese sollen erreicht werden durch Abhaltung wissenschaftlicher Vorträge, Besprechungen von Verbandsangelegenheiten und wenn möglich, gewerblichen Unterricht, Lesen von Fachschriften, Gründung einer Verbandsbibliothek und Gewährung von Rechtsschutz bei gewerblichen und sonstigen Streitigkeiten. Religion und Politik sind in jeder Hinsicht total ausgeschlossen.“

Der demonstrative Ausschluss von Religion und Politik verweist auf die damals schwelenden Konflikte in der Bergarbeiterschaft.

Sozialdemokratische Bergleute und katholische Bergleute, die mit der Zentrums-Partei verbunden waren, hatten sich trotz tiefer ideologischer Gräben in einer gemeinsamen Gewerkschaft zusammengefunden, einer modernen Form von Einheitsgewerkschaft, wie sie heute üblich ist. Dies war für die politisch-kulturell gespaltene Gesellschaft des Kaiserreichs eine sensationelle Tat gewesen, die aber nicht von Dauer sein sollte. Zu groß waren die lebensweltlichen Unterschiede zwischen atheistischen Sozialdemokraten und vornehmlich katholischen Bergarbeitern, die dem kirchlichen Gemeindeleben eng verbunden waren. Als wichtige Verbandsführer sich als sozialdemokratische Reichstagskandidaten aufstellen ließen, war für die christlich-sozialen Bergarbeiter die Grundlage einer weiteren Zusammenarbeit in Frage gestellt. Sie gründeten noch in 1890 eine eigene christliche Bergarbeitergewerkschaft, die seit 1894 als Gewerkverein christlicher Bergarbeiter zur bedeutendsten christlichen Gewerkschaft im Kaiserreich und der Weimarer Republik werden sollte.

Wie nachteilig eine Konkurrenz von Gewerkschaften für Arbeitnehmer\*innen sein kann, zeigt sich heute noch, wenn sich bei der Deutschen Bahn AG zwei Gewerkschaften, die Eisenbahn- und Verkehrs-

gewerkschaft (EVG) und die Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL) im Wege stehen. In allen anderen Branchen gibt es diese Konkurrenz heute jedoch nicht mehr.

#### Biografien:

Fritz Bunte, 1858-1901, 1889 Bergmann auf Zeche Westphalia, Dortmund, 1. Vorsitzender des Alten Verbandes 1889/90.  
Ludwig Schröder, 1848-1914, 1889 Bergmann auf Zeche Zollern, Dortmund, 1. Vorsitzender des Alten Verbandes 1891-1896, 2. Vorsitzender 1898-1911.  
August Siegel, 1856-1936, 1889 Bergmann auf Zeche Zollern, Dortmund, 1891-1918 Exil in England, 1919-1929 Mitarbeiter beim Alten Verband.  
Gustav Natorp, 1824-1891, 1864-1891 Geschäftsführer des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund (Bergbauverein)  
Friedrich Hammacher, 1824-1904, 1858-1890 Vorsitzender des Bergbauvereins.

#### Literaturhinweise:

Köllmann, Wolfgang/Gladen, Albin: Der Bergarbeiterstreik von 1889 und die Gründung des „Alten Verbandes“ in ausgewählten Dokumenten der Zeit, Bochum 1969.  
Tschirbs, Rudolf: Die Ruhrunternehmer und der große Streik von 1889, in: Ditt, Karl/Kift, Dagmar (Hg.): 1889. Bergarbeiterstreik und Wilhelminische Gesellschaft, Hagen 1989, S. 87-112.  
Jäger, Wolfgang/Klaus Tenfelde: Bildgeschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung, München 1989.  
Kittner, Michael, Arbeitskampf. Geschichte-Recht-Gegenwart, München 2005.  
Frese, Karl-Heinz: Ganz Dorstfeld traf sich bei Ziegler... nur nicht die Gründer des Alten Verbandes, in: Heimat Dortmund, 3/2009, S. 18-21.

#### Museen:

Deutsches Bergbau-Museum Bochum: Rundgang „Steinkohle. Motor der Industrialisierung“  
Ruhr Museum Essen: Dauerausstellung, 3. Teil: Geschichte

## 2 Essen, Hauptverwaltung Schützenbahn 64

### Die Gründung der ersten christlichen Gewerkschaft in Essen 1894

(Hauptverwaltung des Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Essen, Schützenbahn 64, heute links vom Eingang des Welcome Hotels, Schützenbahn 58)

*„Weil die christlichen Bergleute dem sozialdemokratischen alten Verbands nicht angehören konnten, jedoch eine Organisation für notwendig hielten, gründeten sie den Gewerk-Verein christl. Bergarbeiter.“*

So heißt es schlicht im zweiten Heft der Gewerkschaftsbibliothek des christlichen Gewerkvereins von 1910. Seit der Gründung dieser Gewerkschaft in Essen waren seitdem 16 Jahre vergangen. Wie kam es zur Gründung der ersten dauerhaften christlichen Gewerkschaft in Essen 1894?

Schon bald nach der Gründung der Bergarbeitergewerkschaft 1889 - die der Alte Verband genannt wurde, da sie die älteste dauerhaft bestehende Gewerkschaft der Berg-



August Brust, der erste Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, 1896; Quelle: HdEG

leute war - verschärften sich die Querelen zwischen den unterschiedlichen Gruppen in der Bergarbeiterschaft. Da waren zum einen die alteingesessenen, kirchlich gebundenen Bergarbeiter, die sich in Katholiken und Protestanten spalteten, und zum anderen die atheistisch orientierten Bergarbeiter, die in den christlichen Kirchen lediglich Instrumente der Obrigkeit sahen. Zu letzteren passte das politische Bekenntnis zur Sozialdemokratie, die in ihrem Erfurter Programm von 1891 Religion zur Privatsache erklärte und für eine strenge Trennung von Staat und Kirche plädierte hatte. Dahinter stand die Religionskritik von Karl Marx, der Religion als „Opium des Volkes“ bezeichnet hatte. Das war für viele christlich gebundene Bergarbeiter schlicht eine Provokation, die es schwer machte, mit „Ungläubigen“ zu verkehren.

Aber auch die beiden christlichen Konfessionen standen sich ablehnend gegenüber, da jede für sich reklamierte, das einzig richtige Bekenntnis zu besitzen. Und dann kam noch hinzu, dass die Haltung zu Staat und Kaiser höchst unterschiedlich war. Während die sozialdemokratischen Bergarbeiter faktisch für die Abschaffung des Kaiserreichs kämpften und ihren Internationalismus beschworen, betonten die christlichen Bergarbeiter ihre Treue zu „Kaiser und Reich“. Zudem war die katholische Zentrumsparterie bemüht, dass die katholischen Bergarbeiter nicht in sozialdemokratisches Fahrwasser gerieten.

Schon 1890 war ein kurzlebiger Gegenverband mit Namen „Glückauf“ gegründet worden, als der Alte Verband sich zur Enteignung der Bergwerke und ihrer Überführung in genossenschaftliches Eigentum bekannt hatte. Als nun auf einem internationalen Bergarbeiterkongress in Berlin 1894 die entsandten Delegierten sich auch als Vertreter der Bergarbeiter aus Essen erklärten und in einer Resolution der Verstaatlichung der Bergwerke zugestimmt hatten, war ein erneuter Anlass für einen Gründungsversuch gegeben.

Der Essener Bergarbeiter August Brust ergriff die Initiative zur Gründung einer eigenständigen christlichen Bergarbeitergewerkschaft, die Mitglieder beider christlicher Konfes-



Hauptgeschäftsstelle Essen, Schützenbahn 64

sionen umfassen sollte, also ein interkonfessioneller Zusammenschluss, was angesichts der Gegensätze zwischen den Konfessionen ein mutiger Schritt war. Am 28. Oktober 1894 wurde auf einer Versammlung mit 283 Delegierten der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter in Essen gegründet. Während die neue Gewerkschaft von katholischer Seite breite Unterstützung erfuhr, hielten sich die Repräsentanten der evangelischen Bergarbeiter zurück, die die Gewerkschaftsgründung im Fahrwasser der gegnerischen katholischen Zentrumsparterie sahen.

Im Statut der neuen Gewerkschaft wurde festgeschrieben, dass eine „Anbahnung und Erhaltung einer friedlichen Übereinkunft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ angestrebt werden sollte, eine klare Absage an den Klassenkampf. Dafür sollten „Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Lohnfragen“ stattfinden, eine Erwartung, die sich erstmalig aber erst 1918 nach dem verlorenen Weltkrieg erfüllen sollte. Die christlichen Gewerkschaften bekannten sich schon im Kaiserreich zur Sozialpartnerschaft, der Zusammenarbeit

von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, was sie aber nicht davon abhielt, zum Streik als letztes Mittel zu greifen. Aber ebenso forderte der Gewerkverein in seinen Statuten „ein Mitbestimmungsrecht über die Verwendung der in die Zechenunterstützungskassen fließenden Beiträge“ und die „Hinzuziehung praktisch erfahrener Bergleute“ bei der Durchführung der bergpolizeilichen Vorschriften“, Forderungen, die genauso vom Alten Verband erhoben wurden.

Die nationale Orientierung und die Ablehnung der Sozialdemokratie wurden im Statut ausdrücklich festgeschrieben:

„§ 3. Der Verein steht treu zu Kaiser und Reich. Im übrigen schließt er die Erörterung konfessioneller und politischer Parteiangelegenheiten aus. [...] § 8. Durch den Eintritt in den Gewerkverein bekennt sich jeder als Gegner der sozialdemokratischen Grundsätze und Bestrebungen.“

Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter wurde zu einem ernsthaften Konkurrenten

Hauptverwaltung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter seit 1912; Quelle: Bildgeschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung, S. 60/61

Grabmal Heinrich Imbusch; Imbusch wurde 1945 anonym bestattet. Nach 1945 bekam das Grab auf dem Parkfriedhof in Essen-Huttrop einen imposanten Grabstein, der aber seit 2021 nicht mehr existiert; Quelle: IGBE: 11. März 1933. Ein Tag der Mahnung, 1983, S. 40



für den freigewerkschaftlichen, der Sozialdemokratie verbundenen Alten Verband von 1889. Um die Jahrhundertwende war nicht entschieden, welche Gewerkschaft die größere werden sollte. Erst später konnte der Alte Verband den Gewerkverein hinter sich lassen. Der Gewerkverein dehnte sich über



Heinrich Imbusch 1929; Quelle: Bildgeschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung, S. 137

ganz Deutschland aus, behielt seine Zentrale in Essen, im Gewerkschaftshaus Schützenbahn 64. Zur charismatischen Führungspersonlichkeit des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter wurde der Essener Heinrich Imbusch, der von 1919 bis zur Auflösung des Gewerkvereins durch die Nazis 1933 den Vorsitz innehatte. Schon 1908 hatte der gelernte Bergmann, seit 1905 Redakteur der christlichen Bergarbeiterzeitung, eine 700 Druckseiten füllende imposante Geschichte der Bergarbeiter vorgelegt. 1933 floh Imbusch vor den Nazis ins noch freie Saargebiet und tauchte später in Belgien unter. 1942 kam er, von den Nazis unentdeckt, zurück nach Essen und starb am 16. Januar 1945 entkräftet im Untergrund.

1945 schlossen sich die überlebenden christlichen Gewerkschafter mit den Gewerkschaftern des Alten Verbandes zur neuen Einheitsgewerkschaft zusammen, was nach dem ersten gescheiterten Versuch von 1889 nun endgültig gelang. Erst der Zusammenschluss aller Bergleute in einer Einheitsgewerkschaft schuf die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Gewerkschaftspolitik im Bergbau, die das Ruhrgebiet vor schweren Wirtschaftskrisen mit Massenarbeitslosigkeit bewahrte.

### Literaturhinweise

Hiepel, Claudia: Arbeiterkatholizismus an der Ruhr. August Brust und der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, Stuttgart 1999.  
 Imbusch, Heinrich: Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau. Eine geschichtliche Darstellung (1908). Mit einer Einleitung zum Nachdruck von Klaus Tenfelde, Berlin/Bonn 1980.  
 Schneider, Michael: Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982.  
 Wolfgang Jäger: Heinrich Imbusch gehört zu den Vätern der Einheitsgewerkschaft, in: ders. Soziale Sicherheit statt Chaos. Beiträge zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung an der Ruhr, Essen 2018, S. 178-182.  
 Schäfer, Michael: Heinrich Imbusch. Christlicher Gewerkschaftsführer und Widerstandskämpfer, München 1990.  
 Jäger, Wolfgang: Bergarbeitermilieus und Parteien im Ruhrgebiet. Zum Wahlverhalten des katholischen Bergarbeitermilieus bis 1933, München 1996.

### Kurzbiografien

August Brust, 1862-1924, 1889 Mitglied Alter Verband, 1894-1904 Erster Vorsitzender Gewerkschaft Christlicher Bergarbeiter Deutschland, 1903-1924 Mitglied des Preussischen Landtags für die Zentrumspartei.  
 Heinrich Imbusch, 1878-1945, 1897 Mitglied Gewerkschaft, 1905-1919 Redakteur der Gewerkschaftszeitung, 1919-1933 Erster Vorsitzender des Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter Deutschland, 1919-1933 Mitglied des Reichstags für die Zentrumspartei.



### 3 Bochum, Redaktion Wiarus Polski, Am Kortländer 8

#### Die Gründung der polnischen Bergarbeitergewerkschaft 1902

„Klein-Warschau, die Kaderschmiede in Bochum“

Ende Juni 1899 begann ein Streik jugendlicher polnischer Bergarbeiter auf der Zeche Von der Heydt in Herne-Baukau, der sich gegen eine für sie völlig überraschende Lohnkürzung richtete. Umgehend schlossen sich auch ihre Landsleute auf der benachbarten Zeche Julia an. Was war geschehen? Die Beiträge zur bergmännischen Sozialversicherung, der Knappschaft, waren unter Mitwirkung der deutschen Arbeitervertreter erhöht worden, wovon die polnischen Bergleute aber keinerlei Kenntnis bekommen hatten. Erst am Tag der Lohnzahlung mussten sie gewärtigen, dass sie weniger Lohn als in der vorangegangenen Woche erhielten. Die Erhöhung der Knappschaftsbeiträge betraf allerdings nur die Schlepper und Pferdetreiber, während die qualifizierten (Kohle-)Hauer schon längst den höheren Beitrag zahlten, sie also keine Lohnkürzungen erfuhren. Diese Unter-



Ehemalige Klosterstraße, heute Am Kortländer in Bochum; Quelle Porta Polonica

schiede zwischen den Bergleuten besaßen noch eine besondere nationale Aufladung, da die Polen den überwiegenden Teil der unqualifizierten Arbeitskräfte stellten und bei den Hauern eher deutschsprachige Arbeiter dominierten. Wie war es dazu gekommen?

Seit den 1870er Jahren und vermehrt ab 1890 waren Tausende Polen aus den preußischen Ostprovinzen von den Bergbauunternehmern angeworben worden. 1899 waren von 206.616 Bergarbeitern insgesamt rund ein Drittel aus dem Osten zugewandert. In den Bergrevieren Herne, Recklinghausen und Gelsenkirchen konzentrierten sich die Zuwanderer und um die Jahrhundertwende gab es 19 sogenannte „Polenzechen“, mit einem Anteil fremdsprachiger Bergarbeiter von mehr als 50 Prozent. Die ganz überwiegend männlichen, jugendlichen Zuwanderer, die aus der verarmten, unterbäuerlichen Bevölkerung Ostelbiens kamen, waren in eine für sie völlig fremde Welt gekommen, in der die vergleichsweise guten Löhne im Bergbau und die Wohnungen in den Zechenkolonien die einzigen Attraktionen waren. In der Hierarchie auf den Bergwerken nahmen sie die unteren Positionen ein, da sie keine Erfahrung mit der Arbeit unter Tage hatten und aufgrund mangelnder deutscher Sprachkenntnisse für Leitungsauf-



## Schild erinnert an Streik 1899

Feier in der U-Bahn-Station

Auf dem Schild, das gestern in der U-Bahn-Station an der Kreuzkirche enthüllt worden ist, steht selbstverständlich drauf, um was es geht.

Mädchen und Jungen aus den neunten Klassen der Erich-Fried-Gesamtschule unternehmen jährlich eine sogenannte Gewerkschafts- und Stadtrallye. Bei der Vorbereitung einer dieser Veranstaltungen waren die Schüler auf ein historisches Ereignis gestoßen: Am 25. Juni 1899 hatte in einer der Herner Hauptkirchen benachbarten Bergarbeiter-Streik seinen Anfang genommen.

Für den Wahlpflichtkurs „Ruhegebiet vor Ort“ bedeutete dies den Beginn umfangreicher Recherchen. Zusammen mit ihrem Lehrer Ulrich Kindt machten sich die Neuntklässler auf Spurensuche.

Sie erfuhren, dass die Kumpel es zu jener Zeit mit äußerst ungünstigen Arbeitsbedingungen zu tun hatten. Außerdem wurden sie schlecht bezahlt. Als 1899 die Knappschaftsbeiträge für „unständige“ Bergleute, also

#### Aus den Schulen

für nicht fest Angestellte, die meist aus Polen kamen, verdoppelt werden sollten, kam es zu jener Streikversammlung im Gasthaus Bomm. Die Polizei löste die Zusammenkunft gewaltsam auf. Damit begann der Streik, an dem sich fast 2 000 Kumpel beteiligten.

„Erich Fried, der Namensgeber unserer Schule, stand als



Feierstunde in der U-Bahn-Station an der Kreuzkirche: Jungen und Mädchen aus der Erich-Fried-Schule weihen die Plakette ein, die an den Bergarbeiter-Streik 1899 erinnert. waz-Bild: Marco Siepiak

Verfolgter des Nazi-Regimes und als Schriftsteller für die Grundrechte der Menschen ein“, sagte gestern Schulleiter Norbert Hoffmann. „Diesem Menschenbild fühlt sich die Schulgemeinde verpflichtet.“ Mit Unterstützung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) kam die Gedankenplakette zu Stande, die gestern festlich eingeweiht wurde, mit Gesang umrahmt durch den Knappenchor Blumenthal/Haard. geo

gaben nicht in Frage kamen. Von staatlicher Seite wurden die Polen als ein Fremdkörper im deutschen Kaiserreich gesehen und die Polenpolitik unter das Ziel der „Germanisierung“ der Polen gestellt. In der Denkschrift des Oberpräsidenten von Westfalen zur „Germanisierung“ von 1898 heißt es dazu:

„An den Polen selbst wird damit ein gutes Werk vollzogen, denn es tritt dann an die Stelle eines minderwertigen, stets zu Exzessen geneigten, namentlich auch in dem weiblichen Theile mit bedenklichen Eigenschaften ausgestatteten Elementes ein solches, dem die wirtschaftliche und sittliche Überlegenheit des Deutschtums in vollem Umfange zugute kommen kann.“

Das war blanker Rassismus, auf den die Polen mit einem engeren Zusammenschluss ihrer eigenen Reihen antworteten, was im aufblühenden polnischen Vereinswesen an der Ruhr seinen Ausdruck fand.

Zurück zu den Herner Ereignissen im Juni 1899. Hatte man den ersten Arbeitsniederlegungen auf den Herner Zechen behördlicherseits nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt, da man um die impulsive Auftreten der jungen polnischen Bergarbeiter wusste, so änderte sich die Lage dramatisch, als eine anberaumte Versammlung der Bergarbeiter

von den anwesenden Gendarmen wegen Überfüllung aufgelöst wurde. Zu dieser Versammlung war eine zweisprachige Einladung in der Druckerei des sog. Alten Bergarbeiterverbandes in Bochum erstellt worden, die die polnischen Bergleute über die Hintergründe der Lohnkürzung aufklären sollte. Daraus wurde nichts. Der Unmut der polnischen Bergarbeiter über die Versammlungsauflösung entlud sich nun gegenüber der Polizei und führte zu tumultartigen Szenen. Die Polizei schlug mit „blanker Waffe“ zurück und machte erste Festnahmen. Daraufhin weitete sich der Streik auf insgesamt sechs Herner Zechen aus. Zu einer dramatischen Zuspitzung der Ereignisse kam es, als bei einer Menschenansammlung auf der Herner Hauptstraße die Polizei erneut einschritt und Schüsse fielen. 16 Personen aus der Menge wurden verletzt, zwei der Verletzten kamen zu Tode. Die „Schlacht in der Bahnhofstraße“, wie sie bald titulierte wurde, veranlasste die Behörden reguläres Militär nach Herne zu beordern, insgesamt 2000 Fußsoldaten und 150 Berittene. Damit war das gewaltsame Ende des Streiks besiegelt.

Die polnischen Bergarbeiter waren enttäuscht von ihren deutschen Kollegen und den beiden deutschen Bergarbeitergewerkschaften, die sie in ihrem Kampf alleine gelassen hatten. Beide Gewerkschaften, die

Bericht über die Installation einer Erinnerungstafel zum Streik der polnischen Bergleute 1899. Der Verbleib der Tafel ist 2021 unbekannt; Quelle: WAZ 22.01.2000

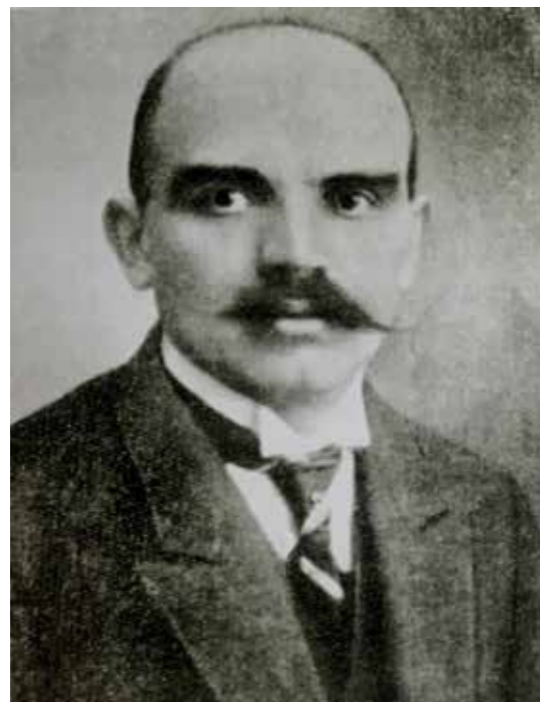
dabei waren, ihre Organisationen in mühevoller Kleinarbeit aufzubauen und die um die verheerenden Folgen von Streikniederlagen wussten, hatten nur ein geringes Interesse an der Gewinnung polnischer Bergarbeiter als Gewerkschaftsmitglieder gezeigt und hielten die Zeit nicht für reif, die Machtprobe mit den Bergbauunternehmern zu wagen.

Aber auch die deutschen gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter waren nicht frei von Vorurteilen gegenüber ihren polnischen Kameraden. Der Alte Verband schrieb nicht vom Streik, sondern von den „Herner Krawallen“, für die die Bergbauunternehmer verantwortlich seien, da sie die Polen als „Schutzwehr des Kapitals“ gegen die Bergarbeitergewerkschaft aufhetzen würden, „um den Lohn ihrer deutschen Brüder ... zu drücken“. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter sah die Ursache „des Ausstandes“ in der „tiefgehenden Unzufriedenheit der fremden jugendlichen Arbeiter“. Zugleich verwies er aber auch, in rassistischer Tonlage, auf die vermeintlich „niedrige [...] Kulturstufe“ der polnischen Zuwanderer, auf der sie „das Junkertum der östlichen Provinzen mit Gewalt gehalten“ habe. Und weiter: „Wegen des niedrigen Knechtsinns und einer gewissen heimtückischen Natur sind diese Arbeiter auch meistens von den hiesigen Leuten gemieden. ... Erregtes

und hitziges Temperament ist ebenfalls eine unglückliche Eigenschaft, namentlich der Arbeiter polnischer Nationalität.“

Als dann noch die deutschen Bergarbeitergewerkschaften die Bergpolizeiverordnung von 1899 nachdrücklich begrüßten, die die gestufte Beherrschung der deutschen Sprache an die Arbeitsaufnahme und beruflichen Aufstieg koppelte, war die Integration der Polen in die deutsche Bergarbeiterbewegung endgültig gescheitert.

Am 11. November 1902 wurde in Bochum eine polnische Bergarbeitergewerkschaft, die Polnische Berufsvereinigung „Zjednoczenie Zawodowe Polskie“ (ZZP) in den Redaktionsräumen des „Wiarus Polski“, Klosterstr. 8 (heute Am Kortländer) gegründet, mit dem Bergmann Jan Rejer an der Spitze. Die polnische Zeitung der Polen an der Ruhr hatte für die Gründung einer eigenen Gewerkschaft geworben, nicht zuletzt um die nationale Bindung der Ruhrpolen zu stärken. In derselben Straße wie der „Wiarus Polski“ nahm auch das ZZP seinen Sitz, wie auch weitere polnische Organisationen und Einrichtungen, die die Klosterstraße in Bochum zur polnischen Kader-Schmiede machten. In der deutschen Bevölkerung hieß das Organisationszentrum der Ruhrpolen „Klein-Warschau“. Das ZZP entwickelte sich schnell zur



Stefan Rejer, 1. Vorsitzender des ZZP; Franciszek Manowski, seit 1908 Leiter der Bergarbeiter-Abteilung des ZZP; Quelle: Bildgeschichte der Bergarbeiterbewegung, S. 53

dritten großen Bergarbeitergewerkschaft an der Ruhr und stand mit den deutschen Bergarbeitergewerkschaften im großen Streik 1905 einmütig zusammen. Danach beteiligte er sich auch an den Wahlen zu den per Gesetz obligatorisch eingeführten Arbeiterausschüssen auf den Zechen, gegen die sich die Bergbauunternehmer jahrelang gestemmt hatten. Genauso wie die Mitglieder der anderen Bergarbeitergewerkschaften wollten die Polen endlich auf den Zechen mitbestimmen und die Alleinherrschaft der Bergbauunternehmer, der treffend Grubenmilitarismus genannt wurde, in die Schranken weisen.

Die Geschichte der Ruhrpolen spiegelt die frühen Konflikte einer Migrations-Gesellschaft, die von den Zeitgenossen nicht wirklich ernst genommen wurden. Die Polen wurden oftmals in Bergarbeiterkolonien gepfercht, die polnische Ghettos waren, ohne Kontakte zur einheimischen Bevölkerung. Manche der Alteingesessenen glaubten, dass die Polenbeschäftigung im Bergbau nur eine vorübergehende Angelegenheit sei und dass sich die Polen, die länger blieben, den Erwartungen der einheimischen Bevölkerung anpassen und ihre eigene Kultur ablegen müssten. Als in den 1950er Jahren erneut fremdsprachige Arbeitnehmer\*innen nach Westdeutschland kamen, schien sich die Geschichte von der Jahrhundertwende zu wiederholen.

## Literaturhinweise

Kleßmann, Christoph: Klassensolidarität und nationales Bewußtsein. Das Verhältnis zwischen Polnischer Berufsvereinigung (ZZP) und den deutschen Bergarbeiter-Gewerkschaften im Ruhrgebiet 1902-1923, in: IWK, 10 (1974), S. 140-178.  
Kleßmann, Christoph: Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870-1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft, Göttingen 1978.  
Tenfelde, Klaus: Die ‚Krawalle von Herne‘ im Jahre 1899, in IWK 15 (1979), S. 71-104.  
Osses, Dietmar: Von Pawlak und Kuzorra bis Schimanski und Piszczek. Erinnerungsort Ruhrpolen, in: Berger, Stefan u.a. (Hg.): Zeit-Räume Ruhr. Erinnerungsorte des Ruhrgebiets, Essen 2019, S. 220-237.  
Kulczycki, John J.: The Foreign Worker and the German Labor Movement. Xenophobia and Solidarity in the Coal Fields of the Ruhr, 1871-1914, Oxford/Providence 1994.  
Peters-Schildgen, Susanne: „Schmelztiegel“ Ruhrgebiet. Die Geschichte der Zuwanderung am Beispiel Herne bis 1945, Essen 1997.

<https://zeche-hannover.lwl.org/de/themenschwerpunkt-migration/>  
<https://www.porta-polonica.de/de>  
<https://www.porta-polonica.de/de/atlas-der-erinnerungsorte/von-polnischen-kumpels-polenzechen-und-ostarbeitern-ein-blick-auf-100>  
<https://www.porta-polonica.de/de/atlas-der-erinnerungsorte/bochumer-schmiede?page=1#body-top>  
Bochumer Schmiede an der Klosterstrasse - Hörspiel von „COSMO Radio po polsku“ auf Deutsch: <https://www.porta-polonica.de/de/atlas-der-erinnerungsorte/bochumer-schmiede?page=1#lg=10&slide=0>  
<https://www.coolibri.de/magazin/orte-kortlaender-kiez-bochum/>

#### 4 Hamm, Gedenkstätte Zeche Radbod – Bergmanns- denkmal, Ermelinghofstr. 14

##### Die Bergwerkskatastrophe in Hamm 1908. Die Radbod-Witwen und die Einführung des Sicherheitsmannes im Bergbau

*Die Demonstration der Radbod-  
Witwen am 1. Mai 1909:  
„Verübung Groben Unfugs“*

So beurteilte das Amtsgericht Hamm im Mai 1909 eine friedliche Demonstration von mehreren Hundert Frauen und ihren Kindern in der Stadt Hamm am 1. Mai 1909. Was steckte dahinter?

Am 12. November 1908 hatte sich die bislang größte Bergwerkskatastrophe im deutschen

Steinkohlenbergbau ereignet. Auf einen Schlag waren 348 Bergleute durch eine Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion getötet worden. Die seit 1906 fördernde Zeche Radbod bei Hamm war total zerstört worden und insgesamt waren 351 tote Bergleute zu beklagen. Die Grubenbrände unter Tage erschwerten die Rettungsversuche, die nach 15 Stunden abgebrochen werden mussten. Um die Feuer zu löschen wurde das Bergwerk bis zu einer Tiefe von 200 Metern unter Wasser gesetzt, ohne zuvor die Toten oder möglicherweise noch Überlebende zu bergen. Erst nach drei Monaten konnte die Zeche wieder befahren werden, die Aufräumarbeiten und die Bergung der Toten dauerten bis ins Jahr 1910. Diese beispiellose Katastrophe blieb lange in der öffentlichen Diskussion und löste eine Welle der Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung aus, die sogar bis in höchste Kreise reichte.

235 Witwen hatten ihre Männer und 635 Kinder ihre Väter verloren. Die Hinterbliebenen erhielten ein kleines Sterbegeld und eine bescheidene Rente aus der Unfallversicherung. Zunächst durften sie in den Häusern der Zechenkolonie weiterwohnen und die Witwen waren darauf angewiesen, etwas hinzu zu verdienen. Allerorten fanden Sammlungen für die Hinterbliebenen statt, die in den Zeitungen dokumentiert wurden. Die Spenden, die die Bergarbeiter-Zeitung des Alten Verbandes laufend veröffentlichte, beliefen sich schließlich auf 28.000 Mark und wurden den Hinterbliebenen direkt zugeleitet, bei einem Bergarbeiterschichtlohn von rund 5 Mark ein stattlicher Betrag. Das größte Spendenaufkommen erzielte ein von hohen Beamten geleitetes zentrales Hilfskomitee in Münster, in das eine Einzelspende Kaiser Wilhelms II. über 25.000 Mark einfluss. Der nach Hamm gereiste Kronprinz initiierte eine

„Sammlung des Kronprinzenpaares“ und Ende Januar waren fast 1,6 Millionen Mark in der Kasse in Münster zusammengekommen. Da aber aus dieser zentralen Sammlung bei den Witwen keine Unterstützung ankam, organisierten sie im Januar 1909 eine erste Protestversammlung. In einem Bericht heißt es:

„Die Witwen wünschten, endlich einmal zu hören, wie und wann das Geld, das lediglich für sie und ihre Kinder gesammelt wurde, verteilt werden soll.[...] Zirka 200 Frauen und Mütter, deren Ernährer auf Zeche Radbod zu Tode gekommen sind, verwahren sich dagegen, dass das Zentral-Hilfs-Komitee, welches ausschließlich aus [...] Personen besteht, die von der Lage der Arbeiter und deren Frauen gar keine Ahnung haben, uns zumutet, die von der Oeffentlichkeit für uns gespendeten Gelder nicht verwalten zu können. Es ist eine Rohheit, die seines-



Die Grubenkatastrophe auf Grube „Radbod“ 1908.

Die entsetzliche Explosion auf der Grube „Radbod“ hat weit über 300 Opfer gefordert. Die Grube ist polizeilich abgesperrt, und stehen Tag und Nacht grosse Menschenmengen davor, voller Sorge auf Nachricht wartend.



Zum Bergwerksunglück in Westfalen.

Eine Tafel mit den Namen der ums Leben gekommenen Bergleute ist an der Trinkhalle der Grube angeschlagen und wird von den Angehörigen umlagert.

gleichen sucht, dass man das, nachdem unsere Ernährer auf dem Schlachtfelde der Industrie zu Hunderten dahingemordet, uns auch noch solche Beleidigungen ins Gesicht zu sagen wagt, wie, wenn ihr das Geld auf einmal bekommt, bringt ihr euch ja um.“

Im März reichten sechs Witwen eine Zivilklage gegen das Hammer Lokalkomitee ein und beantragten die anteilige Auszahlung der Spenden an die Hinterbliebenen. Daraufhin wurden die Leistungen für die klagenden Witwen eingestellt und mit der Kündigung der Wohnungen gedroht. Als die Witwen daraufhin am 1. Mai 1909 für ihre Sache mit schwarzer Trauerkleidung und rotem Tuch demonstrierten, wurden sie vom Amtsgericht Hamm „wegen Verübung groben Unfugs mit je 25 Mark ev. 5 Tagen Haft bestraft.“ Ende Mai 1909 wurde dann sogar eine Räumungsklage gegen eine der klagenden Witwen

vollstreckt und ihre sechs Kinder mussten in ein katholisches Waisenhaus gehen.

Das zentrale Hilfskomitee hatte die Hilfgelder in öffentlichen Darlehen angelegt und nur sehr bescheidene, langjährige Auszahlungen aus den Zinserträgen vorgesehen, die die Not der Hinterbliebenen nicht wirklich lindern konnten. Noch 1929 schrieben die Radbod-Witwen nach Münster und fragten nach dem Verbleib des Spendengeldes. Ende 1932 wurde eine Schlusszahlung der Radbodspende von 31,72 RM an die Hinterbliebenen ausgezahlt. Die Witwen der Radbod Opfer hatten sich über Jahre gewehrt, ohne dieselbe machtvolle Position wie die Bergarbeiter zu besitzen, die mit dem Mittel des Streiks die Bergbauunternehmer unter Druck setzen konnten, was dann auch die Obrigkeit in Aufregung versetzte. Den Hinterbliebenen der tödlich



Die Beerdigung der bei der „Radboder“ Grubenkatastrophe ums Leben gekommenen Knappen. 1908

Auf schwarz drapierten Rollwagen wurden die Särge der verunglückten 36 Bergleute von der Zeche aus nach dem Friedhof gebracht, auf dem die feierliche Beisetzung stattfand.

verunglückten Bergleute wurde hingegen keine vergleichbare Aufmerksamkeit zu Teil.

Die Radbod-Katastrophe war der Anlass für die gesetzliche Einführung des Sicherheitsmanns, eine langjährige Forderung der Bergarbeitergewerkschaften. Aus den Reihen der Bergarbeiter musste nun für jedes Steigerrevier ein Sicherheitsmann gewählt werden, der zusammen mit der Werksleitung eine regelmäßige Sicherheitskontrolle durchführte sollte. Wenngleich die Gewerkschaften die Abhängigkeit des auf demselben Bergwerk beschäftigten Sicherheitsmannes thematisierten und stattdessen für staatlich finanzierte Grubenkontrolleure warben, riefen sie zur Wahl des Sicherheitsmannes auf, die eine erstaunlich hohe Wahlbeteiligung von 56 Prozent brachte. Den Unfallgefahren wurde nun, wie die Bergaufsicht berichtete, eine größere Aufmerksamkeit

geschenkt, sowohl von Seiten der Werksleitungen als auch der Bergarbeiter, die gewärtigen mussten, dass der Sicherheitsmann sie zu größerer Vorsicht anhielt. Für die Bergbauunternehmer waren die Sicherheitsmänner lediglich ein Zugeständnis an die „sozialistischen Wohlfahrtsfritzen“ – womit Sozialdemokraten und Gewerkschafter gemeint waren - und sie sahen ihren Herr-im-Hause-Standpunkt ernsthaft bedroht: „Diese Einrichtung von Arbeiterkontrolleuren ist der erste gefährlichste Schritt in den sozialen Staat hinein.“ In der Tat waren die Sicherheitsmänner nach den gesetzlich vorgeschriebenen Arbeiterausschüssen von 1905 eine weitere Etappe auf dem Weg zur Mitbestimmung. Heute muss es in jedem Betrieb eine Fachkraft für Arbeitssicherheit geben, die mit dem Betriebsarzt und dem Betriebsrat einvernehmlich zusammenarbeitet.



Die Beisetzung der Opfer der Grubenkatastrophe von Zeche „Radbod“. 1908

Die zuerst zu Tage geförderten Opfer der Radboder Grubenkatastrophe wurden am Montag den 16. November bestattet. Die Beteiligung der Bevölkerung Westfalens war eine ungeheure, und veranschaulicht unser Bild die Szene auf dem Friedhofe während der Grabrede.

Zeche Radbod  
– Bergmanns-  
denkmal, Erme-  
linghofstr. 14; Foto  
W.J. 30.01.2022



#### Literaturhinweise:

[https://www.frauenruhrgeschichte.de/frg\\_biografie/die-radbod-witwen/](https://www.frauenruhrgeschichte.de/frg_biografie/die-radbod-witwen/)  
Nowak, Eugeniusz: Das „Radbod“-Unglück der Jadwiga Walenciak. Die deutsche Geschichte einer Bergmannsfamilie, Hamm 1999  
Pabst, Wolfgang: 350 Männer starben – nun laßt uns tanzen. Die Katastrophe in der Steinkohlen-Zeche Radbod/Hamm im November 1908, Herne 1982.  
Brüggemeier, Franz-Josef: Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute, München 2018.  
Hue, Otto: Die Bergarbeiter. Historische Darstellung von der ältesten bis in die neueste Zeit, Bd. 2, Reprint Berlin/Bonn 1981 (Stuttgart 1913).  
Adelmann, Gerhard: Quellensammlung zur Geschichte der sozialen Betriebsverfassung. Ruhrindustrie, 1. Bd. Überbetriebliche Einwirkungen auf die soziale Betriebsverfassung der Ruhrindustrie, Bonn 1960.

#### Touristische Information:

[https://www.bergbaumuseum.de/Ausstellungsrundgang:Steinkohle – Motor der Industrialisierung](https://www.bergbaumuseum.de/Ausstellungsrundgang:Steinkohle-MotorderIndustrialisierung)  
<https://www.ruhrgebiet-industriekultur.de/radbod.html>  
Radbod Katastrophe 1908:  
[https://www.hamm.de/radbodkatastrophe:](https://www.hamm.de/radbodkatastrophe)  
Ehrenfriedhof:  
[https://www.hamm.de/ehrenfriedhof-radbodkatastrophe:](https://www.hamm.de/ehrenfriedhof-radbodkatastrophe)  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Gedenkst%C3%A4tte\\_Zeche\\_Radbod](https://de.wikipedia.org/wiki/Gedenkst%C3%A4tte_Zeche_Radbod)

## 5 Bochum, Gedenktafel Universitätsstr. 38

### Bergarbeiterstreik 1912. Unterdrückung und Klassenjustiz im Kaiserreich: Die Bochumer Madonna

„Streikbrecher – pfui!“  
Die Bochumer Madonna

Im August 1912 erschien in der Satirezeitschrift „Der wahre Jacob“ ein farbiges Bild des Grafikers Hans Gabriel Jentzsch, das die Verbitterung in weiten Teilen der Bergarbeiterschaft gegenüber Staat und Justiz vielsagend zum Ausdruck brachte. Eine junge Mutter war zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil sie im Bergarbeiterstreik vom März 1912 einen Bergmann als „Streikbrecher“ und „Ferkel“ beschimpft haben soll. Die junge Frau musste die Strafe sofort antreten und sollte ihr Baby sogar zurücklassen. Da sie ihr Baby nicht entwöhnen wollte, wurden Mutter und Kind in einer vier Mal zwei Meter großen Einzelzelle inhaftiert, die nur mit einem kleinen Fenster und schwerem Eisengitter versehen war. Wie sie dem Redakteur des Bochumer Volksblattes berichtete, waren die fünf Tage eine Tortur, das Kind schrie die meiste Zeit und brauchte nach dem Gefängnis mehrere Wochen, sich richtig zu erholen. Aber das war kein Einzelfall. Vier weitere „Streiksünderinnen mit kleinen Kindern“ sollen zur selben Zeit inhaftiert gewesen sein, wie die Bergarbeiterzeitung im Juli 1912 berichtet hatte.

Der Bergarbeiterverband mit seiner Zentrale in der nach dem Gewerkschaftsvorsitzenden Hermann Sachse genannten „Sachsenburg“ in Bochum verbreitete das Bild der „Bochumer Madonna“, das zu einer Ikone der freigewerkschaftlichen Bergarbeiterbewegung wurde. Wie konnte es dazu kommen, dass Gerichte derart drastische Urteile fällten?

Im großen Bergarbeiterstreik von 1912, war es zu schweren Zusammenstößen zwischen den Bergarbeitergewerkschaften gekommen, da der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter dem vom Dreibund aus Altem Bergarbeiterverband, Polnischer

Bergarbeitergewerkschaft und dem kleinen, liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein der Bergarbeiter initiierten Streik nicht folgte. Der christliche Gewerkverein wandte sich sogar an die Behörden, um Schutz für seine arbeitswilligen Mitglieder zu fordern. Wie 1889 und 1899 wurde wieder Militär zur Niederschlagung des Streiks eingesetzt. Allein 5000 Soldaten, Infanterie, Kavallerie und zwei Maschinengewehrabteilungen rückten in die Kreise Dortmund, Hamm und Recklinghausen ein. Bei zahlreichen blutigen Zusammenstößen vor den Zechen gingen Gendarmen und Soldaten „schneidig“ vor, nutzen ihre Hiebwaaffe und lenken ihre Pferde in die Menschenmenge. Es war ein Zufall, dass 1912 keine Toten zu beklagen waren, wie es früher der Fall gewesen war. Der Einsatz von Militär hatte mit der schon lange bestehenden Schwäche der kommunalen Polizei zu tun, sodass zusätzlich zum Militär in Streikzeiten noch private „Zechenweh-

Hans Gabriel  
Jentzsch: Die Bochumer Madonna,  
1912; Quelle:  
Bildgeschichte  
der deutschen  
Bergarbeiterbe-  
wegung, S. 78



Arbeitswillige Bergleute werden unter dem Schutz von Militär nach Hause gebracht, März 1912; Quelle: Bildgeschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung, S. 77



ren“ als Ausgleich eingesetzt wurden. Dabei handelte es sich um eine von den Kommunen autorisierte bewaffnete Hilfspolizei aus unternehmertreuen Steigern und Bergarbeitern.

Als der Streik an der Uneinigkeit der Bergarbeitergewerkschaften scheiterte, entfalteten die Landgerichte in den Streikbezirken eine juristische Aufarbeitung des Streiks, die ihres Gleichen suchte. Hunderte von Bergleuten und ihre Familienangehörigen wurden angeklagt, durch ihre Mitwirkung im Streik geltendes Recht verletzt zu haben. Das Koalitionsrecht, der Zusammenschluss zur Vertretung gemeinsamer Interessen, und damit auch die prinzipielle Straflosigkeit des Streiks waren auf deutschem Boden seit 1869 gewährleistet, aber durch das Ausnahmerecht des berühmten Paragraphen 153 der Gewerbeordnung massiv eingeschränkt. Insbesondere das Streikpostenstehen wurde von den Gerichten durch örtliche Polizeiverordnungen verfolgt auch nachdem eine

darauf abzielende gesetzliche Regelung zum Verbot von Streikposten, die Zuchthausvorlage 1899, gescheitert war. Die juristischen Verfahren nach dem Streik von 1912 nahmen ein derartiges Ausmaß an, dass der Bergarbeiterverband ihm eine eigene Veröffentlichung widmete. 1380 Personen hatten vom Alten Verband Rechtsschutz erhalten und insgesamt 1206 Strafverfahren waren ihm bekannt geworden. Für geringste Vergehen wurden nicht wie sonst üblich Geldstrafen verhängt, sondern das Rufen des Wortes „Streikbrecher“ mit bis zu drei Monaten Gefängnis bestraft, wie die Bergarbeiterzeitung im April 1912 berichtete.



Der Streik von 1912 und seine Folgewirkungen waren ein Schock für die Zeitgenossen, die sich der freien Bergarbeiterbewegung verbunden fühlten. Ein sozialdemokratischer Redakteur aus Dortmund schrieb seinem Freund:

„Was wir in diesen Wochen hier er-

lebt haben, steht wohl einzig dar in der Geschichte, selbst 1889 ist hiergegen ein Kinderspiel. Man lebte hier wirklich kaum schlimmer als in einem von einer feindlichen Macht beherrschten Lande. [...] Bis zum Beginn des Bürgerkrieges, wo Mann gegen Mann kämpft, war es wirklich nicht mehr weit. Und überall drohten die bereitstehenden Maschinengewehre. Die Gefühle, die mich beschlichen, als auf dem Dortmunder Bahnhof außer einigen Extrazügen Militär auch solche Maschinengewehre ankamen, um gegen die Bergleute in Aktion zu treten, sind nicht zu beschreiben. [...] Und jetzt der unerhörte Skandal der Streikjustiz! Diese Schufte in Richtertalar brechen bewußt das Recht, üben bewußt Klassenjustiz, sind nach meiner Meinung bezahlte Schurken.“

1905 beim einmütigen Streik aller vier Bergarbeitergewerkschaften war dies noch anders gewesen. Die öffentliche Meinung stand auf der Seite der Bergarbeiter, die durch eine einseitige Verlängerung der Schichtzeit auf achteinhalb Stunden auf den Stinnes-Zechen provoziert worden war. Der gut organisierte Streik verlief friedlich und auf den Einsatz von Militär war verzichtet worden. Trotzdem gelang es den Gewerkschaften nicht, die Bergbauunternehmer zu Zugeständnissen zu bewegen. Die Bergbauunternehmer hatten schon lange vor den Gewerkschaften mit ihrem 1858 gegründeten Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund einen handlungsfähigen Unternehmerverband geschaffen, der das einheitliche Handeln der Bergwerkseigner gewährleistete. Mit dem nach dem Streik von 1889 zusätzlich geschaffenen „Ausstands-Versicherungs-Verband“ war gewährleistet, dass auch der Arbeitskampf gegen einzelne Unternehmen aussichtslos war, da die bestreikten Zechen mit der finanziellen Unterstützung der nicht betroffenen Unternehmen



rechnen konnten. Der Ruhrkohlenbergbau war mit seinem Verkaufskartell, dem Rheinisch-Westfälischen Kohlesyndikat von 1893, zu einer praktisch unbestreikbaren Festung geworden. Mit dem dann 1908 folgenden Zechenverband als ausdrücklichem Arbeitgeberverband signalisierten die vereinigten Bergbauunternehmer, dass sie zu keinerlei Verhandlungen mit den Gewerkschaften bereit waren. Das sollte sich erst am Ende des Ersten Weltkriegs unter dem Eindruck der militärischen Niederlage ändern.

Während der Tarifvertrag in der Bundesrepublik bis zum Ende der 1980er Jahre eine Selbstverständlichkeit gewesen ist, über 90 Prozent der Beschäftigten fielen unter den Schutz des Tarifvertrages, hat er seitdem stark an Bedeutung verloren. 2018 stellte das Statistische Bundesamt nur noch eine Tarifabdeckung von 43 Prozent fest.

#### Literaturhinweise:

Ege, Konrad: Karikatur und Bildsatire im Deutschen Reich. Der wahre Jacob. Hamburg 1879/80, Stuttgart 1884-1914. Mediengeschichte, Mitarbeiter, Chefredakteure, Grafik, Münster u. Hamburg 1992.  
Kittner, Michael: Arbeitskampf. Geschichte-Recht-Gegenwart, München 2005.  
Jessen, Ralph: Polizei im Industrie-revier. Modernisierung und Herrschaftspraxis im westfälischen Ruhrgebiet 1848-1914, Göttingen 1991.  
Saul, Klaus: Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich, Düsseldorf 1974.  
Weisbrod, Bernd: Arbeitgeberpolitik und Arbeitsbeziehungen im Ruhrbergbau. Vom „Herr-im-Hause“ zur Mitbestimmung, in: Feldman, Gerald D./Tenfelde, Klaus (Hg.): Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich, München 1989, S. 107-162.

Die „Sachsenburg“. Münze der IGBE von 1997; Foto W.J. 01.12.2021

Universitätsstraße 38a; Foto: W.J. 19.06.2022

## 6 Essen, RWKS, Frau-Bertha-Krupp-Str.

### Die Essener Sozialisierungsbewegung 1919. Der Kampf für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und aus Arbeiterausschüssen werden Betriebsräte

„Sieg des Sozialismus!“

so die Überschrift auf Flugblättern und auf Plakaten, die im ganzen Ruhrgebiet vom 9. Januar 1919 an verteilt wurden. Was war passiert? Der Erste Weltkrieg war verloren, der deutsche Kaiser Wilhelm II. hatte am 9. November 1918 abgedankt. In ganz Deutschland hatten Arbeiter- und Soldatenräte (ASR) die Macht übernommen, so auch in Essen. In der Hauptstadt Berlin entstand als neue provisorische Zentralregierung, der Rat der Volksbeauftragten mit dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert an der Spitze. Wie in vielen anderen Städten hatte auch der Essener ASR wesentlich dazu beigetragen, dass Ruhe und Ordnung erhalten blieben, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht zusammenbrach, die zurückkehrenden Soldaten wieder auf ihre Arbeitsplätze zurückkehren konnten und die Kumpel in den Bergwerken die dringend benötigten Kohlen weiter förderten.

Aufruf des

Arbeiter- und

Soldatenrats,

11. Januar 1919;

Quelle: Wisotzky;

Essen. Katalog, S.65

Auf den Bergwerken waren nach den entbehrungsreichen Kriegsjahren die Erwartungen groß, dass sich die Verhältnisse zum Vorteil der Bergarbeiter ändern würden,

ausreichende Löhne gezahlt werden, die Arbeitszeit verkürzt und der sprichwörtliche Grubenmilitarismus durch ein besseres Betriebsklima ersetzt würde. Der vom Berliner Rat der Volksbeauftragten eingeführte Acht-Stunden-Tag brachte für viele Branchen Arbeitszeitverkürzungen von zwei bis vier Stunden, für die Bergleute hatte sich aber nur wenig geändert. Aufgrund der schweren Arbeitsbedingungen war die Arbeitszeit der Bergleute unter Tage schon seit langem auf achteinhalb Stunden beschränkt gewesen. Und die Löhne der Bergleute hielten mit den Teuerungen der Lebensmittel nicht Schritt. Immer wieder kam es zu wilden Streiks auf den Bergwerken, um endlich Lohnerhöhungen durchzusetzen oder um unliebsame Vorgesetzte ihres Amtes zu entheben, „die dauernd ihre Untergebenen willkürlich schikanieren“, wie es vielfach formuliert wurde.

Aus der Sicht des Essener ASR drohte eine Streiklawine die Zechen an der Ruhr zu erfassen, mit katastrophalen Auswirkungen für die Kohleversorgung von Wirtschaft und Bevölkerung, die unbedingt verhindert werden musste. Kohlen wurden nicht nur für die Fabriken, die Eisenbahn, sondern auch als Hausbrand im Winter dringend benötigt. Jetzt gab es nur noch ein Mittel, so der Essener ASR, um die Bergleute von weiteren Streiks abzuhalten: die Ausrufung der Sozialisierung, der entscheidende Schritt zum Sozialismus, der den Kapitalismus beseitigen sollte. Im Aufruf des Essener Arbeiter- und Soldatenrats heißt es weiter:

„Heute ist das Kohlensyndikat und der Zechenverband durch unsere Volkskommissare besetzt worden. Damit ist der erste Schritt zur Sozialisierung getan. Die Zentrale der kapitalistischen Ausbeutung und die Zwingburg der zechenherrlichen Gewalt sind damit in die Hände des Volkes übergegangen. Da auch die Forderungen der gewerkschaftlichen Organisationen bewilligt sind, ist jeder Grund zum Streik entfallen.“

Das hörte sich sehr radikal an und mit dem Begriff des Volkskommissars war ein sicherlich beabsichtigter Bezug zur russischen Oktoberrevolution von 1917 hergestellt worden, wo die Sowjets, das russische Wort für Räte,



Verwaltungsbäude des Bergbau-Vereins (und Zechenverbandes) um 1913, Friedrichstr. 2, 1906; Quelle: Wisotzky; Essen. Katalog, 2018, S.21

unter Lenin die Macht übernommen hatten. Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte den Essener Landrichter Ernst Ruben als Volkskommissar für die Zentralen des Ruhrbergbaus ernannt, der daraufhin ein Büro in den Gebäuden bezog. Damit war das geboren, was später als die „Essener Sozialisierungsbewegung“ in die Geschichte eingehen sollte.

Die Essener Bevölkerung war von dieser Aktion überrascht worden, da sich der Essener ASR bislang nicht durch Radikalismus ausgezeichnet hatte. Aber er wollte ein starkes Signal senden, damit die Streiks der Bergleute zu Ende gingen. Und dafür war seiner Meinung nach die Verkündung der Sozialisierung der letzte verbliebene erfolversprechende Weg.

Die Parole der Sozialisierung hatte anscheinend etwas Faszinierendes, da sich die unterschiedlichsten Wünsche der Bergleute darunter verstehen ließen. Am wenigstens ging es dabei um eine grundlegende Änderung der Besitzverhältnisse, die Überführung der Bergwerke in Staatsbesitz oder Gemeineigentum, was im Kern die Bedeutung des Begriffs ausmacht. In der Bergarbeiter-Zeitung des Alten Verbandes, der freien Bergarbeitergewerkschaft, war schon im Dezember der reformerische Sozialdemokrat Eduard Bernstein mit folgenden Worten

zitiert worden: „Die Sozialisierung ist nicht an die Form der Enteignung gebunden; man kann auch durch Arbeiterschutz, Tarifverträge, Preisfestsetzungen usw. sozialisieren.“ Zudem war man in Gewerkschaftskreisen der festen Überzeugung, dass man auch in sozialisierten Unternehmen, auf die Fachkompetenz der „technischen Betriebsleiter und Aufsichtsbeamten“ nicht verzichten können und sie deshalb nicht „zum bloßen Dekorationsstück herabwürdigen“ dürfe. Und in der christlichen Bergarbeitergewerkschaft stellte das Vorstandsmitglied Christian Steger fest: „[D]as Wort Sozialisierung bedeutet bei den Bergarbeitern nur den heißen Wunsch, die heiße Sehnsucht nach einem anderen Wirtschaftssystem, in dem sie ein größeres Mitbestimmungsrecht über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben.“

Es war nur konsequent, dass der Essener ASR wenige Tage nach seinem Sozialisierungsaufruf, auf Grundlage des Beschlusses der Konferenz der ASR des Ruhrgebiets vom 13.01., nun zur Wahl von Belegschaftsvertretern aufrief, deren Rechte weit über die im Kaiserreich entstandenen Arbeiterausschüsse hinausgehen sollten. Eine vierstufige Belegschaftsdemokratie sollte geschaffen und damit die Sozialisierung vorbereitet werden: Von den Steigerrevierräten als unterster Einheit über Zechenräte und Bergrevierräte



Evonik-Konzernzentrale: hier standen das Syndikats- und das Ruhrkohlehaus, frühere Frau-Berta-Krupp-Straße von Westen gesehen; Foto W.J. 10.12.2021



bis hin zu einem Zentralzechenrat. Während sich die Steigerrevierräte ausschließlich aus Arbeitervertretern zusammensetzen sollten, waren ab der Ebene der Zechenräte auch Vertreter der sog. Beamten, der leitenden Angestellten, vorgesehen, die sich aber dem Votum der Revierräte ihrer Schachtanlage stellen mussten. Wie das weitere Wahlverfahren für die folgenden Ebenen aussehen sollte, blieb allerdings unklar.

Durch Verordnung der Reichsregierung vom 18. Januar 1919 sollten die Wahlen jedoch gestoppt werden, da sie vorgab, bei der Sozialisierung nun selbst das Heft in die Hand nehmen zu wollen. Die Neuwahlen zu Belegschaftsvertretungen sollten unverzüglich stattfinden, aber auf der Grundlage der Verordnung vom 23. Dezember 1918, die den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen faktisch nur die Überwachung der Einhaltung der noch abzuschließenden Tarifverträge übertragen hatte. Auch wenn die Vorstellungen über Mitbestimmung weit auseinanderlagen, auch in der jüngsten Verordnung der Reichsregierung was noch von Arbeiterausschüssen die Rede, aber zugleich auch von Zechen- oder Bergwerksräten, womit dasselbe gemeint sein sollte.

Schließlich bekam das erste umfassende Gesetz zur betrieblichen Mitbestimmung 1920 den Namen, der im Zusammenhang mit der Essener Sozialisierungsbewegung entstanden war: Betriebsrätegesetz.

In der Weimarer Republik wurden Betriebsräte ein fester Bestandteil der deutschen Betriebsverfassung. Die Nazis schafften sie 1933 ab. Nach der Befreiung 1945 entstanden sie spontan in vielen Betrieben. Heute haben Betriebsräte vor allem in größeren Betrieben eine einflussreiche Stellung. Allerdings ist die Zahl der Betriebsräte in den letzten Jahren geschrumpft. Nur noch rund 40 Prozent der Beschäftigten haben einen Betriebsrat als Ansprechpartner und Interessenvertreter.

#### Literaturhinweise:

Wisotzky, Klaus: Katalog. Unruhige Zeiten. Politische und soziale Unruhen im Raum Essen 1916-1919, Münster 2019.  
Abelshäuser, Werner/Himmelman, Ralf (Hg.): Revolution in Rheinland und Westfalen. Quellen zu Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Essen 1988.  
Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und

Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin u. Bonn 2. Aufl. 1985.  
Löffler, Heinrich: Demokratie und Sozialismus, in: Verband der Bergarbeiter Deutschlands (Hg.): Protokoll der 21. Generalversammlung zu Bielefeld abgehalten am 15. bis 21. Juni 1919, Bochum 1919, S. 389 – 400.  
Steger, Christian: Sozialisierung der Bergbauindustrie, in: Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands (Hg.): Bericht über das 25jährige Jubelfest und Protokoll der 15. Generalversammlung, Aug. 1919, Essen o.J., S. S.170-181.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat: [https://de.wikipedia.org/wiki/Rheinisch-Westfälisches\\_Kohlen-Syndikat#Sitz,\\_Gebäude,\\_Denkmalpflege](https://de.wikipedia.org/wiki/Rheinisch-Westfälisches_Kohlen-Syndikat#Sitz,_Gebäude,_Denkmalpflege)  
Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, kurz Bergbau-Verein: [https://de.wikipedia.org/wiki/Verein\\_für\\_die\\_bergbaulichen\\_Interessen\\_im\\_Oberbergamtsbezirk\\_Dortmund](https://de.wikipedia.org/wiki/Verein_für_die_bergbaulichen_Interessen_im_Oberbergamtsbezirk_Dortmund)

Zu den Hauptverwaltungen des deutschen Kohlenbergbaus in Essen: Streich, Günter: Die Börse der schwarzen Diamanten. Ruhrkohle in Essen – Geschichte und Geschichten, Essen 1996.  
Przigoda, Stefan: Unternehmensverbände im Ruhrbergbau. Zur Geschichte von Bergbau-Verein und Zechenverband 1858 – 1933, Bochum 2002.

Ernst Ruben in Deutsche Biographische Enzyklopädie Online; S.586  
\*21.9.1880 Berlin, † 19.1.1944 Eberswalde  
Der Sohn eines Kaufmanns studierte in Berlin und Freiburg Rechts- und Sozialwissenschaften und Geschichte, war einer der Begründer der Freien Studentenschaft und gab seit 1900 die erste unabhängige Hochschulzeitung heraus. 1907 wurde er Hilfsrichter am Landgericht Berlin, 1914 Landrichter in Essen. [13. bis 22. Januar

1919 Volkskommissar für die Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaues im Rhein.-Westf. Industriebezirk, im Haus des Bergbau-Vereins, W.J.] 1919/20 erst Volks-, dann Staatskommissar in Braunschweig, gehörte zu den Urhebern der Braunschweiger Verfassung und zu den Begründern des Republikanischen Richterbundes. 1923 kehrte er als Mitglied des Reichsversorgungsgerichts nach Berlin zurück, wo er seit 1927 Vorsitzender des Landesarbeitsgerichts war. 1933 wurde er im Rahmen des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ aus dem Justizdienst entlassen. R. gab die Zeitschrift „Recht und Sozialismus“ heraus.“

Mit Blick auf die heutige Evonik-Zentrale das Bergarbeiterdenkmal „Steile Lagerung“ des Düsseldorfer Bildhauers Max Kratz. [https://de.wikipedia.org/wiki/Steile\\_Lagerung\\_\(Plastik\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Steile_Lagerung_(Plastik)); Foto: W.J.10.12.2021





## 7 Duisburg, Mahnmal Ruhrorter Str. 11 -13

### Die Morde von Duisburg 1933 und die Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis

„Die Morde von Duisburg. Tote als  
Ankläger gegen Adolf Hitler“

Seit dem 30. Januar 1933 herrschten die Nationalsozialisten unter Adolf Hitler in Deutschland und sie hatten eine brutale Diktatur aufgebaut. Tausende ihrer Gegner waren in Konzentrationslager eingesperrt worden und nicht wenige wurden von den Nazis zu Tode gefoltert. Ein besonders brutaler Übergriff ereignete sich in Duisburg Anfang Mai 1933. Darüber berichtete die im noch freien Saargebiet erscheinende Zeitung „Deutsche Freiheit“ ein Jahr später am 30. April 1934 unter der oben schon zitierten Schlagzeile:

„Die amtliche Mitteilung über die Auf-  
findung der Leichen von vier Duisbur-  
ger Gewerkschaftsangeestellten bringt  
die restlose Aufklärung über eines der  
scheußlichsten Verbrechen, das im Früh-  
jahr 1933 von Nationalsozialisten an  
Funktionären der sozialdemokratischen  
Arbeiterbewegung verübt worden ist.“

Die Ermordeten waren der Angestellte des Metallarbeitersverbandes Johann Schlösser, der Bezirksleiter der Binnenschiffer Julius Birck, der Angestellte des Verkehrsbundes und Vorsitzende des Duisburger Reichsbanners Michael Rodenstock und der ehrenamtliche Funktionär des Zentralverbandes der Angestellten Emil Rentmeister. Sie gehörten zu den ersten Opfern, die im Zuge der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten am 2. Mai 1933 ermordet worden waren.

Schon nach dem 30. Januar 1933, der Machtübergabe an die Nazis unter Adolf Hitler, war es zu massiven Übergriffen auf die Arbeiterbewegung gekommen. Gewerkschaftshäuser wurden demoliert, Menschen auf offener Straße verprügelt und neugewählte Betriebsräte ihres Amtes enthoben. Die Nazis stoppten die im März 1933 angelaufenen, turnusmäßigen Betriebsratswahlen, da die ersten vorläufigen Ergebnisse eine Niederlage für die Nazis signalisierten. Schließlich wurden die Betriebsräte komplett abgeschafft und an ihre Stelle ein nationalsozialistischer Vertrauensrat gesetzt. Für die Nazis waren die Gewerkschaften ein gefährlicher Gegner, da die Gewerkschaften mit ihren Millionen Mitgliedern die Demokratie der Weimarer Republik nachdrücklich verteidigt hatten.

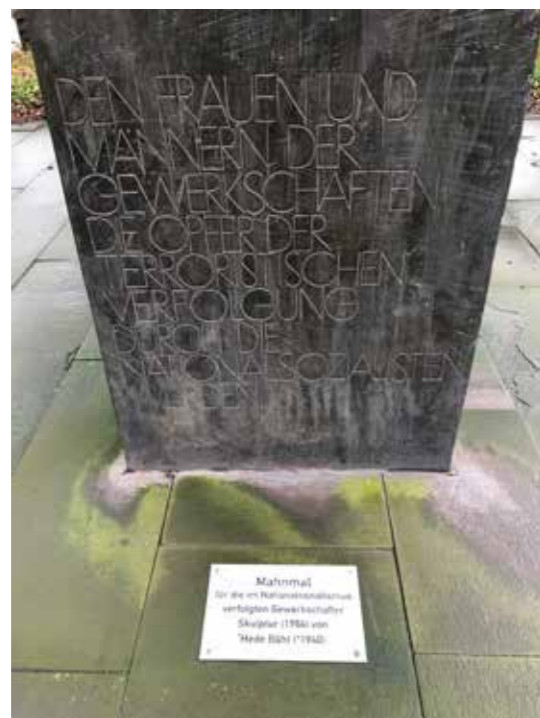
Die von den Nazis betriebene Zerschlagung der Demokratie war erst vollendet, wenn auch die Gewerkschaften zerstört waren.

In vielen deutschen Städten waren durch den Nazi-Terror Opfer zu beklagen, aber in Duisburg war die sogenannte Gleichschaltung der Gewerkschaften auf eine besonders bestialische Art von statten gegangen. Im Haus des Deutschen Metallarbeitersverbandes in der Ruhrorter Straße 11 hatten die Nazis am 2. Mai 1933 ihr Hauptquartier bezogen und die insgesamt 21 verhafteten Gewerkschafter wurden im Sitzungssaal festgehalten. Im Kohlenkeller wurden einzelne Gewerkschafter bestialisch gefoltert. Dabei kamen die vier Gewerkschafter Johann Schlösser, Julius Birck, Michael Rodenstock und Emil Rentmeister zu Tode. Um die Tat zu vertuschen, wurden die vier Toten in einem Waldstück in Hünxe bei Dinslaken verscharrt. Der Zynismus der Nazis war grenzenlos. Obwohl sie wussten, dass die Männer tot waren, erhielten die ahnungslosen Familienangehörigen von den Nazi-Behörden Briefe, in denen die vier Ermordeten aufgefordert wurden, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Ebenso wurden im Mai 1933 von den Nazis Vermisstenanzeigen in der Presse veröffentlicht. Durch einen Zufall wurden dann am 21. April 1934 die Leichen gefunden. Auch wenn die Nazis sofort das Gerücht verbrei-

teten, die Gewerkschafter hätten sich gegenseitig erschlagen und eine Berichterstattung über die Leichenfunde in der Presse verhinderten, die Nachricht verbreitete sich in rasender Geschwindigkeit in der Region und wurde auch von der Presse im Ausland aufgegriffen. Zur Trauerfeier am 2. Mai 1934, genau ein Jahr nach den Morden, erschienen auf dem Dinslakener Friedhof rund 1.000 Menschen, um den vier Gewerkschaftern die letzte Ehre zu erweisen. Der Gedenkredner wurde von der Gestapo verhaftet, genauso wie die Kranzträger, weil sie den Kranz mit einer roten Schleife geschmückt hatten.

Im Jahr 1947 wurden vor einem britischen Militärgericht in Duisburg die Verbrechen vom Mai 1933 verhandelt. Der Hauptbeschuldigte, der an der Ermordung der vier Gewerkschafter unmittelbar beteiligt war, wurde zum Tode, andere Angeklagte zu Gefängnisstrafen verurteilt. 50 Jahre nach den Ereignissen, 1983, wurde auf dem Burgplatz eine Plastik aufgestellt, die an die Ereignisse erinnern soll, ebenso wie das Mahnmal an der Ruhrorter Straße.

Auch heute ist die Arbeit der Gewerkschaften in manchen Ländern lebensgefährlich. Immer wieder vermeldet die Internationale Arbeitsorganisation, eine Untergliederung der Vereinten Nationen,



Seit 1984 erinnert auf dem Burgplatz das DGB-Denkmal von Hede Bühl an die brutale Zerschlagung der Gewerkschaften; Fotos: W.J. 09.01.22

Duisburg, Mahnmal Ruhrorter Straße 11; Foto W.J. 09.01.22

die Ermordung von Gewerkschafter\*innen in Kolumbien und anderen südamerikanischen Ländern. Ferner sind in manchen Staaten freie Gewerkschaften überhaupt nicht erlaubt wie z. B. in China und Russland.

#### Literaturhinweise:

Die Zerschlagung der Gewerkschaften in Duisburg, in: Scheibe, Dietrich/Wiegold-Bovermann, Margit: „Morgen werden wir die Gewerkschaftshäuser besetzen“. Die Zerschlagung der Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen-Lippe am 2. Mai 1933, Essen 2003, S. 229-242. DGB Kreis Duisburg, Abt. Jugend (Hg.): Die „Gleichschaltung“ der Gewerkschaften. Die Ereignisse um den 2. Mai 1933 in Duisburg. Berichte und Dokumente, Duisburg 2. Aufl. 1983. Dzudzek, Jürgen: Von der Gewerkschaftsgenossenschaft zur IG Metall. Zur Ge-

schichte der Metallarbeitergewerkschaften in Duisburg, Oberhausen 1991.

Workshop-Projekt zum politischen Widerstand in Duisburg, [https://www.youtube.com/watch?v=7idWQEa\\_MP8](https://www.youtube.com/watch?v=7idWQEa_MP8)

Ausstellung 2. Mai 1933. Tatort Duisburg, <https://docplayer.org/43684338-Ausstellung-ueber-die-zerschlagung-der-gewerkschaften-in-duisburg.html>

Broschuere-2-Mai-1933-Tatort-Duisburg.pdf. [https://www.gelbehand.de/fileadmin/user\\_upload/download/wettbewerb\\_201112/Broschuere-2-Mai-1933-Tatort-Duisburg.pdf](https://www.gelbehand.de/fileadmin/user_upload/download/wettbewerb_201112/Broschuere-2-Mai-1933-Tatort-Duisburg.pdf)

Denkmal Ruhrorter Str. 11: <https://niederrhein.dgb.de/++co++58afe07e-4ded-11e8-aac0-52540088cada>

DGB Jugend Niederrhein: Zerschlagung der Gewerkschaften in Duisburg: <https://www.youtube.com/watch?v=w2Ghtv641dU>

## 8 Bochum, Fritz-Husemann-Platz

### Die Beerdigung des ermordeten Gewerkschaftsvorsitzenden Fritz Husemann in Bochum 1935

„Der ganze Trauerzug hatte offensichtlich demonstrativen Charakter“

So steht es im Bericht der nationalsozialistischen Geheimen Staatspolizei (Gestapo) über die Beisetzung der Urne des Bochumer Gewerkschafters Fritz Husemann, der im Konzentrationslager Esterwegen von den Nazis im April 1935 ermordet worden war. Was genau damals in Husemanns Heimatstadt Bochum während der Beerdigung geschehen ist, ist in mehreren Berichten überliefert. Im Monatslagebericht der Gestapo Dortmund ist darüber zu lesen:

„Die Urnen-Beisetzung des früheren Bergarbeiterführers Fritz Husemann brachte die ehemaligen Anhänger der sozialdemokratischen Partei wieder einmal öffentlich auf den Plan. Anlässlich der Bestattungsfeierlichkeiten [...] hatten sich etwa 1000 Personen [...] in Altenbochum auf dem Hauptfriedhof eingefunden. Von der Leichenhalle, in der die Urne aufgebahrt worden war, bewegte sich der Trauerzug, der vorwiegend von früher

führenden Persönlichkeiten der SPD und des Reichsbanners gebildet wurde, die fast alle vorher in der Leichenhalle einzeln die Urne stumm begrüßt hatten, über den Friedhof zur Grabstätte. Hierbei wurde ein Kranz getragen, der mit großen roten Blumen und mit einer großen roten Schleife mit der Inschrift ‚Gewidmet von seinen Freunden‘ geschmückt war. Der ganze Trauerzug hatte offensichtlich demonstrativen Charakter. Es wurde daher von Beamten der Stapo eingeschritten, die die rote Schleife vom Kranz entfernten und die zwei Kranzträger und vier weitere Personen in Schutzhaft nahmen.“

So der Gestapo Bericht vom April 1935. Auch der ehemalige Jugendsekretär der Bergarbeitergewerkschaft, Jakob Triem, hat seine Erinnerung an die Beisetzung niedergeschrieben:

„1935 war Fritz Husemann im KZ umgebracht worden. Ich ging mit den Familienangehörigen zum Friedhof Freigrafendamm. Wir hatten einen großen Kranz mit roten Blumen. Ich trug diesen Kranz zusammen mit einem Kameraden. Tausend Menschen nahmen teil an der Beerdigung. Das hat man als eine politische Demonstration aufgefasst. Am anderen Morgen kamen zwei Gestapo-Leute und haben mich verhaftet. Am Grabe wurde nur ein Gedicht gesagt und zwar ‚Wir tragen ein Licht durch die Nacht‘ von Richard Dehmel. [...] Ich saß zunächst in Bochum in Einzelhaft. Nach ein paar Wochen kam ich ins KZ Esterwegen. [...] In Esterwegen wurde ich dem Lagerkommandanten vorgestellt, und ich wurde sofort als ‚Husemann-Freund‘ titulierte. Die SS-Leute wurden beauftragt, uns vorzunehmen.“

Als Jakob Triem aus dem Konzentrationslager nach Wochen zurückkehrte, war er von den Misshandlungen so gezeichnet, dass selbst Freunde ihn nicht wiedererkannten.

Warum war die Urnenbeisetzung von Fritz Husemann für Gegner wie Freunde ein solch bedeutsames Ereignis? Fritz Husemann war in der Weimarer Zeit die dominierende Führungspersonlichkeit im freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverband, dem Alten Verband. Der gelernte Maurer und



Husemannplatz mit Steinharfe und biografischen Daten zu Husemann im Bochumer Stadtzentrum; Quelle: husemannplatz bochum mit Steinharfe - Bing images



Bergarbeiter war 1902 hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär geworden und nahm schließlich von 1920 bis 1933 das Amt des Ersten Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes wahr, mit rund 200.000 Mitgliedern eine der großen Gewerkschaften in den 1920er Jahren. Zugleich war er sozialdemokratischer Parlamentarier, zunächst im preußischen Landtag und dann im Reichstag. Er gehörte der SPD-Reichstagsfraktion an, die am 23. März 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz der Nazis stimmte, das die Diktatur der Nazis endgültig bestätigte. 1933 musste Husemann bitter erleben, dass die Nazis sein Lebenswerk

zerstörten. Nach einer ersten Verwüstung und Besetzung des Verwaltungsgebäudes in Bochum durch Nazi-Horden im März 1933 wurde der Alte Verband am 2. Mai zerschlagen. Husemann und viele andere Funktionäre kamen in Haft, und die Gewerkschaftsvermögen wurden geraubt. Nach der Haftentlassung enthielt sich der in Bochum ansässige Husemann jeglicher politischer Betätigung, die nur zur erneuten Verhaftung geführt hätte, und er kümmerte sich vor allem um einzelne Verbandsangestellte, die durch die Zerschlagung der Gewerkschaften in Not geraten waren. Ohne erfindlichen äußeren Grund wurde Husemann 1935 wieder verhaftet und schließlich im April 1935 ins KZ Esterwegen eingesperrt. Von Gewehrschüssen der Wachmannschaft schwer verletzt verstarb er am 15. April 1935. Fritz Husemann wurde von den Nazis ermordet, weil er wie kaum ein anderer die besten Traditionen der freiheitlich-demokratischen Bergarbeiterbewegung verkörperte und große Popularität bei den Bergleuten besaß. Die große Beteiligung bei seiner Beerdigung zeigte den Zusammenhalt der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, den die Nazis nicht auslöschen konnten.

Jakob Triem, der die NS-Diktatur überlebte, wurde im Rahmen der 1951 erkämpften Montanmitbestimmung 1952 der erste Arbeitsdirektor des ‚Eschweiler Bergwerks-Vereins‘ im Aachener Bergbaurevier. Die Funktion des Arbeits-



Gedenkblatt des Internationalen Bergarbeiterverbandes für Fritz Husemann, 1935; Quelle: Bildgeschichte, S. 169

direktors hat er bis zum Erreichen der Altersgrenze 1967 wahrgenommen.

Husemanns Grab befindet sich auf dem Bochumer Hauptfriedhof Freigrafendamm und kann mit Hilfe der Informationen am Haupteingang aufgesucht werden.

1947 wurde in Husemanns Heimatstadt der zentral in der Stadt gelegene Wilhelmsplatz in Husemann-Platz umbenannt. Später wurden bei der Neugestaltung des Platzes ein Marmorsockel und eine größere Inschrift platziert. 50 Jahre nach der Zerschlagung des Alten Verbandes 1983 hat die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie ihrer damaligen Hauptverwaltung in Bochum, Alte Hattinger Str. 19, den Namen „Fritz Husemann Haus“ gegeben.

#### Kurzbiografien

Fritz Husemann, 1873-1935, 1891 Gewerkschaftsmitglied, 1902 Gewerkschaftssekretär, 1920-1933 Erster Vorsitzender Bergarbeiterverband (Alter Verband), 1919-1924 Mitglied des Preußischen Landtags für die SPD, 1924-1933 Mitglied des Reichstags für die SPD. Jakob Triem, 1902-1986, 1923-1933 Gewerkschaftssekretär des Alten Verbandes, 1952-1967 Arbeitsdirektor des Eschweiler Bergwerks-Vereins.

#### Literaturhinweise:

Peukert, Detlev J. K./Bajohr, Frank: Spuren des Widerstands. Die Bergarbeiterbewegung im Dritten Reich und im Exil, München 1987. Köpping, Walter (Hg.): Lebensberichte deutscher Bergarbeiter, Oberhausen 1984. Jäger, Wolfgang: Fritz Husemann – Ein populärer Bergarbeiterführer, in: ders. Soziale Sicherheit statt Chaos. Beiträge zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung an der Ruhr, Essen 2018, S. 174-177. „Zurück zum Klassenkampf, oder vorwärts zu einer echten Wirtschaftskameradschaft“ – Die Mitbestimmungsgeschichte beim Eschweiler Bergwerks-Verein, in: Balsen, Werner/Nakielski, Hans/Rössel, Karl: Erlebte Geschichte. Montanmitbestimmung in Rhein-

hausen und anderswo, Köln 1995, S. 229-330. IGBE (Hg.): 11. März 1933. Ein Tag der Mahnung, Bochum 1983. Wagner, Johannes Volker: ...nur Mut, sei Kämpfer! Heinrich König. Ein Leben für die Freiheit. Bochumer politische Lebensbilder aus der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, Bochum 1976. VVN Kreisvereinigung Bochum (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Bochum und Wattenscheid. Ein alternativer Stadtführer zur Geschichte in den Jahren 1933-1945, Münster 1988.

[https://de.wikipedia.org/wiki/Zentralfriedhof\\_Bochum](https://de.wikipedia.org/wiki/Zentralfriedhof_Bochum)  
Hauptfriedhof Bochum, S. 76/77: [https://www.route-industriekultur.ruhr/fileadmin/user\\_upload/03\\_Route\\_Industriekultur\\_Microsite/8\\_Themenrouten/X\\_PDF/2021\\_TR\\_29\\_Bochum\\_RIK.pdf](https://www.route-industriekultur.ruhr/fileadmin/user_upload/03_Route_Industriekultur_Microsite/8_Themenrouten/X_PDF/2021_TR_29_Bochum_RIK.pdf)



Grabstein für Husemann auf dem Friedhof Freigrafendamm in Bochum; Foto W.J. 28.11.2021

## 9 Bochum, Prinz-Regent-Str. 50-60

### Betriebsrätekonferenz auf der Zeche Prinz Regent nach der Befreiung 1945

„Ein neues Leben blüht aus den Ruinen.  
Durch Nacht zum Licht!“

Mit diesen pathetischen Worten schließt eine „Proklamation an die Bergarbeiter“, die Ende April 1945 auf der Zeche Prinz Regent in Bochum-Wiemelhausen verteilt worden ist. Der von den Nazis angezettelte Zweite Weltkrieg war noch nicht zu Ende, Bochum jedoch schon am 10. April von amerikanischen Truppen besetzt worden, denen bald britische Truppen folgen sollten. Die Stadt lag in Trümmern und das offizielle Kriegsende, die bedingungslose Kapitulation am 8. Mai 1945, stand noch bevor. In den Betrieben hatten die ehemaligen Betriebsräte von vor 1933, viele von ihnen Kommunisten und Sozialdemokraten, sofort nach der Befreiung das Heft in die Hand genommen, um die Wiederaufnahme der Arbeit zu organisieren.

Und sie gingen noch weiter. Aus der schon genannten Flugschrift war zu erfahren, dass ein „Allgemeiner Industriearbeiterverband“ mit einer Gruppe Bergbau, in der die Bergarbeiter zusammengefasst werden sollten, schon gegründet worden war, nicht mehr

und nicht weniger als eine neue Gewerkschaft. Zudem waren in der Flugschrift Mindestforderungen formuliert worden, die, so heißt es, „uns Bergarbeitern auf den Nägeln brennen“: Achtstundenschicht über Tage und Siebenstundenschicht unter Tage, Mitbestimmungsrecht in den Betrieben, Verbesserung des Unfallschutzes, Reorganisation des Knappschaftswesens, Wiedereinführung von Tarifverträgen und „eine warme, d.h. menschenwürdige Behandlung“. Die letzte Forderung lässt erahnen, wie die Bergleute und vor allem auch die Tausenden von Zwangsarbeitern unter der Nazi-Diktatur gelitten hatten. Vor allem russische Männer waren von den Nazis in die Bergwerke verschleppt worden, wo sie unter elenden Bedingungen arbeiten mussten. Wenn nun ein Neuanfang erfolgreich sein sollte, so müssten sich, wie es in der Proklamation heißt, „alle Bergarbeiter, ohne Unterschied in ihrer religiösen oder parteipolitischen Auffassung“, in einer einheitlichen Gewerkschaft zusammenschließen:

„Niemals wieder darf es zu parteipolitischen oder religiösen Auseinandersetzungen kommen, wie sie früher in kräftezehrenden Bruderkämpfen scheußlichen Ausdruck gefunden hatten. Keine Macht der Welt soll noch einmal die Arbeiterschaft allgemein und die Bergarbeiter insbesondere zerklüften, spalten und gegeneinander

Bochum-Weitmar: Zeche Prinz Regent. Mit dem Abteufen des Schachtes 1 ist 1870 begonnen worden; er kam 1873 in Betrieb. 1930 standen im Grubenfeld der Zeche sieben Schächte. † 1960. Aufnahme 1955.



Zeche Prinz Regent, 1955;

Quelle: Hermann: Die alten Zechen, 1994, S. 159



„Die Zeche“  
frühere Anlernwerkstatt der Zeche Prinz Regent; Foto W.J. 29.11.21

der hetzen. Nicht noch einmal werden wir uns zerfleischen, während die Todfeinde der Arbeiterklasse billige Triumphe feiern und ihre Knute über uns schwingen.“

Das war ein flammendes Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft, aus dem bittere Erfahrung sprach. Die Zerschlagung der gespaltenen Gewerkschaftsbewegung durch die Nationalsozialisten 1933, die Opfer im Widerstand, die Entrechtung der Arbeitnehmer im Dritten Reich, die Diskussionen und Pläne im Exil, aber auch die erzwungene Zusammenfassung aller Arbeiter und Angestellten in der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront hatten die Grundlage dafür geschaffen, dass in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ein neues Kapitel eröffnet wurde.

Den Mitgliedern der spontan entstandenen Betriebsausschüsse, die entweder durch Zuruf oder Wahl bestimmt worden waren, stellten sich in den ersten Tagen und Wochen nach dem Zusammenbruch der Nazi-Herrschaft zahlreiche Aufgaben. Auf der ersten Konferenz von Belegschaftsvertretern der Bochumer Schachtanlagen am 23. April 1945 in der Anlernwerkstatt der Zeche Prinz Regent berichteten sie, wie es auf ihren Zechen aussah.

Die Betriebsausschüsse hatten faktisch die Leitung der Zechen übernommen. Entwe-

der war es möglich, mit der Direktion „so ziemlich Hand in Hand“ zu arbeiten, wobei der Betriebsausschuss von sich aus wichtige Entscheidungen traf, oder der Betriebsführer wurde schlicht und einfach „nicht mehr geduldet“. Auf der Zeche Dahlhauser Tiefbau in Bochum-Dahlhausen, so berichtete ein Delegierter, hatten die russischen Zwangsarbeiter „schon gute Vorarbeit geleistet. Die haben den Betriebsführer ‚gerade stehen‘ lassen“. Resümierend stellte der Versammlungsleiter der Konferenz, Fritz Schürmann, fest: „Im zukünftigen Staat wird es auch einen Unternehmer wie bisher nicht geben. Wir müssen uns alle so einstellen und so arbeiten, als wenn die Betriebe unser wären.“

Die Betriebsausschüsse trafen die notwendigen Entscheidungen, damit die Kohlenförderung fortgesetzt bzw. bald wieder aufgenommen werden konnte. Sie organisierten die Aufräumarbeiten und sorgten dafür, dass die Wasserhaltung auf den Zechen intakt blieb, da die Grubenbaue ansonsten schon nach wenigen Tagen vollgelaufen wären und dann auf Jahre hin nicht mehr für die Kohlegewinnung zur Verfügung gestanden hätten. Die Bergarbeiter der Zeche Prinz Regent, deren Kohle im zecheneigenen Kraftwerk sofort verstromt werden konnte, hatten auf Initiative ihres Betriebsausschusses eine Pflichtschicht eingelegt, „damit die Bäcker Strom hatten, um

Brot backen zu können, und auch nicht eine Anzahl Zechen zum Erliegen kam“. Sie waren sich ihrer großen Verantwortung bewusst: „Die Stromversorgung muß sichergestellt werden. Es dürfen keine Pütte versaufen.“

Doch damit waren die Aufgaben der Betriebsausschüsse noch lange nicht erfüllt. Belegschaftsmitglieder, die sich besonders als Nazis hervorgetan, Zwangsarbeiter oder deutsche Bergarbeiter misshandelt hatten, wurden entweder entlassen oder wie auf der Zeche Bruchstraße z.B. in einer Strafkompagnie zusammengefasst, die Aufräumarbeiten wie das Zuwerfen von Bombentrümmern erledigen musste.

Die Verantwortung der Betriebsausschüsse ging über die betrieblichen Angelegenheiten hinaus. Sie waren die ersten Ansprechpartner für die notleidende Bevölkerung, die sich nun „mit allen möglichen Fragen“ an die Belegschaftsvertreter wandte und um Hilfe bat. Diese Aufgabe nahm bald fast die ganze Kraft der Betriebsräte in Anspruch.

Die britische Militärregierung dämpfte die Initiative der Betriebsräte, denn „Revolution wurde nicht geduldet“. Der Gewerkschaftsaufbau sollte allmählich erfolgen, von Betriebs- über Stadtgewerkschaften, dann Bezirksgewerkschaften und schließlich auf



Gedenktafel; Foto  
W.J. 29.11.21

der Ebene der britischen Besatzungszone, die Nordrhein-Westfalen und das nördliche Deutschland umfasste. Dieser Prozess nahm eineinhalb Jahre in Anspruch. Erste ordentliche Betriebsratswahlen konnten erst nach dem 10. April 1946 auf Grundlage des alliierten Kontrollratsgesetzes Nr. 22 stattfinden. Schließlich 1952 gab es ein neues Betriebsverfassungsgesetz, das die rechtliche Grundlage der Betriebsräte in der Bundesrepublik Deutschland schuf. Es folgte weitgehend dem Betriebsrätegesetz der Weimarer Republik von 1920, das die Mitbestimmung wesentlich geprägt hatte. Nach der Befreiung 1945 waren es die spontan gebildeten Betriebsräte, die den Wiederaufbau in Gang setzten und die Not der Bevölkerung linderten.

### Kurzbiografie

Schürmann, Friedrich, 1902 - 1966, 1917 Mitglied des Alten Verbandes, 1933 auf der Zeche Lothringen in Bochum als Betriebsrat von den Nazis abgesetzt, 1945 Obmann der Schachtanlage Prinz Regent, 1946 Geschäftsführer des vorläufigen Vorstandes des FDGB Bochum, 1956-1962 Arbeitsdirektor Steinkohlenbergwerk Mansfeld GmbH, Bochum, SPD-Mitglied.

### Literaturhinweise

<https://zeche.net/>  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Zeche\\_Bochum](https://de.wikipedia.org/wiki/Zeche_Bochum)  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Zeche\\_Prinz\\_Regent](https://de.wikipedia.org/wiki/Zeche_Prinz_Regent)  
 Protokoll der Betriebsrätekonferenz vom 24.4.1945: <http://www.trend.info-partisan.net/trd0405/t530405.html>

Jäger, Wolfgang: Vom IVB zur IG BCE. Gewerkschaftsentwicklung an der Ruhr nach 1945, in: ders.: Soziale Sicherheit statt Chaos. Beiträge zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung an der Ruhr, Essen 2018, S. 22-33.  
 Adamski, Jens (Hg.): Gewerkschaftlicher Wiederbeginn im Bergbau. Dokumente zur Gründungsgeschichte der Industriegewerkschaft Bergbau 1945-1951, Essen 2012.  
 Niethammer, Lutz u.a. (Hg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976.

## 10 Hagen-Haspe, Hüttenplatz

### Entstehung der Montanmitbestimmung in Hagen-Haspe 1947.

*„Wir sind die wahren aufbauenden Kräfte, tragen Verantwortung und wollen daher auch mitbestimmen.“*

Es war Paul Harig, der Betriebsratsvorsitzende des Klöckner-Werkes aus Hagen-Haspe, der diese Worte gegenüber dem Aufsichtsratsvorsitzenden Karl Jarres der Klöckner-Werke AG in einer Besprechung in der Duisburger Konzernzentrale am 9. Januar 1946 formuliert hatte. Paul Harig war die dominierende Persönlichkeit in der Hasper Hütte. Schon 1925, im Alter von 25 Jahren, war er in den Betriebsrat der Hütte gewählt worden. Er arbeitete in dem Eisen- und Stahlwerk der Klöckner Werke AG, das unter anderem Namen schon 1847 in Haspe gegründet worden war. Mitte der 1920er Jahre beschäftigte es rund 4.000 Menschen und war damit der alles bestimmende Arbeitgeber in der damals noch selbständigen Stadt Haspe. Nach der Befreiung von der Nazi-Diktatur 1945 waren es Harig und seine Anhänger, die die Arbeit der Betriebsräte wieder aufnahmen, sich bei der Gründung der Einheitsgewerkschaft engagierte und die



Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) in Hagen aufbauten. Nun wollten Harig und Genossen als erstes eine umfassende Mitbestimmung der Betriebsräte verwirklichen. Im Vorstand des Unternehmens sollte es zukünftig neben den technischen und kaufmännischen Direktoren zwei Direktoren der Arbeiter geben, die von den Betriebsräten ernannt würden. Und das Aufsichtsorgan des Unternehmens, der Aufsichtsrat, sollte auch zumindest paritätisch, also zu gleichen Teilen von Arbeitern und Anteilseignervertretern, zusammengesetzt sein. Das wäre das Ende einer Alleinherrschaft der Stahlbarone gewesen, von denen viele durch ihre enge Zusammenarbeit mit den Nazis ihre Glaubwürdigkeit verloren hatten.

Und Harig ging in Hagen noch einen Schritt weiter. Karl Strohmenger, der Betriebsratsvorsitzende in der Klöckner-Hauptverwaltung in Duisburg, berichtete schon am 5. Januar 1946 an den Aufsichtsratsvorsitzenden Karl Jarres:

„Bei der gestrigen Besprechung in Haspe war festzustellen, daß hier sehr starke Strömungen auf Loslösung des Werkes aus dem Konzernverband bestehen, die insbesondere von dem ersten Vertrauensmann Harig getragen werden. Man beruft sich hier immer wieder auf die Potsdamer Beschlüsse, in denen die Auflösung aller Konzerne festgelegt worden sei. [...] Der Obmann Harig möchte als Reinkommunist das Werk in einen Kommunalbetrieb umwandeln. Nach Fühlungnahme mit verschiedenen Vertretern der Stadt und der Kreisbehörden ist ihm klargeworden, daß diese sich für das Werk zumindest so lange nicht interessieren, als es noch mit Verlusten arbeitet. Er will deshalb zuerst mal aus dem Kreise der Belegschaft einen sogenannten Wirtschaftsrat schaffen, der das Produktionsprogramm des Werkes festlegen und der Direktion entsprechende Anweisungen geben soll. [...] Wenn das Werk dann ohne Verluste arbeitet, will er es von der Gemeinde übernehmen lassen. Daß er bei seinen Plänen auf den Widerstand übergeordneter Stellen, wahrscheinlich auch der Engländer stößt, beeinflusst ihn in seiner kommunistischen Unbekümmertheit nicht. [...] Wir werden mit H[arig] noch große

Paul Harig;  
Quelle: StA Hagen  
Mappe Harig



Walzenstände auf dem Hüttenplatz in Hagen-Haspe; Quelle: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hagen-Haspe,\\_H%C3%BCttenplatz\\_\(2\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hagen-Haspe,_H%C3%BCttenplatz_(2).jpg)

Schwierigkeiten haben, besonders da sein Machtstreben getragen wird von einer für einen Arbeiter ungewöhnlichen Intelligenz“.

Harigs Plan passte durchaus in die Zeit. In Deutschland hatten sich beginnend schon vor dem Ersten Weltkrieg riesige Konzerne gebildet, die im Bereich der Erzeugung von Kohle, Eisen und Stahl sowie ihrer Weiterverarbeitung zu großen Montankonzernen, wie zum Beispiel die Klöckner-Werke AG, verschmolzen worden waren. Die enge Zusammenarbeit der Konzerne mit den Nazis hatte die Konzerne diskreditiert und das Potsdamer Abkommen der Siegermächte vom 2. August 1945 sah eine Beseitigung „der übermäßigen Konzentration der Wirtschaftsmacht“ vor. Harigs Plan, die Hasper Hütte in den Besitz der Stadt Hagen zu überführen, sollte also ein Beitrag zur Zerschlagung des Klöckner Konzerns sein und zugleich auch ein Schritt in Richtung Sozialisierung, eine Verstaatlichung auf lokaler Ebene. Dafür fand er jedoch in der Hagener Stadtverwaltung keine Unterstützung, und Harig machte seinen Plan auch nicht zum Thema in der von den Briten eingesetzten Hagener Stadtvertretung, der Harig von Anfang an angehörte.

Wie die konkrete Neuordnung der deutschen Wirtschaft zukünftig aussehen sollte, war 1945/46 noch völlig ungeklärt. Der Wiederaufbau in Hagen musste unter der Oberhoheit der britischen Militärregierung stattfinden. Sie setzte den Rahmen für den Neubeginn des politischen Lebens, die Neugründung der Gewerkschaften und die Machtverhältnisse in der Wirtschaft. Ein Gelegenheitsfenster öffnete sich im Sommer 1946, als die britische Militärregierung die Eisen- und Stahlindustrie beschlagnahmte und ihrer Kontrolle unterstellte, um sie endlich wieder im vollen Umfang in Gang zu setzen. Die Militärregierung beauftragte eine deutsche Treuhandverwaltung, die die Eisen- und Stahlwerke aus den Montanunternehmen ausgliedern und als neue eigenständige Unternehmen gründen sollte. Schon Anfang Februar 1947 wurden die ersten vier eigenständigen Hüttenwerke gegründet, am 8. Februar 1947 die Hasper Hütte AG, die damit aus dem Klöckner-Konzern herausgelöst worden war. Die neuen Unternehmen bekamen einen paritätisch besetzten Aufsichtsrat, wie es Harig Anfang 1946 schon gefordert hatte. Im dreiköpfigen Vorstand war ein Arbeitsdirektor vorgesehen, der nicht gegen die Arbeitnehmer im



Gießpfanne auf dem Hüttenplatz in Hagen-Haspe; Quelle: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hagen-Haspe,\\_H%C3%BCttenplatz\\_\(3\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hagen-Haspe,_H%C3%BCttenplatz_(3).jpg)

Aufsichtsrat bestellt werden konnte. Harig wurde Mitglied des Aufsichtsrates und der Kommunist Konrad Skrentny Arbeitsdirektor im Hüttenwerk Haspe AG. Das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ kommentierte die neue Entwicklung in der Eisen- und Stahlindustrie am 15. Februar 1947:

„Neue Formen der deutschen Industrie beginnen sich zu entwickeln. Vier Gesellschaften übernahmen Anlagen und Werke der Ruhrschwerindustrie von ihren bisherigen Besitzern als Pächter. Diese Übernahme bedeutet den ersten Schritt auf dem Wege der Auflösung der Konzerne. Arbeitnehmer und Vertreter der Wirtschaft sind in den Aufsichtsräten der neuen Gesellschaften paritätisch vertreten. Das Zeitalter der ‚Herren von Stahl und Kohle‘, das im letzten Kriege sich noch einmal zu voller Blüte entfaltete, geht damit auch offiziell zu Ende“.

Harig gehörte dem Rat der Stadt Hagen an, war Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall und des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hagen und für die KPD von 1949 bis 1953 Bundestagsabgeordneter. Sein Radikalismus ging jedoch so weit, dass er Anfang der 1950er Jahre aus der IG Metall

wegen Verstoßes gegen die Satzung ausgeschlossen wurde und bis zu seinem Tod 1977 kein Mitglied mehr werden konnte.

Die Dominanz der Kommunisten in Hagen-Haspe war außergewöhnlich und verlor sich mit der Zeit. Was aber blieb war eine neue Unternehmensverfassung, die die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit geschaffen hat, oder mit anderen Worten: Demokratie in der Wirtschaft.

Der Gedanke der Verstaatlichung privatwirtschaftlicher Unternehmen hat durch die krisenhafte Entwicklung der Wohnungswirtschaft neue Fahrt bekommen. Was muss geschehen, wenn Wohnungen durch Mietpreissteigerungen unerschwinglich werden? Scheinbar vergangene Debatten werden wieder hochaktuell.

#### Literaturhinweise

Bockermann, Dirk (Hg.): Hasper Gold. Ein Lesebuch zur Geschichte der Hasper Hütte, Hagen 2. Aufl. 1998.  
Kniehase, Hans-Friedrich (Hg.): Industrie-Kathedralen in Nordrhein-Westfalen. Das Klöckner Hüttenwerk



Hinweistafel zur Hasper Hütte (Quelle: [https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/5/5e/Hasper\\_H%C3%BCtte\\_%28Schild\\_der\\_Route\\_der\\_Industriekultur%29.jpg?uselang=de](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/5/5e/Hasper_H%C3%BCtte_%28Schild_der_Route_der_Industriekultur%29.jpg?uselang=de); Ecke Kölner- Haenelstraße

in Hagen-Haspe, Wetter 2009.  
Eckhoff, Michael: Haspe im Wandel der Zeit, 2. Aufl. Hagen 2021.  
Blank, Ralf/Kleine, Uta/Schmieder, Felicitas (Hg.): Hagen. Eine moderne Stadtgeschichte, Paderborn 2021.

Harig, Paul: Arbeiter – Gewerkschafter – Kommunist, Frankfurt/Main 1973.  
Heinz, Stefan: Paul Harig (1900-1977), in: Mielke, Siegfried/Heinz, Stefan (Hg.): Emigrierte Metallgewerkschafter im Kampf gegen das NS-Regime, Berlin 2014, S. 539-551.  
Müller-Jentsch, Walther: Grundsatzentscheidung Montanmitbestimmung, in: ders.: Wirtschaftsordnung und Sozialverfassung als mitbestimmte Institutionen. Studien zur sozialen und industriellen Demokratie, Wiesbaden 2021, S. 19-31.  
Müller, List, Gabriele (Bearb.): Neubeginn bei Eisen und Stahl im Ruhrgebiet. Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie 1945 – 1948, Düsseldorf 1990.  
Müller, Gloria: Mitbestimmung in

der Nachkriegszeit. Britische Besatzungsmacht – Unternehmer – Gewerkschaften, Düsseldorf 1987.  
Potthoff, Erich: Der Kampf um die Montanmitbestimmung, Köln 1957/1986.  
„Nach dem Krieg haben wir zum zweiten Mal die Revolution verpaßt“ – Streit, Streik und Skandale um die Mitbestimmung in der Stahlstadt Hagen, in: Balsen, Werner/Nakielski, Hans/Rössel, Karl: Erlebte Geschichte. Montanmitbestimmung in Rheinhausen und anderswo, Köln 1995, S. 137 - 228.

Schmidt, Werner: Geburtsort der Mitbestimmung, in: Heimatbuch Hagen u. Mark. Hagener Heimatkalender 2003, 44. Jg., Hagen 2002, S. 105-113.  
Schmidt, Werner/Turck, Helmut: Kartoffelring und Mitbestimmung. Gewerkschaftlicher Neubeginn in Hagen, Hagen 1996.  
Schmidt, Werner: Hagen Geburtsort der Mitbestimmung, <http://netkey40.igmetall.de/homepages/hagen/hochgeladenedateien/Hagen-Geburtsort%20der%20Mitbestimmung%205%206.pdf>

## ① Essen, Saalbau, Huysenallee 53

### Der Kampf um die Montanmitbestimmung 1951 an der Ruhr

„Wer für sein Menschenrecht und seine Freiheit kämpfen will, der stimme mit Ja“

So schließt der Aufruf der Industriegewerkschaft Metall zur Urabstimmung am 29. und 30. November 1950 in den Werken der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland. Die Gewerkschaft informierte ihre Mitglieder, dass die erst 1947 in den entflochtenen Eisen- und Stahlhütten eingeführte Mitbestimmung wieder abgeschafft werden sollte, was, falls nötig, mit dem Mittel des Streiks verhindert werden sollte. Wie konnte es dazu kommen?

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 begann das allmähliche Ende der alliierten Besatzungsmacht, die gemeinsam von den Hohen Kommissaren der Amerikaner, Briten und Franzosen ausgeübt wurde. Die nach Kriegsende unter der Kontrolle der Alliierten stehenden großen Unternehmen wurde wieder an ihre Altbesitzer zurückgegeben und dabei sollten auch die eigenständigen Eisen- und Stahlhütten wieder Teil ihrer alten Konzerne werden. Und im Zuge dieser Rückgliederung drohte die Montanmitbestimmung zu entfallen, da das deutsche Unternehmensrecht bislang keine Montanmitbestimmung kannte. Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard hatte öffentlich erklärt, dass die Montanmitbestimmung gegen deutsches Aktienrecht verstoße und deshalb nicht bleiben könne. Da auch der Bergbau von den Neuordnungsplänen der Bundesregierung betroffen war und eine mit der Eisen- und Stahlindustrie vergleichbare Mitbestimmungsregelung im Bergbau noch nicht zustande gekommen war, schloss sich die IG Bergbau der IG Metall an. Die Bergbaugewerkschaft rief ihre Mitglieder vom 17.-19. Januar 1951 zur Urabstimmung auf. Auch sie fragte ihre Mitglieder, ob sie gegebenenfalls bereit wären, für die „Zuerkennung des vollen Mitbestimmungsrechtes an Arbeitnehmer und Gewerkschaften“ zu streiken.



Aufruf zur Urabstimmung im Bergbau 1951; Quelle: Ranft: Vom Objekt, S. 32

Die Ergebnisse der Urabstimmungen waren überwältigend. In der Eisen- und Stahlindustrie hatten 193.183 Gewerkschaftsmitglieder, das entsprach 95,8 Prozent der abgegebenen Stimmen, mit Ja gestimmt. Als der Streikbeginn am 3. Januar 1951 von der IG Metall auf den 1. Februar festgelegt wurde, rief sie ihre Mitglieder sogar dazu auf, noch ihre Arbeitsverträge zum 31. Januar zu kündigen, was die überwiegende Mehrheit der Metaller auch machte. Damit sollte gewährleistet werden, dass im Falle eines von den Gerichten möglicherweise festgestellten nicht rechtmäßigen Streiks, der Gewerkschaft Schadensersatzleistungen erspart blieben. Im Bergbau stimmten 450.328 Bergarbeiter, 92,8 Prozent, für Kampfmaßnahmen, ohne jedoch die Arbeitsverträge zu kündigen, da die Kündigungsfrist von 14 Tagen nicht mehr einzuhalten gewesen wäre.

Rund 650.000 Stahl- und Bergarbeiter hatten ihre Bereitschaft erklärt, für die Montanmitbestimmung zu streiken. Die zentrale Bedeutung der Eisen- und Kohleindustrie für den Wiederaufbau Deutschlands und die große gewerkschaftliche Organisationsmacht, die durch die Ergebnisse der Urabstimmun-



Außerordentliche Generalversammlung der IG Bergbau im Essener Saalbau mit Hans Böckler, links, 30. Januar 1951; Quelle: Ranft: Vom Objekt, S. 33

gen eindrücklich belegt wurde, nötigten die Bundesregierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer alles zu unternehmen, um einen Großkonflikt zu verhindern. Für die Gewerkschaften führte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hans Böckler, die Verhandlungen. Konrad Adenauer signalisierte der Unternehmenseite, dass sie ihren Beitrag zu einer einvernehmlichen Lösung des Konflikts leisten müsste und vereinbarte schließlich in einem Spitzengespräch mit Hans Böckler am 11. Januar 1951, dass eine für die Gewerkschaften akzeptable Mitbestimmungsregelung für Kohle und Stahl keine Vorentscheidung für die Mitbestimmung in der übrigen Wirtschaft bedeuten würde. Am 25. Januar, wenige Tage nach der Urabstimmung im Bergbau, verständigten sich dann Unternehmens- und Gewerkschaftsvertreter auf „Richtlinien über die Mitbestimmung in der Kohle und Eisen schaffenden Industrie“.

Ein Streik der Stahl- und Bergarbeiter für die Mitbestimmung war nicht mehr notwendig. Die IG Bergbau lud für den 30. Januar 1951 zu einem außerordentlichen Kongress in den Essener Saalbau ein, um über den Mitbestimmungskompromiss zu beraten. Auch Hans Böckler, der 16 Tage später

sterben sollte, nahm an der Veranstaltung teil. Die Delegierten der IG Bergbau stimmten dem Ergebnis bei zwei Gegenstimmen zu, bekräftigten aber, dass für sie die Neuordnung der Wirtschaft mit der Montanmitbestimmung nicht abgeschlossen war.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte schon am Vortage beschlossen, dass keine Kampfmaßnahmen mehr erforderlich seien und Hans Böckler feierte am 30. Januar den Kompromiss in einer berühmten Rundfunkrede als den „Anfang einer neuen Wirtschaftsverfassung“:

„Nicht der Wille zur Macht, hat die Gewerkschaften - wie man ihnen böswillig unterstellt - bestimmt, eine gleichberechtigte Stellung für die Arbeitnehmer in der Wirtschaft zu fordern, sondern vor allem die Erkenntnis, dass der politischen Demokratie, soll sie nicht ein weiteres Mal zum Nachteil des Volkes und der ganzen Welt missbraucht werden, die wirtschaftliche Demokratie zur Seite gestellt werden muss.“

Mit der Montanmitbestimmung sollte die politische Demokratie in Deutschland befestigt und die Tür zur Wirtschaftsdemokratie geöffnet werden. „Vom Wirtschafts-Unter-

tan zum Wirtschaftsbürger“, so hatte der spätere DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg die Zielsetzung der Gewerkschaften formuliert. Arbeitnehmer sollen wie im politischen Raum auch in der Wirtschaft mitbestimmen können. Die Montanmitbestimmung brachte die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in allen personalen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Arbeitnehmer- und Anteilseignervertreter waren im Aufsichtsrat zu gleichen Teilen vertreten und bei einer Patt-Situation musste ein „Neutrales Mitglied“, auf das sich beide Seiten bei der Bildung des Aufsichtsrates verständigt hatten, entscheiden. Der Arbeitsdirektor, der das Vertrauen der Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat besitzen musste, wurde als gleichberechtigtes Vorstandsmitglied eingeführt.

Am 10 April 1951 beschloss der Deutsche Bundestag das Montanmitbestimmungsgesetz mit großer Mehrheit, gegen die Stimmen der mitregierenden Freien Demokratischen Partei und bei Stimmenthaltung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Am 21. Mai trat das Gesetz in Kraft. In den beiden



damals wichtigsten Industriezweigen begann eine neue Ära. Vor allem in den Jahren der Schrumpfung von Kohle und Stahl bewährte sich die Montanmitbestimmung. Der Strukturwandel an der Ruhr konnte ohne Massenentlassungen gestaltet werden, eine im internationalen Vergleich einmalige Leistung. Jedoch führte die Schrumpfung von Kohle und Stahl seit den 1960er Jahren zu einem großen Bedeutungsverlust der Montanmitbestimmung in der ansonsten boomenden Wirtschaft, so dass sie zum Auslaufmodell wurde. Die Montanmitbestimmung blieb auf die Kohle- und Stahlindustrie beschränkt und in den anderen Branchen gelang es nicht, eine vergleichbare qualifizierte Mitbestimmung durchzusetzen. Der Steinkohlenbergbau an der Ruhr hat seine Förderung 2018 komplett eingestellt und die Stahlindustrie schrumpft immer weiter.

#### Literaturhinweise:

Industriegewerkschaft Bergbau (Hg.): Außerordentliche Generalversammlung der IG Bergbau am 30.1.1951 in Essen. Protokoll, Bochum 1951.  
Borsdorf, Ulrich: Einheitsgewerkschaft und Mitbestimmung. Erinnerungsort Hans-Böckler-Straße, in: Berger, Stefan u.a. (Hg.): Zeit-Räume Ruhr. Erinnerungsorte des Ruhrgebiets, Essen 2019, S. 313-326.  
Lauschke, Karl: Die halbe Macht. Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945 bis 1989, Essen 2007.  
Ranft, Nobert: Vom Objekt zum Subjekt. Montanmitbestimmung, Sozialklima und Strukturwandel im Bergbau seit 1945, Köln 1988.  
Balsen, Werner/Nakielski, Hans/Rössel, Karl: Erlebte Geschichte. Montanmitbestimmung in Rheinhausen und anderswo, Köln 1995.  
Jäger, Wolfgang/Lauschke, Karl/Mittag, Jürgen (Hg.): Mitbestimmung im Zeichen von Kohle und Stahl. Debatten um die Montanmitbestimmung im nationalen und internationalen Kontext, Essen 2020.  
Saalbau Essen: [https://de.wikipedia.org/wiki/Saalbau\\_Essen](https://de.wikipedia.org/wiki/Saalbau_Essen)  
Portal zur Geschichte der Gewerkschaften: Geschichte der Gewerkschaften - Hoffnung auf mehr Mitbestimmung (gewerkschaftsgeschichte.de)

Urabstimmung im Bergbau 1951; Quelle: Katalog Mitbestimmung, S.29



## 12 Oberhausen, GHH-Hauptverwaltung, Essener Str. 55

### Der Streik für die Montanmitbestimmung 1955 in Oberhausen

„Das Mitbestimmungsgesetz für Eisen und Kohle ist das Ergebnis einer brutalen Erpressung durch die Gewerkschaften. Es ist in einer Zeit durchgesetzt worden, in der die Staatsgewalt noch nicht gefestigt war.“

Diese Äußerung von Hermann Reusch, dem Generaldirektor des Gutehoffnungshütte-Konzerns, am 11. Januar 1955 auf der Hauptversammlung seines Unternehmens, brachte das Fass zum Überlaufen. Zwei Tage später, am 13. Januar beschlossen die gewerkschaftlichen Vertrauensleute des Hüttenwerks Oberhausen einmütig einen 24stündigen Proteststreik, der gleich in die Tat umgesetzt wurde, und am 22. Januar folgte der eintägige Warn- und Proteststreik von über 800.000 Stahl- und Bergarbeitern der Montanindustrie im Ruhrgebiet. Wieso konnte die unbedachte Äußerung eines einzelnen Unternehmers einen solchen Proteststurm auslösen?

Bei der gesetzlichen Einführung der Montanmitbestimmung 1951 war die gleichberechtigte Unternehmensmitbestimmung ausschließlich für produzierende Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten geschaffen worden. Es gab keine entsprechende Regelung für die wieder entstehenden Konzerne, die sogenannten „Holding-Gesellschaften“, in denen Hütten und Bergwerke sowie Unter-

nehmen der Weiterverarbeitung zusammengefasst waren. Diese Lücke im Montanmitbestimmungsgesetz sollte geschlossen werden und der Generaldirektor des Gutehoffnungshütte-Konzerns Hermann Reusch wollte diese - aus seiner Sicht - Ausweitung der Mitbestimmung verhindern. Dass die Gewerkschaften sich für eine Regelung der Mitbestimmung in den Holdings stark machten, konnte nicht verwundern, da ansonsten die Wirksamkeit der Mitbestimmung in den einzelnen Unternehmen in Frage stand. Reusch hingegen brachte mit seiner Einlassung eine grundsätzliche Kritik an der Montanmitbestimmung zum Ausdruck, die die Montanmitbestimmung insgesamt in Frage stellte. Nur wenige Jahre zuvor hatte Reusch etwas ganz anderes gesagt.

Anfang 1947 suchte der Unternehmer Reusch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, um eine von der britischen Militärregierung gewünschte weitgehende Zerschlagung des Gutehoffnungshütte-Konzerns zu verhindern. Dafür, so Reusch, sollte es „zur Regelung einer dauernden Mitwirkung der Belegschaft bzw. Gewerkschaft bei der Verwaltung des Unternehmens kommen.“ Im Schreiben an das Wirtschaftsamt für Wirtschaft vom 21. Januar 1947 wurde Reusch noch deutlicher:

„Schließlich erklären wir unsere aufrichtige Bereitwilligkeit, den Belegschaften und den Gewerkschaften volle Mitwirkungsrechte einzuräumen. Wir wollen uns den Forderungen einer neuen Zeit nicht verschließen und stimmen einer Beteiligung auch der Arbeitnehmerschaft an der Planung und Lenkung sowie an den Aufsichtsorganen für die großen Erwerbsgesellschaften der Eisen- und Stahlindustrie voll und ganz zu.“

Nur 8 Jahre später unternahm derselbe Hermann Reusch nun alles, um den im Bundestag laufenden Gesetzgebungsprozess für eine Mitbestimmungsregelung in den Holding-Gesellschaften zu torpedieren. Reusch hatte nicht nur die Belegschaften und Gewerkschaften provoziert, sondern auch den amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer angegriffen, indem er ihm faktisch unterstellte, vor den Gewerkschaften 1951 beim Kampf



Ein Bus der Bergarbeiterjugend informiert über das Anliegen des Proteststreiks 22. Januar 1955; Quelle: Bildgeschichte S. 200/201

Ehemalige Hauptverwaltung der Gutehoffnungshütte (GHH) an der Essener Straße 55, heute Radio NRW; Quelle: Stadt Oberhausen



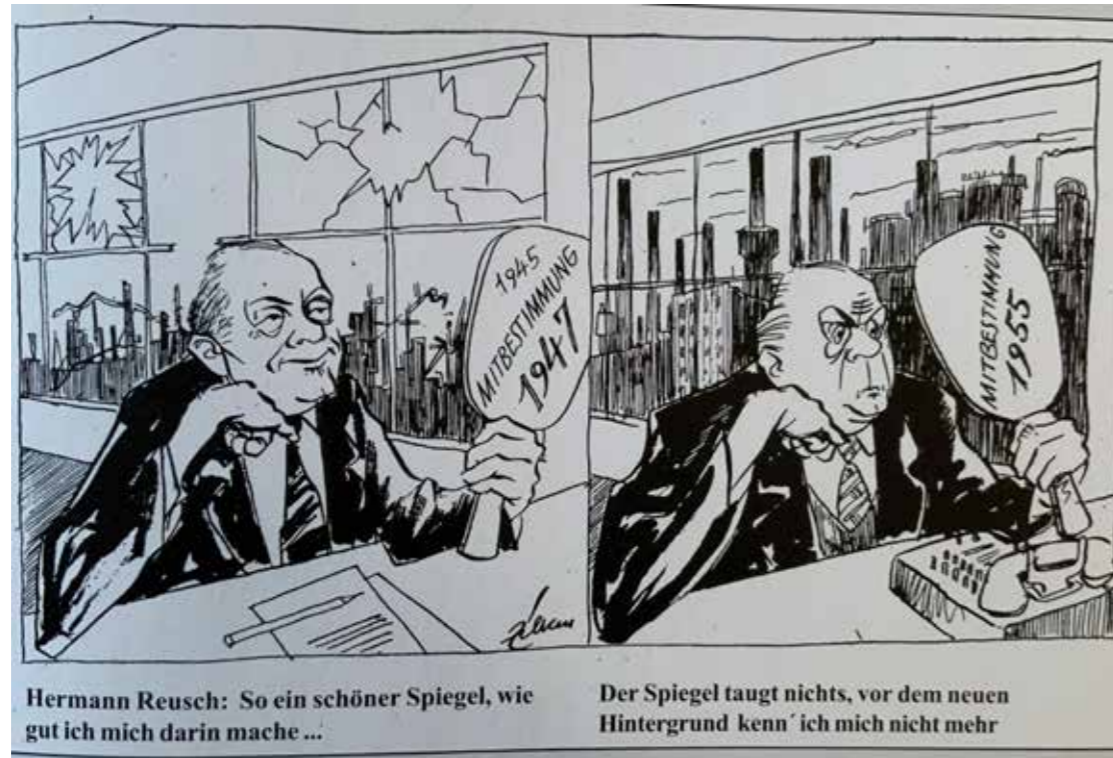
um die Montanmitbestimmung eingeknickt zu sein. Reuschs Widerstand gegen die paritätische Mitbestimmung war durch das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 befördert worden, das trotz massiven gewerkschaftlichen Protestes, die Regeln der Montanmitbestimmung für die gesamte Wirtschaft nicht übernommen hatte. Die Aufsichtsräte außerhalb der Montanindustrie waren nicht gleichberechtigt besetzt, sondern die Arbeitnehmer\*innen nur mit einem Drittel beteiligt. Und einen Arbeitsdirektor wie in der Montanmitbestimmung, der faktisch der Vertreter der Arbeitnehmer\*innen im Vorstand war, kennt das Betriebsverfassungsgesetz nicht.

Dass die Montanmitbestimmung in ihrer Substanz in den Holding-Gesellschaften der Montanunternehmen verwirklicht werden konnte, war nicht zuletzt den Proteststreiks der Belegschaften zu verdanken. Der Streik von rund 820.000 Beschäftigten für die Montanmitbestimmung war ein unübersehbares Signal. Am 7. Juni 1956 verabschiedete der Deutsche Bundestag ein Mitbestimmungsergänzungsgesetz, das die Montanmitbestimmung in den Holding-Gesellschaften sicherte. Die Parität im Aufsichtsrat blieb erhalten, ebenso der Arbeitsdirektor. Änderungen im Wahlverfahren, Wahlmänner statt Betriebs-

räte wählten die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat und der Arbeitsdirektor konnte auch ohne Mehrheit auf der Arbeitnehmerbank bestellt werden, signalisierten, dass der politische Elan zur Neuordnung der Wirtschaft zugunsten der Arbeitnehmer\*innen nachgelassen hatte. Das beginnende Wirtschaftswunder, steigende Löhne und wachsender Konsum, bestimmten nach den Hungerjahren das politische Klima im Land, die die Zusammenarbeit der Schwerindustrie mit den Nazis in Vergessenheit gerieten ließen. Für die Arbeitnehmer\*innen in der Montanindustrie und ihre Gewerkschaften war diese Erinnerung aber noch präsent, so dass sie für die Demokratie in der Wirtschaft kämpften, wohlwissend, dass die politische Demokratie erst gesichert ist, wenn ihr „die wirtschaftliche Demokratie zur Seite gestellt“ wird, wie es erste DGB-Vorsitzende Hans Böckler 1951 gesagt hatte.

Die von den Gewerkschaften geforderte Ausweitung der Montanmitbestimmung auf alle Großunternehmen ist bislang nicht gelungen. Mit dem 1976 vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Mitbestimmungsgesetz konnte die Mitwirkung der Arbeitnehmer\*innen in den Aufsichtsräten verbessert werden, aber die Aufsichtsräte

Der Sinneswandel des Hermann Reusch; Quelle: Der Gewerkschafter 1955



können einseitige Beschlüsse gegen die Vertreter\*innen der Arbeitnehmer\*innen treffen und sie damit schlicht übergehen. Zudem haben die Arbeitnehmer\*innen im Vorstand keinen Arbeitsdirektor, der das besondere Vertrauen der Arbeitnehmer\*innen besitzt. Dass die Branchen, in denen die Montanmitbestimmung gilt, immer weiter schrumpfen, hat die große Errungenschaft der Arbeitnehmer\*innen und ihrer Gewerkschaften aus der Gründungszeit der Bundesrepublik zum Auslaufmodell werden lassen. Was dies für die Zukunft der politischen Demokratie bedeutet, wird die Zukunft zeigen.

Literaturhinweise:

Borsdorf, Ulrich: „Die Belegschaft des Hüttenwerkes scheint geschlossen in den Betten zu liegen.“ Ein Streik für die Montanmitbestimmung, in: Niethammer, Lutz u.a. (Hg.): „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst“. Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW, Berlin u. Bonn 1984, S. 196-200. Borsdorf, Ulrich: Der Anfang vom

Ende? Die Montanmitbestimmung im politischen Kräftefeld der frühen Bundesrepublik (1951-1956), in: WSI-Mitteilungen 3, 1984, S. 181-195. Lauschke, Karl: Die halbe Macht. Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945 bis 1989, Essen 2007. Ranft, Nobert: Vom Objekt zum Subjekt. Montanmitbestimmung, Sozialklima und Strukturwandel im Bergbau seit 1945, Köln 1988.

Touristische Information:

https://de.wikipedia.org/wiki/Routen\_der\_Industriekultur\_%E2%80%93\_33 Oberhausen: Industrie macht Stadt

Zur Geschichte der Neuen Mitte in Oberhausen: https://www.ruhrgebiet-industriekultur.de/neue-mitte.html

Gasometer der GHH: https://www.gasometer.de/de/der-gasometer/industriekultur https://www.gasometer.de/de/der-gasometer/geschichte

Gelsenkirchen, Dickampstraße 8

Der Textilarbeiterinnenstreik 1961 in Gelsenkirchen

„Dass Frauen ihre Belange vertreten können, hat der Streik in Gelsenkirchen 1961 bewiesen. [...] Wir hatten kaum Kollegen, die bereit waren Streikposten zu stehen.“

So ist es im bezirklichen Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung von 1961/62 zu lesen. In den Worten schwang Bewunderung mit, dass die Frauen in der Gelsenkirchener Bekleidungsindustrie fast ganz allein einen Streik erfolgreich durchgestanden hatten, bei dem sie wohl kaum Unterstützung bei ihren männlichen Gewerkschaftsmitgliedern gefunden hatten. Aber was hat denn Gelsenkirchen überhaupt mit der Bekleidungsindustrie zu tun?

Gelsenkirchen, die „Stadt der tausend Feuer“, wie sie wegen ihrer schwerindustriellen Prägung genannt wurde, war in den 1950er und 1960er Jahren eine Hochburg der Bekleidungsindustrie. In der Spitze wurden allein in Gelsenkirchen 50 Firmen und 7000 Arbeitsplätze gezählt und auch in den anderen Ruhrgebietsstädten gab es eine nennenswerte Zahl von Beschäftigten der Textil- und Bekleidungsindustrie. Gelsenkirchen hatte nach dem 2. Weltkrieg eine gezielte Ansiedlungspolitik unternommen, um traditionelle Unternehmen der Damenoberbekleidungsindustrie aus Schlesien, insbesondere aus Breslau und Liegnitz nach Gelsenkirchen zu holen. Mit den Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten kamen die Textilunternehmer und auch manche Flüchtlinge. Vor allem angelehrte Frauen und Mädchen fanden Arbeit in den Klein- und mittelständischen Betrieben. Dank der gezielten Gelsenkirchener Wirtschaftsförderung war ein Gegengewicht zur Schwerindustrie entstanden und Gelsenkirchen hatte eine wirkungsvolle und spürbare Flüchtlingshilfe geleistet.

Die Integration der Flüchtlinge aus dem ehemals deutschen Osten entstand unkompliziert. Die gemeinsame Sprache und Kultur sowie die deutsche Staatsangehörigkeit

machten das Zusammenleben und -arbeiten vergleichsweise einfacher, als es sich seit Mitte der 1950er Jahre mit den ausländischen Zuwanderer\*innen gestaltete. Einen großen Unterschied machte auch die Bleibeperspektive aus. Während den Flüchtlingen aus dem Osten bald klar geworden sein dürfte, dass an eine baldige Rückkehr nicht mehr zu denken war, kamen die ersten sog. „Gastarbeiter\*innen“ nur mit Ein- oder Zweijahresverträgen in die Bundesrepublik und wurden dann durch neue Arbeitskräfte ersetzt, was von der Arbeitsverwaltung „Rotationsverfahren“ genannt wurde. Die Ausländer\*innen sollten auf keinen Fall in Deutschland Wurzeln schlagen. Die Ausländerbeschäftigung wurde nur als eine vorübergehende Erscheinung gesehen – eine folgenreiche Fehleinschätzung. Heute haben 27 Prozent der deutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund.

Zurück zur Textilindustrie in Gelsenkirchen. Die Damenoberbekleidungsindustrie in Gel-

Textilarbeiterinnen-Streik in Gelsenkirchen; Quelle WAZ 06.10.1961, ISG Gelsenkirchen



Bekleidungsfabrik  
Riegel AG: Nähsaal;  
Dickampstraße 10;  
Quelle: ISG Gelsen-  
kirchen, Fotograf  
Kurt Müller



senkirchen nahm in den 1950er Jahren einen bemerkenswerten Aufschwung. Die nach den Hungerjahren folgende „Fresswelle“ wurde vom „Kleiderhunger“ abgelöst. Allerdings blieben die Löhne in der Bekleidungsindustrie äußerst niedrig. Von 41 Industriegruppen belegte die Bekleidungsindustrie auf der Lohnskala den Platz 39. Und dies betraf vor allem Frauen, da sie nur rund drei Viertel der Männerlöhne erhielten. Trotz des steigenden Leistungsdrucks in den Unternehmen, die vor allem durch den Einsatz von Fließbändern zustande kam, waren die Unternehmen kaum bereit, auf die besonderen Bedürfnisse ihrer vor allem weiblichen Beschäftigten einzugehen, von denen viele zusätzlich zur Erwerbsarbeit ihren familiären Verpflichtungen nachkommen mussten. So verwehrten die Arbeitgeber die Genehmigung eines Hausarbeitstags, eines arbeitsfreien Samstags im Monat für weibliche Beschäftigte mit eigenem Hausstand, wengleich gesetzliche Regelungen und die Rechtsprechung den Weg dafür zu ebnen suchten.

Als nun 1961 die Tarifverhandlungen auf Bundesebene erfolglos blieben, ergriffen die Gelsenkirchener Näherinnen, wie sie sich selber nannten, die Initiative. Sie nahmen die Forderungen aus der Tarifrunde auf, forderten eine Lohnerhöhung und eine Wochenarbeitszeitverkürzung von 43 auf 40 Stunden bei vollem Lohngleich und freiem Wochenende. Als die Gelsenkirchener

Unternehmer auf diese Forderungen nicht eingehen wollten, organisierte der zuständige Gewerkschaftssekretär der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Ingebert Zimny, Urabstimmungen in den Unternehmen, die selbst zu seiner eigenen Überraschung eine große Unterstützung der Frauen für einen Streik erbrachten. Auch in der Öffentlichkeit wurde mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass sogar junge Frauen streikten. Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) sprach deshalb vom „merkwürdigsten Streik der Nachkriegsgeschichte“. Und die Westfälische Rundschau schrieb: „Teenager stehen auf Streikposten. Auch Näherinnen können kämpfen.“ Streikposten mit Kinderwagen oder Streikende auf Rollschuhen hatte Gelsenkirchen bislang nicht gesehen.

Der Streikführer der Gewerkschaft Textil-Bekleidung erinnerte sich noch 40 Jahre später in einem Interview mit großem Stolz an „seine“ Frauen:

„...dieser Streik in Gelsenkirchen, den haben wir mit den Frauen geführt. Wenn die Männer von mir die Streikunterstützung ausgezahlt bekommen haben, dann haben sie unten im Goldberghaus gesessen. ...Rumgesessen, haben Bier getrunken und Skat gespielt. Streikposten haben unsere Frauen gestanden mit den Kinderwagen, mit Rollschuhen. ... Die haben gestreikt. ... Also, ich habe da erst mal richtig gelernt, Stolz auf die

Frauen zu sein. Wirklich stolz auf die Frauen, denn da konnte ich mich drauf verlassen.“

Nicht wenige verheiratete Frauen mussten erst einmal ihre Männer überzeugen, von denen manche auch nicht einverstanden waren, was ihre Frauen machten. Aber das gemeinsame Handeln machte die Frauen selbstbewusster und viele Ehemänner unterstützen dann ihre Frauen, in dem sie mit auf ihre Veranstaltungen gingen.

Die Streiks der Frauen zeigten Wirkung. Schon innerhalb einer Woche konnten mit einzelnen Unternehmen Haustarifverträge abgeschlossen werden, die den dann nach drei Wochen erzielten Abschluss auf Bundesebene sogar übertrafen: eine Lohnerhöhung und Wochenarbeitszeitverkürzung von einer Stunde. Die Gelsenkirchener Näherinnen hatten durch ihr entschlossenes Handeln nicht nur viele Zeitgenossen überrascht, sondern auch ihrer Gewerkschaft zu einem guten Ergebnis in der Tarifaueinbarung verholfen. Allerdings konnte der Erfolg von 1961 den Niedergang der Textil- und Bekleidungsindustrie in Deutschland nicht aufhalten. Steigende Importe und vor allem die Verlagerung der Produktionsstätten in Billiglohnländer führen zum „lautlosen“ Sterben der Klein- und Mittelbetriebe, die für das Gelsenkirchen der 1950er und 1960er Jahre so typisch gewesen waren. Was blieb war das neue Selbstbewusstsein der Frauen, die trotz Doppel- und Dreifachbelastung ihre eigenen Interessen vertraten und dies auch zum Thema in ihren Familien machten.

#### Literaturhinweise

Beese, Birgit und Brigitte Schneider: Arbeit an der Mode. Zur Geschichte der Bekleidungsindustrie im Ruhrgebiet, Essen 2001.  
Lasotta, Arnold/Schneider, Brigitte: Bekleidungsindustrie. Strukturwandel und Frauenarbeitsplätze, in: Kift, Dagmar (Hg.): Aufbau West. Neubeginn zwischen Vertreibung und Wirtschaftswunder, Ausstellungskatalog, Essen 2005, S. 212-227.  
Goch, Stefan: Übersehener Strukturwandel in der Textil- und Bekleidungsindustrie, in: Farrenkopf, Michael u.a. (Hg.):



Streikposten in der  
Dickampstraße 8,  
2.10.1961; Quelle:  
ISG Gelsenkirchen

Die Stadt der Städte. Das Ruhrgebiet und seine Umbrüche, Essen 2019, S. 212-219.  
Ditt, Karl: „Passive Sanierung“. Der Niedergang der bundesdeutschen Textilindustrie und die Reaktion von Staat und Unternehmen am Beispiel Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, in: Grüner, Stefan/Mecking, Sabine (Hg.): Wirtschaftsräume und Lebenschancen. Wahrnehmung und Steuerung von sozialökonomischem Wandel in Deutschland 1945-2000, Berlin/Boston 2017, S. 133-147.  
Donath, Peter; Szegfü, Annette: Wir machen Stoff. Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung 1949-1998, Bielefeld 2021  
[https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-008048](https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008048)

Bekleidungsindustrie in Gelsenkirchen:  
[https://www.gelsenkirchen.de/de/stadtprofil/stadtgeschichten/strukturwandel/\\_bekleidungsindustrie.aspx](https://www.gelsenkirchen.de/de/stadtprofil/stadtgeschichten/strukturwandel/_bekleidungsindustrie.aspx)  
Die Bekleidungsindustrie. Vertreibung und Wirtschaftswunder:  
[https://www.lwl.org/aufbau-west/LWL/Kultur/Aufbau\\_West/wiederaufbau/bekleidungsindustrie/wandel/index.html](https://www.lwl.org/aufbau-west/LWL/Kultur/Aufbau_West/wiederaufbau/bekleidungsindustrie/wandel/index.html)  
Auf den Spuren der Bekleidungsindustrie:  
<https://www.gelsenkirchener-geschichten.de/forum/viewtopic.php?t=273>

## 14 Essen, Ruhrkohlehaus, Frau-Bertha-Krupp-Str.

### Die Gründung der Ruhrkohle AG 1969 in Essen und der Gesamtsozialplan für die Steinkohle

„Soziale Sicherheit statt Chaos“

Am 22. Februar 1958 mussten die Bergleute auf fünf Zechen im Ruhrrevier die erste unbezahlte Feierschicht wegen Absatzmangels verfahren. Damit begann die Kohlekrise, die dem Bergbau einen damals unerwarteten und dauerhaften Schrumpfungprozess bescherte, der schließlich mit der Schließung der letzten Zeche, Prosper-Haniel in Bottrop, 2018 endete. Da sich die Krise der heimischen Steinkohlenindustrie Ende der 1950er Jahre schnell verschärfte, rief die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) ihre Mitglieder am 26. September 1959 zum „Marsch auf Bonn“ auf, der unter der Losung „Soziale Sicherheit statt Chaos“ stand. 60.000 Bergleute demonstrierten mit schwarzen Fahnen in der Bundeshauptstadt, die bis dahin größte Demonstration in der Geschichte der jungen Republik. Die Bundesregierung reagierte und

schuf einen Härteausgleich für die von unbezahlten Feierschichten betroffenen Bergleute, eine Art des heutigen Kurzarbeitergeldes.

Dies war erst der Beginn des Aufbaus eines regelrechten Instrumentariums sozialpolitischer Maßnahmen, das alle Arbeitnehmer im Bergbau bei durch Stilllegung bedingtem Arbeitsplatzwechsel oder vorübergehender Arbeitslosigkeit in Anspruch nehmen konnten. Im Bergbau wurde der Sozialplan erfunden, eine Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Unternehmen, die die Härten von Betriebsänderungen, wie z.B. Betriebs-schließungen, mildern sollten. Zum ersten Mal wurde ein Sozialplan 1957 auf dem Steinkohlenbergwerk Barsinghausen im südlichen Niedersachsen vereinbart, mit dessen Hilfe allein 1200 Bergleute auf Kosten des Unternehmens umgeschult werden konnten. Und bei den weiteren schnellen und ungeordneten Zechenschließungen an der Ruhr war der Sozialplan mit seinen vielfältigen Leistungen wie Fahrtkostenzuschüssen, Umzugs- und Einrichtungsbeihilfen, Trennungsentschädigungen, Wartegeld, Übergangsbeihilfe, Umschulungsbeihilfen usw. gang und gäbe. Vor diesem Hintergrund wurde



Marsch auf Bonn, 1959; Quelle: IGBE-Fotoarchiv im Archiv im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets



Unterzeichnung des Grundvertrages der Ruhrkohle AG, 18. Juli 1969; Quelle: Bildgeschichte, S. 268

bei der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 der Sozialplan als Instrument in allen Wirtschaftsbranchen eingeführt.

Für den Steinkohlenbergbau war ferner von großer Bedeutung, dass für die älteren Bergleute, denen man keinen Arbeitsplatzwechsel oder eine Umschulung mehr zumuten wollte, eine befriedigende Lösung gefunden wurde. Mit der Knappschaftsausgleichsleistung konnte faktisch schon 1963 das Renteneintrittsalter auf 55 Jahre gesenkt werden, 1971 dann sogar auf 50 Jahre für Bergleute, die 25 Jahre unter Tage gearbeitet hatten. Dafür wurden staatliche Mittel aufgewandt.

Aber diese sozialpolitischen Maßnahmen reichten nicht aus, die Kohlenkrise in den Griff zu bekommen. Die Montanmitbestimmung in den einzelnen der rund 50 Bergwerksunternehmen an der Ruhr war nicht in der Lage, den mit der Kohlekrise beginnenden unkontrollierten Schrumpfungprozess des Steinkohlenbergbaus zu steuern. Hochmoderne und leistungsfähige Schachtanlagen wurden von ihren Besitzern geschlossen, um Stilllegungsprämien ein-

zustreichen, während veraltete Bergwerke weiter betrieben wurden. So konnte die Krise nicht bewältigt werden. Dies gelang erst mit der Gründung der Ruhrkohle AG 1968/69, unter deren Dach 94 Prozent der gesamten Steinkohlenförderung an der Ruhr zusammengefasst wurden. Die IGBE hatte sich mit ihren Vorstellungen einer wirtschaftlichen Neuordnung durchgesetzt und es konnte endlich eine Bereinigung des Felderbesitzes vorgenommen werden, was z. B. zur Folge hatte, dass benachbarte Bergwerke nicht mehr ihre Förderung einstellen mussten, wenn sie auf fremdes Territorium vorstießen, das früher einem anderen Bergbauunternehmen gehört hatte. Nun konnte auch eine planvolle Investitionspolitik beginnen, die die Leistungsfähigkeit des Bergbaus steigerte.

Den Weg zur Gründung der Einheitsgesellschaft im deutschen Steinkohlenbergbau hatte der Deutsche Bundestag mit seinem „Gesetz zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus“ vom Mai 1968 gewiesen. Es sah nicht nur die Zusammenfassung des Steinkohlenbergbaus in einem Unternehmen vor, sondern auch



Hauptverwaltung  
der Ruhrkohle AG,  
Essen, um 1975;  
Quelle: DBM/  
montan.dok

einen Gesamtsozialplan, der für den ganzen Wirtschaftszweig verbindlich war. Damit war ein weitgehender Schutz der Bergleute vor den Auswirkungen einer weiteren Schrumpfung des Steinkohlenbergbaus garantiert. Allerdings zeigte sich in den folgenden Jahren, dass die IGBE immer wieder hart darum ringen musste, dass der Weg der sozialverträglichen Anpassung, nämlich der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, nicht verlassen wurde.

Mit der Schaffung der Einheitsgesellschaft im Ruhrbergbau erreichte die IGBE schließlich auch noch einen mitbestimmungspolitischen Durchbruch. Die Montanmitbestimmung wurde mit der Einführung der Betriebsdirektoren für Personal- und Sozialfragen auf der Werksebene bis in den Betrieb verlängert. Der PS-Direktor, der allerdings dem Werksdirektor nachgeordnet war, konnte nur auf Vorschlag des Arbeitsdirektors im Unternehmen bestellt werden. Die Betriebsräte bekamen damit einen Ansprechpartner in der Werksebene, der ihrer Gewerkschaft angehörte. Insgesamt entstand mit der Ruhrkohle AG eine neue Qualität der Montanmitbestimmung, die sich von allen bislang bekannten Strukturen wesentlich unterschied.

#### Literaturhinweise:

Farrenkopf, Michael: Wiederaufstieg und Niedergang des Bergbaus in der Bundesrepublik, in: Tenfelde, Klaus u.a. (Hg.): Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 4 Rohstoffgewinnung im Strukturwandel. Der deutsche Bergbau im 20. Jahrhundert, Münster 2013, S. 183-302.

Abelshauer, Werner: Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984.

Nonn, Christoph: Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958-1969, Göttingen 2001.

Jäger, Wolfgang: Soziale Sicherheit statt Chaos. Beiträge zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung an der Ruhr, Essen 2018.

Müller, Werner (Hg.): Unter Uns.

Die Faszination des Steinkohlenbergbaus in Deutschland. Band III – Politik und Positionen, München 2017.

Geschichte der Ruhrkohle AG:  
<https://www.revierkohle.de/rag-ruhrkohle-geschichte/>

Deutsches Bergbau Museum: Rundgang Steinkohle – Motor der Industrialisierung  
<https://www.bergbaumuseum.de/museum>

### 15 Gelsenkirchen, altes Amtsgericht, Ahstr. 22

#### Der Kampf der Heinze-Frauen 1978 bis 1981 in Gelsenkirchen für Lohngleich- stellung von Frauen und Männern

„Wir halten fest zusammen. Keiner schiebt uns fort!“

Ein liegengebliebener Lohnstreifen bringt es an den Tag. Die wenigen Männer bei Foto-Heinze in Gelsenkirchen 1978 bekommen mehr Lohn als die Frauen im Unternehmen, die die gleiche Arbeit machen. Beim Foto-Finisher Heinze, einem Großlabor mit 69 Beschäftigten zur Entwicklung analoger Dia- und Papierbild-Filme, war das Dreischichtsystem neu eingeführt worden, so dass für die Nachtschicht Männer eingestellt werden mussten. Aufgrund des Nacharbeitsverbots kam diese Schicht für Frauen nicht in Frage. Die Männer bekamen eine 25prozentige steuerfreie Nachtzulage und einen höheren Grundlohn in der Lohngruppe 1 als die Frauen, die in dieselbe Lohngruppe eingestuft waren. Die Männer erhielten zu-



sätzlich zum allgemeinen Stundenlohn von 6 Mark eine außertarifliche Zulage von 1,50 DM, die durch nichts gerechtfertigt war.

Die Frauen wandten sich an den Betriebsrat, der ihr Anliegen auf Gleichbehandlung bei der Betriebsleitung vortrug. Mit fadenscheinigen Argumenten wurden die beschwerdeführenden Frauen jedoch abgewiesen. Nach langen Beratungen entschlossen sich nun 29 Frauen, Foto-Heinze vor dem Arbeitsgericht Gelsenkirchen auf die Nachzahlung der außertariflichen Zulagen für die drei letzten Monate des Jahres 1978 zu verklagen. Sie bekamen Rechtsschutz durch die Industriegewerkschaft Druck und Papier. Am 10. Mai 1979 entschied das Gericht zu Gunsten der Klägerinnen. Die Freude der Frauen wurde von einer breiten Öffentlichkeit geteilt und auch nicht dadurch geschmälert, als das Unternehmen ankündigte, in die Revision zu gehen. Der Elan der Frauen spiegelt sich im Lied der Heinze-Frauen vom März 1979:

„Gewerkschaft steht für alle,  
keiner schiebt uns fort!  
Wir wollen den gleichen Lohn haben,  
keiner schiebt uns fort...  
Der Heinze wird sich wundern,  
keiner schiebt uns fort...  
Wir halten fest zusammen,  
keiner schiebt uns fort...  
Und wenn's auch lange dauert,  
keiner schiebt uns fort...  
Wir werden doch gewinnen,  
keiner schiebt uns fort...  
Mann und Frau zusammen,  
keiner schiebt uns fort...“

Das gemeinsame Handeln und die öffentliche Unterstützung stärkten das Selbstbewusstsein der Frauen, die ihren mutigen Schritt nicht nur im Unternehmen, sondern auch in ihren Familien verteidigen mussten. Wann hatte es das gegeben, dass Frauen ihren Arbeitgeber verklagten? Die farbige Liedermacherin Fasia Jansen (zur Biografie siehe unten S. 59/60) aus Oberhausen begleitete die Heinze-Frauen vor dem Arbeitsgericht mit ihren Liedern und brachte ihre Freude über den Erfolg treffend zum Ausdruck:

Fotolabor Heinze KG an der Magdalenenstraße: Anlieferung von Negativstreifen 1981; Quelle: ISG Gelsenkirchen. Fotograf Alfons Kampert



„Ich habe drei Stunden lang gesungen, bis das Urteil kam. Ich habe dreimal in meinem Leben geweint: Einmal als die Panzer kamen und der Faschismus zu Ende war; dann bei der Rheinpreußen-Siedlung, als der Bürgermeister kommen mußte und sagte: ‚Ihr habt gewonnen‘; und jetzt bei den Heinze-Frauen.“

Fasia Jansens Worte stellte den Sieg der Heinze-Frauen auf eine Stufe mit Ereignissen, die die farbige, in Deutschland geborene Künstlerin selbst erlebt hatte. Mit der Befreiung von der Nazi-Diktatur endete ihre jahrelange Diskriminierung und Unterdrückung. Und für den Erhalt der Rheinpreußen-Siedlung in den 1970er Jahren, einer Arbeitersiedlung in Duisburg, hatte sie sich jahrelang und letztendlich erfolgreich engagiert.

Nach dem ersten Erfolg der Heinze-Frauen vor dem Amtsgericht ging es aber nicht so weiter. Die zweite Instanz, das Urteil des Landesarbeitsgerichts Hamm vom 19. September 1979, war ein Rückschlag für die „Heinze-Frauen“, wie sie schon bundesweit bekannt geworden waren. Die Entscheidung des Arbeitsgerichts Gelsenkirchen wurde mit der Begründung abgewiesen, dass sogenannte außertarifliche Bezahlungen, die 1,50 DM für die Männer, nicht gerichtlich überprüft

werden könnten, sofern es sich nicht um eine offensichtliche Diskriminierung handele. Letzteres sah das Landesarbeitsgericht als nicht gegeben an, wenngleich die Lohndiskriminierung mit Händen zu greifen war. Aber diese Niederlage machte die Heinze-Frauen noch entschlossener, weiter bis zum Bundesarbeitsgericht in Kassel zu geben. Sie wussten ihre Gewerkschaft hinter sich, die den Rechtsschutz weiterhin gewährte. Am 9. September 1981, drei Jahre nach dem Beginn des Kampfes, war es dann soweit. Das Bundesarbeitsgericht in Kassel bestätigte die Klage der Heinze-Frauen. Sie bekamen ihr Recht.

Eine prominente Rolle bei den Heinze-Frauen spielte die Betriebsrätin Grete Prill. In der Zeitschrift „Brigitte“ gehörte sie 1980 zu den „Frauen des Jahres“ und sie sprach auf der Großkundgebung mit 6000 Menschen in Kassel drei Tage vor dem Prozesstermin. Gemeinsam mit weiteren Heinze-Frauen reichte sie eine Folgeklage beim Arbeitsgericht Gelsenkirchen ein, Heinze zur Nachzahlung der entgangenen außertariflichen Zahlungen zu verurteilen. In einem Vergleich sagte die Firma rund 100.000 DM Entschädigung zu. Daraus wurde aber nichts, da Foto-Heinze 1983 in Konkurs ging.



Die Laborhelferinnen der Firma Foto Heinze vor der Dritten Kammer des Gelsenkirchener Arbeitsgerichts, 1979; Quelle: ISG Gelsenkirchen, Vorlass Marianne Kaiser

Der Kampf der Heinze-Frauen gegen die Lohndiskriminierung von Frauen war ein Fanal für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt, das bis in die Gegenwart wirkt. In der Jubiläumsausstellung anlässlich 75 Jahre NRW im neu entstehenden Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen im Behrens-Bau in Düsseldorf hat das „Kämpferische Vermächtnis“ der Heinze-Frauen einen prominenten Platz gefunden.

Die Lohndiskriminierung von Frauen ist aber immer noch nicht beseitigt. Laut Statistischem Bundesamt „Destatis“ verdienen Männer 2019 19 Prozent mehr als Frauen, wobei Unterschiede in der beruflichen Tätigkeit dabei nicht berücksichtigt werden. Aber selbst bei vergleichbarer Tätigkeit und Qualifikation von Männern und Frauen machte der Unterschied 2018 immer noch 6 Prozent aus, so unverändert seit 2014.

#### Literaturhinweise:

Kaiser, Marianne: Grete Prill. 1937-2010. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! [https://www.frauenruhrgeschichte.de/frg\\_biografie/grete-prill/](https://www.frauenruhrgeschichte.de/frg_biografie/grete-prill/)  
Kaiser, Marianne: „Keiner schiebt uns weg!“ Der Kampf der Heinze-Frauen um

gleiche Löhne, in: Keine GEschichte ohne Frauen, hg. v. Frauenbüro der Stadt Gelsenkirchen, Gelsenkirchen 1992, S. 156-157.  
Kaiser, Marianne (Hg.): Wir wollen gleiche Löhne! Dokumentation zum Kampf der 29 „Heinze“-Frauen, Reinbek 1980.  
Becker, Christine: Allein hätte keine durchgehalten. Urteil im Heinze-Prozess (1981), in: Lenz, Ilse (Hg.): Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung, Wiesbaden 2008, S. 175-177.  
Stiftung Haus der Geschichte NRW: Unser Land. 75 Jahre Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2021, S. 36/37. <https://unser-land.nrw/ausstellung>  
Bericht: Reiner Zufall - DER SPIEGEL Nr. 38 (1981).  
Zum Spielfilm von 2018: „Keiner schiebt uns weg“ in der ARD: Dat muss gerechter werden! - DER SPIEGEL

#### Biografie

Die Liedermacherin und Aktivistin Fasia Augusta Jansen wurde am 6. Juni 1929 als uneheliche Tochter des liberianischen Generalkonsuls Momulu Massaquoi und des deutschen Zimmermädchens Elli Jansen in Hamburg geboren. Zur Zeit des National-

Im Hamburg-Mannheimer-Haus auf der 4. Etage befand sich das Arbeitsgericht Gelsenkirchen; Ahstraße 22 am Mächensplatz; Quelle: <https://www.gelsenkirchener-geschichten.de/wiki/Hamburg-Mannheimer-Hochhaus>



sozialismus erlebte Fasia rassistische Anfeindungen und Diskriminierungen. Die Erlebnisse dieser Zeit prägten sie nachhaltig. Nach Kriegsende versuchte die junge Frau das Erlebte zu verarbeiten und begann Musik zu machen. In den 1960er Jahren wurde sie durch ihre Auftritte bei zahlreichen Oster-

märschen erstmals einem breiteren Publikum bekannt. Als Fasia 1979 vom Kampf der Gelsenkirchener Heinze-Frauen um gleichen Lohn für gleiche Arbeit erfuhr, unterstützte sie diese bei ihren Aktionen vor dem Betrieb, auf der Straße, vor dem Arbeitsgericht. Zusammen sangen sie das Protestlied „Keiner schiebt uns weg“ und erhoben es zur Hymne des Arbeitskampfs. Zwei Jahre später sang sie dieses Lied erneut, nun zusammen mit den Hoesch-Frauen, die in Dortmund für den Erhalt der Arbeitsplätze ihrer Männer kämpften. Für sie schrieb Fasia auch ein eigenes Lied: „Macht die Tore zu ihr Männer“. Von Duisburg bis Dortmund war Fasia an den sozialen Kämpfen des Ruhrgebiets beteiligt und machte den Menschen mit ihrer Musik Mut. In ihrer Wahlheimat Oberhausen widmete sie sich bis zu ihrem Tod im Jahr 1997 gern den Kindern und lud regelmäßig in die Kulturfabrik K 14 an der Lothringer Straße ein, um mit ihnen zu musizieren.

#### Literaturhinweis:

Marina Achenbach: Fasia - geliebte Rebellin, hg. v. der Fasia Jansen Stiftung e. V., Oberhausen 2004.



Nach dem Urteil in Kassel, links Fasia Jansen; Quelle: ISG Gelsenkirchen Vorlass Marianne Kaiser

## 16 Recklinghausen, Otto-Burmeister-Allee 1

### Die 12. Recklinghäuser Tagung der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie zur „Ausländerpolitik“ 1982 im Festspielhaus der Ruhrfestspiele

*„Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen möchte ich sagen: Wir haben Euch hierher geholt und brauchen Euch auch.“*

Mit diesen pathetischen Worten beendete der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) seine Rede vor rund 180 Zuhörer\*innen, darunter vielen türkischen Bergarbeitern, im Haus der Ruhrfestspiele in Recklinghausen. Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) hatte für den 4. Dezember 1982 erneut zu ihrer jährlichen migrationspolitischen Konferenz nach Recklinghausen eingeladen und Herbert Schnoor als prominenten Hauptredner gewinnen können. Schon seit 1972 hatte die IGBE im jährlichen Wechsel eine zentrale migrationspolitische Tagung in Recklinghausen, zunächst im Saal der örtlichen Bezirksleitung und ab 1980 im großen Saal des Hauses der Ruhrfestspiele veranstaltet. Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 hatte auch den ausländischen Arbeitnehmer\*innen in der Bundesrepublik das passive Wahlrecht gebracht, sie durften nicht nur an den Wahlen teilnehmen, sondern auch eigene Kandidat\*innen zur Wahl stellen. Dies war der Anlass, die ausländischen Gewerkschaftsfunktionäre und anfänglich vor allem auch die Dolmetscher zur regelmäßigen Beratung betriebspolitischer und gewerkschaftspolitischer Themen zusammen zu holen.

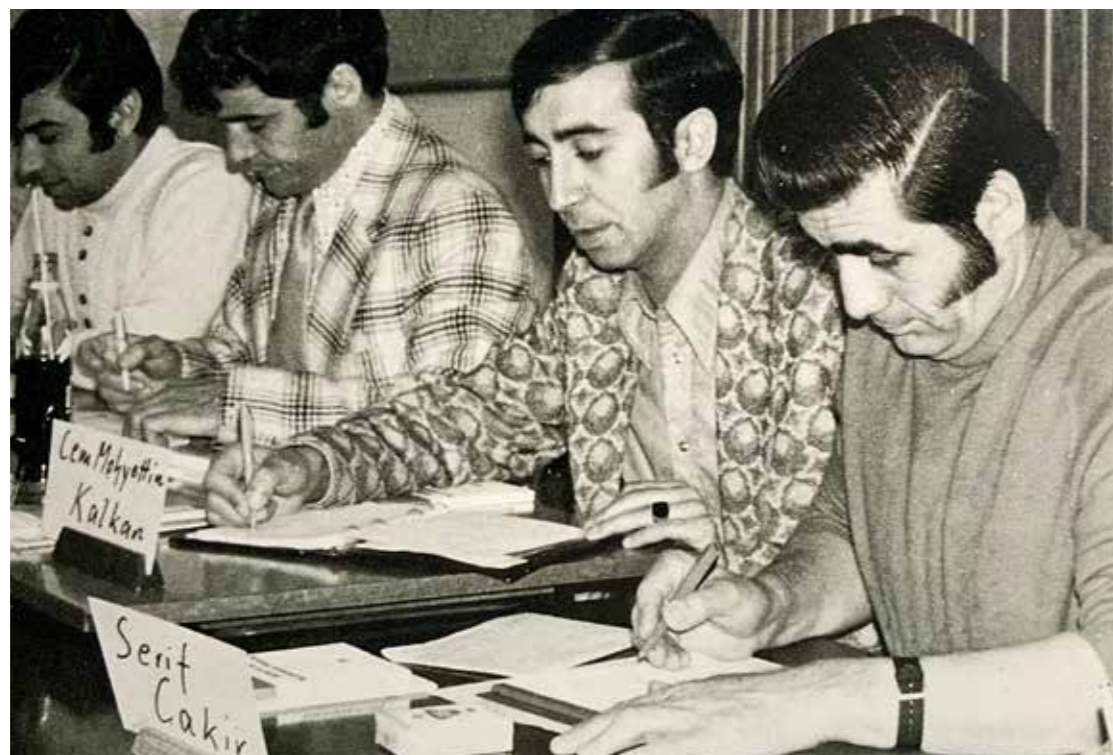
Natürlich ging zu allererst darum, die Betriebsratswahlen gut vorzubereiten, damit nicht an dieser Stelle Konflikte zwischen Deutschen und Ausländern entstehen konnten. Gewerkschaftsmitglieder waren die ausländischen Kollegen schnell geworden, nun mussten sie auch für die Wahrnehmung ihrer Interessen qualifiziert werden. Die Schule Haltern der IGBE öffnete ihre Tore und veranstaltete eigens Seminare für türkische Mitglieder. Die Integration der ausländischen Kollegen im Betrieb machte



Herbert Schnoor, NRW-Innenminister 1980-1995; Quelle WDR, Fotografin Doris Reinemann

große Fortschritte, was jedoch außerhalb des Betriebes nicht im selben Maße gegeben war. Obwohl Anfang der 1980er Jahre schon 4,5 Millionen Ausländer\*innen in der Bundesrepublik lebten, war die Meinung weit verbreitet, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Ganz im Gegenteil. Die steigende Arbeitslosigkeit verstärkte die Stimmen, die eine Rückkehr der Ausländer\*innen in ihre Herkunftsländer forderten. Und dies galt besonders für die Türk\*innen, deren islamische Kultur angeblich nicht zu Deutschland passte. Als Helmut Kohl 1982 Bundeskanzler wurde, machte er keinen Hehl daraus, dass er die Hälfte der Türk\*innen in Deutschland in die Türkei zurückschicken wollte und startete eine Politik der sog. Rückkehrförderung. Und NRW-Innenminister Herbert Schnoor hielt seine Rede in Recklinghausen nur zwei Monate nach dem Beginn der Kanzlerschaft von Helmut Kohl.

Herbert Schnoor verfolgte eine andere Linie. Er stellte in seiner Rede schonungslos die Schwächen der bisherigen Ausländerpolitik heraus: Die Anwerbung der ausländischen Arbeitnehmer sei ohne Berücksichtigung der daraus folgenden Konsequenzen erfolgt, was sich schon im merkwürdigen Begriff „Gastarbeiter“ zeige. Die befristete Beschäftigung von Ausländer\*innen und ihren ständigen Austausch, Rotationsprinzip genannt, geißelte er „ein schreckliches Wort, da es unterstelle, Menschen wie Waren austauschen zu können.“ Die Ausländer\*innen in der Bundesrepublik bräuchten einen gesicherten Aufenthaltsstatus und dürften nicht ständig in der Sorge leben, Deutschland wieder verlassen zu müssen. Schnoor appellierte an die ausländischen



Türkische Bergleute in der IGBE Schule Haltern, 1965; Quelle: Bildgeschichte, S. 276

Zuhörer\*innen der Konferenz, ihre Kinder, sofern sie noch in ihrem Herkunftsland waren, vor dem 6. Lebensjahr nach Deutschland zu holen und ihnen den Besuch einer deutschen Schule zu ermöglichen. Nur so könnten sie eine Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung und Beschäftigung bekommen.

Herbert Schnoor warb für eine Integration der Ausländer\*innen, „unter Wahrung ihrer kulturellen Identität“. Integration sei „keine Einbahnstraße“, sondern „vielmehr ein Geben und Nehmen“. Für ihn stand fest:

„Wir müssen uns [...] auf ein dauerhaftes Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern einstellen und müssen ernst machen damit, mit der Erkenntnis, sie sind hierhergekommen, sie werden hierbleiben, ihre Kinder werden hier bleiben. Alles andere wäre Illusion.“

Mit dieser Position folgte Herbert Schnoor in vielem seinem ehemaligen Chef, dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn (SPD), der nach dem Ausscheiden aus diesem Amt 1978 der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung geworden war. In einem Memorandum hatte Kühn eine „konsequente Integrationspolitik“ gefordert und u.a. dafür plädiert, Zugewanderten spätestens nach 10 Jahren das kommunale Wahlrecht und den in Deutschland geborenen Kindern von Ausländern einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung zu gewähren. Es sollte mehr als 20 Jahre dauern, bis Schritte in diese Richtung unternommen wurden. Bis heute gibt es immer noch kein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer\*innen, auch wenn sie schon seit Jahrzehnten in Deutschland leben und zum Wohlstand beitragen.

Seit 1980 ist das Haus der Ruhrfestspiele der traditionelle Tagungsort der migrationspoli-



Das Ruhrfestspielhaus in Recklinghausen; Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Ruhrfestspielhaus>

tischen Konferenz der IGBE, heute Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie. Seit 1982 trägt die Konferenz den Namen „Recklinghäuser Tagung“. Ort und Name verbinden sich mit den 1948 entstandenen Ruhrfestspielen, die im Nachkriegswinter 1946/47 im Tausch von Kunst gegen Kohle ihre Wurzeln haben. Die Recklinghäuser Bergleute organisierten Kohle für das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg, das sich Sommer 1947 mit Aufführungen in Recklinghausen bedankte. Spätestens seit 1980 ist das Haus der Ruhrfestspiele nun auch zum Haus der Migrant\*innen geworden.

Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für langjährig ansässige Zuwanderer\*innen ist heute leichter möglich als vor der Jahrhundertwende. Trotzdem scheuen vor allem manche Zuwanderer\*innen aus der Türkei vor diesem Schritt zurück, weil sie darin einen Bruch mit ihrer kulturellen Zugehörigkeit sehen, den sie nicht vollziehen wollen. Politische Wahlen in der Türkei, die Deutsch-Türken sind wahlberechtigt, werden in Deutschland zum Spektakel, in denen sich nationalistische Parteien profilieren und die Distanz zwischen Türken und Deutschen betonen. Ein kommunales Wahlrecht für langansässige Zuwanderer\*innen dagegen könnte das Tor zur Mehrheitsgesellschaft zumindest weiter öffnen.

Fremdenfeindliche Übergriffe und Straftaten bis hin zu rassistischen Attentaten wie die des National-Sozialistischen Untergrunds von 2000 bis 2007 oder in Hanau 2020 zeigen, dass die Frage der Akzeptanz von Zuwanderer\*innen in Deutschland immer wieder in Frage gestellt wird. Viele Bürgerinitiativen werben schon seit Jahren für ein gutes Miteinander von Zuwanderer\*innen und Einheimischen. Mitte der 1980er Jahre wurde von der Gewerkschaftsjugend der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus“ gegründet. Mit dem eingängigen Logo der gelben Hand ist er zu einem wichtigen Akteur der antirassistischen Bewegung geworden.

#### Literaturhinweise:

Jäger, Wolfgang: Arbeitsmigration und Gewerkschaft. Die Recklinghäuser Tagung als migrationspolitisches Forum der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, HBS Working Paper Forschungsförderung 238, Feb. 2022: [https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-008247](https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008247); IG BCE (Hg.): Die Recklinghäuser Tagung. Den Wandel gestalten, o.O.u.J. (Hannover 2021) Seidel, Hans-Christoph: Die Bergbaugewerkschaft und die ‚Gastarbeiter‘. Ausländerpolitik im Ruhrbergbau vom Ende der 1950er bis in die 1980er Jahre, in: VfZ, 1 (2014), S. 35-68. Hunn, Karin: Nächstes Jahr kehren wir zurück. Die Geschichte der türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik, Göttingen 2005. Alexopoulou, Maria: Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen, Stuttgart 2020. Jelich, Franz-Josef: Kohle gegen Kunst. Erinnerungsort Ruhrfestspiele Recklinghausen, in: Berger, Stefan u.a. (Hg.): Zeit-Räume Ruhr. Erinnerungsorte des Ruhrgebiets, Essen 2019, S. 676-690. <https://de.wikipedia.org/wiki/Ruhrfestspielhaus>



Türkischer Betriebsrat: Bekir Sarikaya; Quelle: Waltz, Glückauf 2015, S.119  
Fotograf: Cornelia Suhan



## 17 Duisburg, Brücke der Solidarität

### Der Kampf um das Krupp-Stahlwerk 1987 in Duisburg-Rheinhausen

„Leute, das Buch der Geschichte ist aufgeschlagen, und jetzt liegt es an Euch, hier mal ein paar neue Seiten zu schreiben. Lasst die Generation, die nach uns kommt, nachlesen, wie man einen Arbeitskampf führt, wie man diesen Vorstand in die Knie zwingt.“

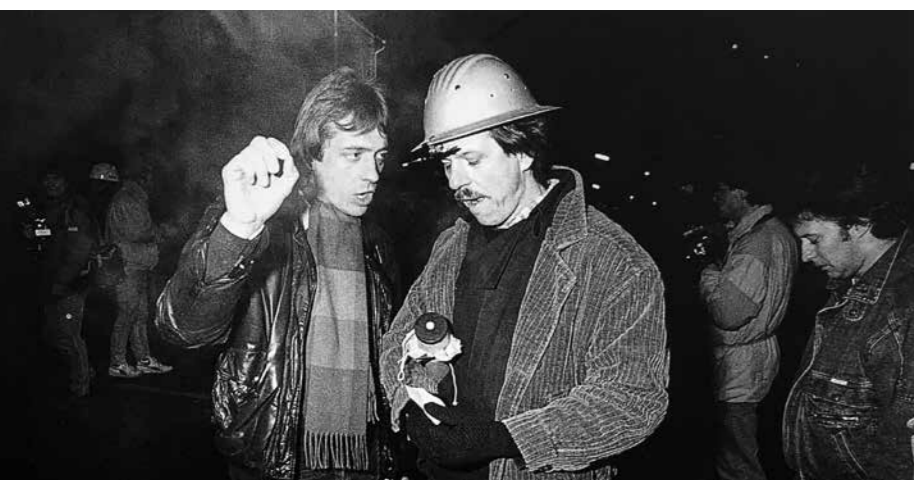
Das waren starke Worte, die Helmut Laakmann, der Obermeister von Krupp Rheinhausen, ein leitender Angestellter, auf der von 10.000 Menschen besuchten Betriebsversammlung des Rheinhausener Werks am 30. November 1987 in Anwesenheit des Krupp Chefs, Gerhard Cromme, ausgesprochen hatte. Er gab eine Stimmung wieder, die sich in der Belegschaft des Hüttenwerkes seit Jahren aufgebaut hatte. Schon 1982 sollte das benachbarte Walzwerk der Rheinhausener Hütte stillgelegt werden, was nur durch einen Arbeitskampf verhindert werden konnte, aber zu einem Verlust von 2.500 Arbeitsplätzen führte. Und nun war bekannt geworden, dass das Hüttenwerk mit seinen 6.300 Beschäftigten bis Ende 1988 geschlossen werden sollte. Die Stahlarbeiter fühlten sich verschaukelt, da sie der festen Überzeugung waren, dass die Frankfurter Vereinbarung vom Juni 1987 zwischen ihrer Gewerkschaft, der Industriegewerkschaft Metall, und den Stahl-Arbeitgebern sowie ein separater Vertrag zwischen ihrem Betriebsrat und dem Krupp-Vorstand die Hütte in Rheinhausen gesichert hätte.

Es begann ein Streik in Rheinhausen für den Erhalt der Hütte, der 160 Tage dauern sollte. Und es war mehr als ungewöhnlich, dass ein

leitender Angestellter, Helmut Laakmann, zum inoffiziellen Streikführer wurde. Ihm zur Seite stand der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Theo Steegmann, der auf die Kampfbereitschaft seiner Kollegen setzte. Die Aktionen der Rheinhausener Stahlarbeiter begannen mit einer bislang in Deutschland unbekanntem Radikalität. Am 7. Dezember erstürmten sie während einer Aufsichtsrats-sitzung die Bochumer Zentrale der Krupp Stahl AG und zwei Tage später das Allerheilig-tum des Krupp-Konzerns, die Villa Hügel, den ehemaligen Wohnsitz der Familie Krupp.

Die Rheinhausener Hütte, 1897 von Friedrich Krupp gegründet, war nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem Krupp-Konzern herausgelöst worden und als eigenständiges „Hüttenwerk Rheinhausen AG“ verselbständigt worden. Mit der Montanmitbestimmung ab 1947 hatten die Betriebsräte eine starke Stellung im Unternehmen und maßgeblichen Einfluss. Alle Entscheidungen über die Entwicklung der Hütte wurden in Rheinhausen getroffen. Dies änderte sich, als die Hütte in den 1950er Jahren wieder in den Krupp-Konzern zurückgegliedert wurde, was erhebliche Konsequenzen für die Mitbestimmung hatte. Die Rheinhausener Hütte wurde zu einer Zweigniederlassung des Krupp-Konzerns, und der Aufsichtsrat der Holding in Essen entschied nun über das Schicksal der Hütte in Rheinhausen. Die Strukturen der Montanmitbestimmung konnten in Rheinhausen durch eine vertragliche Regelung gesichert werden, aber die Musik spielte jetzt in Essen. Der Arbeitsdirektor in Rheinhausen erwarb sich große Anerkennung durch seine betriebliche Sozialpolitik: Werkwohnungsbau (Wohnungen und Häuschen), neun Kantinen mit subventioniertem Essen, drei Werkskindergärten und das Bertha-Werkskrankenhaus, das einzige Hospital in Rheinhausen. Aber der Arbeitsdirektor wurde auch skeptisch beäugt, weil er als erster Vorstand in Rheinhausen einen 300er Mercedes als Dienstwagen fuhr und in einem Tarifstreit 1958 als Sprecher des Arbeitgeberverbandes fungierte. Dass der Arbeitsdirektor in der Montanmitbestimmung in Konflikte der Arbeitsmarktparteien hineingezogen wurde, da er sowohl die Interessen der Beschäftigten wie des Unternehmens vertreten sollte, war unvermeidlich.

Theo Steegmann, links, und Helmut Laakmann: Der Stahlaktionstag der Belegschaft und der Rheinhausener Bürger am 10.12.1987; Foto: Manfred Vollmer / Fotoarchiv Ruhr Museum



Kundgebung auf der Brücke der Solidarität am 20.01.1988; Foto: Manfred Vollmer / Fotoarchiv Ruhr Museum

Der Arbeitsdirektor in Rheinhausen ließ aber gelegentlich das nötige Fingerspitzengefühl für seine Vermittlerrolle zwischen Unternehmensbelangen und Beschäftigteninteressen vermissen. Das war ein Grund dafür, dass manche Stahlarbeiter mit der Mitbestimmung und der IG Metall haderten, in der sie aber natürlich fast ausnahmslos organisiert waren.

Die IG Metall und die führenden Gewerkschafter in Rheinhausen wussten um die Krise in der deutschen Stahlindustrie, die sich in den 1980er Jahren immer mehr verschärfte. Der Absatz von Stahl ging immer weiter zurück, die bestehenden Stahlwerke waren nicht ausgelastet und konnten im internationalen Wettbewerb nicht mehr mithalten. Vom IG Metall-Vorstand in Frankfurt wurde die Notwendigkeit des Arbeitsplatzabbaus anerkannt und deshalb die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen an den betroffenen Stahlstandorten gefordert, wobei Beschäftigungsgesellschaften eine große Rolle spielen sollten. Sie sollten das Vehikel sein, Stahlarbeiter für andere Jobs zu qualifizieren. Die Delegierten des IG Metall Gewerkschaftstages hatten jedoch schon 1983 einen anderen Ausweg favorisiert: die „Vergesellschaftung der Stahlindustrie bei entscheidenden Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften für die zukünftige Unternehmenspolitik“. Dass dies mit einer konservativ-liberalen Bundesregierung unter Helmut Kohl nicht zu machen war, dürfte allen Zeitgenossen klar gewesen sein. Aber es war ein „Hoffungsschrei“ nach „[m]ehr soziale[r] Sicherheit für jeden einzelnen Arbeitnehmer.“

Der Kampf in Rheinhausen war nicht nur ein Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze, sondern auch für die Zukunft der Gemeinde. Ein Bürgerkomitee, an der Spitze der evangelische Pfarrer, unterstützten die Krupparbeiter, genauso wie eine eigenständige Fraueninitiative. Mit der wiederholten Besetzung der Rheinbrücke zwischen Duisburg und Rheinhausen signalisierten die Stahlarbeiter die schon erfolgte „stille Besetzung“ des Stahlwerks, die durch den Streik schon gegeben war. Am 20. Januar 1988 wird die Rheinbrücke in „Brücke der Solidarität“ getauft. Nur 8 Tage später bildeten rund 15.000 Schüler\*innen, Auszubildende und die Arbeiter der Frühschicht eine Menschenkette um das Hüttenwerk. In der Öffentlichkeit wurden die Aktionen mit großer Sympathie verfolgt.

Der IG Metall gelang es, die Auseinandersetzung in Rheinhausen wieder in den größeren Zusammenhang der Montanregion zu stellen. Am 23. Februar, vor einer Kanzlerrunde in Bonn, die sich mit der Zukunft der Stahlindustrie beschäftigen sollte, bildeten über 80.000 Menschen eine Lichterkette zwischen der Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund und dem DGB-Haus in Duisburg. Erst durch die Vermittlung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau kam es Ende März zu Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Werksleitung, die dann am 3. Mai abgeschlossen werden konnten. Es wurde vereinbart, ein Qualifizierungszentrum zu schaffen, 700 Arbeitsplätze zu erhalten und bei benachbarten Unternehmen 800 neue zu schaffen. Die nun bald erfolgende Schließung

Krupp-Arbeiter  
in der Villa Hügel,  
09.12.1987; Foto:  
Manfred Vollmer /  
Fotoarchiv Ruhr  
Museum



der Hütte wurde dann durch den unerwarteten Stahlboom bis 1993 verschoben. Das endgültige Ende der Hütte beschloss der Aufsichtsrat gegen die Stimmen der Arbeitnehmer mit der ausschlaggebenden Stimme des neutralen Mitglieds. 1997 begannen schließlich die Abbrucharbeiten der Krupp Hüttenwerke Rheinhausen. Heute sind auf dem Gelände rund 50 Logistikunternehmen tätig, die etwa 5.000 Menschen beschäftigen, ein – im Nachhinein betrachtet – erfolgreicher Strukturwandel. Eine schlichte Gedenktafel in der Krupp-Str., am ehemaligen Werkstor 1, erinnert an 100 Jahre Krupp und die Umnutzung als Logport seit 1998.

Die Rheinhausener Stahlarbeiter und ihr Betriebsrat hatten gezeigt, dass sie durch ihr solidarisches Handeln einem übermächtigen Gegner gewachsen waren und mehr erreichen konnten, als Anfangs zu erwarten gewesen war. Niemand wurde in die Arbeitslosigkeit entlassen. Das erleichterte den neuen Aufbruch in Rheinhausen. Daran war der bisherige stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Theo Steegmann maßgeblich beteiligt. Er übernahm den schwierigen Job des Geschäftsführers der „Rheinhausen Qualifizierungsgesellschaft“. Und Helmut Laakmann wurde der Betriebsleiter des neuen Recyclingzentrums.

#### Literaturhinweise

Der Kampf der Rheinhausener Stahlarbeiter ist dokumentiert im „Freien Archiv der Hütten- und Bergwerke Rheinhausen (HWR)“, das in der Bezirksbibliothek, Händelstr. 6, 47226 Duisburg sein Zuhause gefunden hat.

Lauschke, Karl: Widerstand der Schwachen gegen die Mächtigen. Erinnerungsort Duisburg-Rheinhausen, in: Berger, Stefan u.a. (Hg.). Zeit-Räume Ruhr. Erinnerungsorte des Ruhrgebiets, Essen 2019, S. 864-877.  
Hordt, Arne: Kumpel, Kohle und Krawall. Miners' Strike und Rheinhausen als Aufruhr in der Montanregion; Göttingen 2018.  
Bierwirth, Waltraud/König, Otto (Hg.): Schmelzpunkte. Stahl. Krise und Widerstand im Revier, Essen 1998.  
Balsen, Werner/Nakielski, Hans/Rössel, Karl: Erlebte Geschichte. Montanmitbestimmung in Rheinhausen und anderswo, Köln 1995.  
Bierwirth, Waltraud/Vollmer, Manfred: Auf-Ruhr Rheinhausen 1987/1997, Essen 1997 (Biografien und Fotos); u.a. kleine Biografien von Helmut Laakmann und Theo Steegmann.  
Lauschke, Karl: Die halbe Macht. Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945 bis 1989, Essen 2007.

Arbeitskampffrede Helmut Laakmann:  
[https://www.youtube.com/watch?v=m5BXMqlo\\_cg](https://www.youtube.com/watch?v=m5BXMqlo_cg)

Krupp 3.5.88 - Das Ende des Arbeitskampfes / Düsseldorfer Erklärung  
[https://www.youtube.com/watch?v=9hZn-\\_OLG4c](https://www.youtube.com/watch?v=9hZn-_OLG4c)

WDR Reportage 2003: Die Helden von Rheinhausen: <https://www.youtube.com/watch?v=TVgYTb1fs8o>

Brücke der Solidarität:  
[https://rheinhausen-am-nieder-rhein.de/?page\\_id=101](https://rheinhausen-am-nieder-rhein.de/?page_id=101)

## 18 Dorsten, Gedenkstein, Halterner Str. 105

### Der Kampf der Bergleute an der Ruhr 1997 für die Zukunft der sozialverträglichen Anpassung

„Nackt bis auf die Unterhose trugen wir unser Transparent durch Bonn. Das Bild ging um die ganze Welt.“

Rudolf Brieskorn, der frisch gewählte Betriebsratsvorsitzende des Bergwerks Fürst Leopold Wulfen war einer der vier Bergleute, die das Transparent am 11. März 1997 durch die Bundeshauptstadt Bonn trugen. Auf dem Transparent stand: „Wo wäre Deutschland ohne die heimische Kohle?“ Um was ging es in denn im „heißen“ März 1997?

Schon seit Anfang 1996 brodelte es in den Bergbaurevieren an Ruhr und Saar. Hat die Steinkohle noch eine Zukunft und kommt es sogar zu Massenentlassungen? Die konservativ-liberale Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl hatte immer wieder deutliche Botschaften in die Öffentlichkeit gesandt, dass die staatliche Unterstützung für den Steinkohlenbergbau aufgrund der angespannten Haushaltslage massiv eingeschränkt werden müsste. Und der FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt ließ keinen Zweifel daran, dass Massenentlassungen von Bergleuten nicht mehr zu verhindern wären. Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) zeigte durchaus Verständnis für die Notwendigkeit einer Reduzierung der staatlichen Förderung. Der Gewerkschaftsvorsitzende Hans Berger hatte schon im März 1996 ein Konzept vorgelegt, das die Schließung von sechs Bergwerken in Kauf nehmen würde, wenn dem Bergbau eine Zukunftsperspektive bis 2005 gegeben und Entlassungen von Bergleuten verhindert würden. Dass die Belegschaften weiter abgebaut werden müssten, wurde also auch von Gewerkschaftsseite nicht bestritten, aber es sollte sozialverträglich erfolgen, keine Entlassungen geben.

Obwohl Bundeskanzler Kohl eine baldige Entscheidung für die weitere Kohlepolitik angekündigt hatte, brachten die Gespräche zwischen Gewerkschaft und Regierung kei-

nen Fortschritt. Daraufhin begann im Herbst 1996 eine dauerhafte Protestbewegung der Bergleute, die bis in den März 1997 reichen sollte. Im Rückblick der Gewerkschaft war es, so im Jahrbuch nachzulesen, der größte und längste Arbeitskampf in der Geschichte der Bergarbeiterbewegung. Demonstrationen und Kundgebungen, Straßenblockaden und Motorradkorsos, Arbeitsniederlegen und Betriebsbesetzungen folgten im schnellen Wechsel. An vielen Orten, vor den Parteizentralen der CDU und FDP in Duisburg und vor den Bergwerken, wurden Mahnwachen errichtet, die rund um die Uhr besetzt waren. Die Mahnwachen vor den Bergwerken sollten solange dauern, bis ein verträgliches Ergebnis erreicht würde. So begann am 8. November 1996 die Mahnwache der Kumpel vom Bergwerk Fürst Leopold/Wulfen in Dorsten, die 127 Tage dauern sollte. Die Mahnwachen waren das öffentliche Zeichen der Bergleute, dass sie nicht gewillt waren, ihre Arbeitsplätze aufzugeben. Und dafür fanden sie breite Unterstützung. Die Mahnwache in Dorsten besuchten der NRW-Ministerpräsident Johannes Rau, seine Minister Wolfgang Clement, Klaus Matthiesen, Axel Horstmann und die prominente Künstlerin Tisa von der Schulenburg, die später ein Relief für den Gedenkstein der Mahnwache modellierte. Alle Besucher\*innen mussten auf einer großen Wand ihren Namen hinterlassen, so dass auf insgesamt 12 Wänden schließlich insgesamt 33.000 Besucher\*innen der Mahnwache in Dorsten gezählt wurden. Die Bundeswehr



Relief von Tisa von der Schulenburg;  
Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Bergwerk\\_F%C3%BCrst\\_Leopold#/media/Datei:Mahnwache\\_Tisa.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Bergwerk_F%C3%BCrst_Leopold#/media/Datei:Mahnwache_Tisa.jpg)



Besetzung des Bergwerks Lohberg/Osterfeld 7. März 1997; Foto: Karsten Bootmann

spendete ein Biwak-Zelt, das im bitterkalten Winter gut gebraucht werden konnte.

Die Solidarität für die Bergleute war überwältigend. Rudolf Brieskorn erinnerte sich 20 Jahre später:

„Ich bekomme heute noch eine Gänsehaut, wenn ich etwa an Weihnachten 1996 denke, als 150 Menschen mit uns beim Mahnwachenzelt auf dem Bergwerk Fürst Leopold/Wulfen in Dorsten den Heiligen Abend feierten.“

Ein Höhepunkt der Aktionen war die Menschenkette, das Band der Solidarität, am 14. Februar 1997. Die IGBE hatte seit Wochen dafür mobilisiert und alles bis ins letzte Detail organisiert: Von Neukirchen-Vluyn im Westen über Moers, Duisburg, Oberhausen, Essen Bochum, Dortmund bis Lünen im Osten stand am 14. Februar von 10 bis 11 Uhr eine 93,1 km lange geschlossene Menschenkette mit rund 230.000 Teilnehmer\*innen. Die Dorstener Bergleute vom Bergwerk Fürst Leopold/Wulfen hatten sich in Essen eingereiht, sowie auch viele weitere Bürger\*innen aus dem Kreis Recklinghausen.

Aber selbst dieses überwältigende Zeichen der Solidarität für die Steinkohle und ihre Beschäftigten in der Metropole Ruhr konnte noch nicht den Durchbruch zu einer annehmbaren Lösung bringen. Als die Gespräche der IGBE mit der Bundesregierung am 6. März ohne vertretbares Ergebnis ausgingen, eskalierten die Proteste der Bergleute: Alle Bergwerke wurden besetzt, die Produktion ruhte und tausende Bergleute fuhren nach Bonn. Die Bergleute ketteten sich an die Parteizentralen von CDU und FDP und 20.000 demonstrierten auf den Bonner Straßen, mit Rudolf Brieskorn und anderen Betriebsratsvorsitzenden an der Spitze. Nur mit einer Unterhose bekleidet skandierten



Das Pförtnerhaus des ehemaligen Bergwerks Fürst Leopold/Wulfen; Quelle: RAG



Demonstration in Bonn am 11. März 1997, Vorne 2. v. r. Rudolf Brieskorn, Vorsitzender des Betriebsrats, Bergwerk Fürst Leopold/Wulfen; Foto: Karsten Bootmann

sie: „Wollt ihr unser letztes Hemd?“ Als die Bergleute die Bannmeile zum Regierungsviertel zu durchbrechen drohten, war es der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Joschka Fischer, der zu den Bergleuten sprach und sie vor der Verletzung der Bannmeile warnen konnte. Joschka Fischer erinnerte sich 20 Jahre später:

„Der Kern meiner Botschaft war: Ihr habt gute Gründe, besorgt und wütend zu sein! Aber das ist ja genau, was Kohl und seine Leute wollen, dass ihr jetzt ausflippt und unvernünftige Sachen macht! Den Gefallen werdet ihr ihnen doch nicht tun! Dafür bekam ich viel Beifall.“

Es war noch ein dramatisches Hin und Her bis endlich am 13. März ein vertretbares Ergebnis erzielt werden konnte. Der Steinkohlenbergbau hatte eine Perspektive bis zum Jahr 2005 bekommen und die sozialverträgliche Anpassung, nämlich der Verzicht auf Massenentlassungen war garantiert. Dies änderte aber nichts daran, dass weitere Bergwerke stillgelegt werden mussten. 2001 traf es das Bergwerk Fürst Leopold/Wulfen. Zusammen mit dem Bergwerk Westerholt wurde Leopold/Wulfen zum neuen Verbundbergwerk Lippe zusammengelegt. Hier fanden manche Bergleute von Fürst Leopold/

Wulfen einen neuen Arbeitsplatz. Der Betriebsratsvorsitzende Rudolf Brieskorn übernahm neue, verantwortungsvolle Aufgaben im Bereich Personal und Mitbestimmung der Ruhrkohle AG und wurde schließlich 2009 Personal- und Sozialdirektor des RAG-Servicebereichs Belegschaft in Bottrop, mit einer Mannschaft von rund 800 Mitarbeiter\*innen. Diese herausgehobene Position füllte er bis 2018 aus. Dass es der Gewerkschaft verbundene Personal- und Sozialdirektoren in den einzelnen Betrieben des Unternehmens gab, war schon bei der Gründung der Ruhrkohle AG 1969 vereinbart worden, eine bedeutende und bislang einzigartige Erweiterung der Mitbestimmung bis auf die Betriebsebene. Nur auf Vorschlag des mit der Gewerk-



Kappe von der Mahnwache Quelle: Werner Müller: Unter Uns Bd.3, S.83

schaftsseite verbundenen Arbeitsdirektors des Unternehmens war Rudolf Brieskorn in sein Amt gekommen, für ehemalige Betriebsratsvorsitzende kein ungewöhnlicher Karriereweg und für die Mitarbeiter\*innen des Betriebs die Gewähr, dass ihre Probleme und Anliegen in guten Händen waren.

#### Biografien:

Rudolf Brieskorn, geb. 1962, 1977 Fürst Leopold, Ausbildung zum Energieanlageninstallateur, 1977 IGBE-Mitglied, Sprecher der Jugend- und Auszubildendenvertretung, 1987 Betriebsrat, 1989 Meisterschule Elektrotechnik, 1991 freigestellter Betriebsrat, 1997-2001 Betriebsratsvorsitzender auf Fürst Leopold/Wulfen, 2001-2008 zentrale Aufgaben im Bereich Personal und Mitbestimmung, 2009-2018 PS-Direktor des RAG-Servicebereichs Belegschaft in Bottrop.

Elisabeth „Tisa“ Gräfin von der Schulenburg, 1903-2001, 1925 Kunststudium an der Berliner Akademie, 1933 Emigration nach London, 1936 Aufenthalt im englischen Kohlrevier in Durham, 1939 Rückkehr nach Deutschland, Kontakt zu den Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944, 1947 als Journalistin im Ruhrgebiet, 1948 Konvertierung zum Katholizismus, 1950 Schwester Paula im Dorstener Kloster St. Ursula, 1972 Ehrenbürgerin der Stadt Dorsten. [https://de.wikipedia.org/wiki/Tisa\\_von\\_der\\_Schulenburg](https://de.wikipedia.org/wiki/Tisa_von_der_Schulenburg)  
Auf dem ehemaligen Dorstener Zechengelände befindet sich seit 2021 das Tisa-Archiv.

#### Literaturhinweise:

IGBE (Hg.): Jahrbuch 1996/97, Bochum 1997, S. 66-185.

Jäger, Wolfgang: Die dramatischen Märztage von 1997, in: ders.: Soziale Sicherheit statt Chaos. Beiträge zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung an der Ruhr, Essen 2018; S. 74-83.

Jäger, Wolfgang: Auge in Auge, in: Müller, Werner (Hg.): Unter Uns. Die Faszination des Steinkohlenbergbaus in Deutschland, Bd. III – Politik und Positionen, München 2017; S. 67-77 (mit Rudolf Brieskorns Erinnerungen S. 72/73 und Joschka Fischers Erinnerungen, S. 78/79).

Farrenkopf, Michael: Wiederaufstieg und Niedergang des Bergbaus in der Bundesrepublik, in: Tenfelde, Klaus u.a. (Hg.): Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 4 Rohstoffgewinnung im Strukturwandel. Der deutsche Bergbau im 20. Jahrhundert, Münster 2013, S. 183-302.

Deutsches Bergbau-Museum Bochum, Rundgang „Steinkohle. Motor der Industrialisierung“ <https://www.bergbaumuseum.de/>

Touristische Informationen: Zeche Fürst Leopold in Dorsten – Zechen und Industriekultur im Ruhrgebiet ([ruhrgebiet-industriekultur.de](http://ruhrgebiet-industriekultur.de))

### 19 Bochum, Gemeinsame Arbeitsstelle Ruhr-Universität Bochum / Industriegewerkschaft Metall, Suttner-Nobel-Allee 4 (Opelring 1)

#### Die Opel-Schließung in Bochum und der Sozialtarifvertrag von 2014

„Ich war immer stolz darauf, mit der Marke Opel verbunden zu werden, denn wir haben viel gemeinsam. Deshalb freue ich mich, die Zusammenarbeit fortzusetzen und meinen Teil zum Comeback des Unternehmens beitragen zu können.“

Dieses Bekenntnis von Startrainer Jürgen Klopp aus dem Jahr 2017 war für den Opelstandort Bochum ohne Belang. Die Opelgeschichte in Bochum war schon Jahre zuvor zu Ende gegangen. Die Ansiedlung des Automobilwerks der Adam Opel AG in Bochum war Anfang der 1960er Jahre das Paradebeispiel für gelingenden Strukturwandel. Auf der Fläche der alten Zeche Dannenbaum entstand eine moderne Fabrik, in der in Hochzeiten einschließlich der Mitarbeiter\*innen von Zulieferunternehmen mehr als 20.000 Menschen beschäftigt waren, unter ihnen nicht wenige Bergleute, die die kriselnde Branche verließen. Aber nur gut 50 Jahre später war die Automobilproduktion in Bochum beendet. 2013 und 2014 schlossen die Opelwerke I und II. Schon 2004 wollte der Mutterkonzern General Motors die Werke in Bochum schließen, was nur durch einen siebentägigen Streik verhindert werden konnte. Änderungen in den Fertigungsverfahren,

Zulieferer von außerhalb des Bochumer Stadtgebietes lieferten fertige Komponenten zum Autobau, ließen die Beschäftigtenzahlen von Opel immer weiter sinken. Bis 2011 sank die Zahl der Opelarbeiter auf knapp über 5.000 und bis kurz vor dem Ende auf 3.500.

Die IG Metall als zuständige Gewerkschaft und die Betriebsräte unternahm zahlreiche Initiativen, um eine Opelschließung zu verhindern. 2012 stand ein Tarifvertrag zur Abstimmung, der die Werksschließung um zwei Jahre hinausgeschoben und Zeit für neue Initiativen geschaffen hätte. Der Tarifvertrag wurde von den Beschäftigten in einer Abstimmung jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt, nachdem die Mehrheit im Betriebsrat dies empfohlen hatte. Daraufhin wurden 2013 die Verhandlungen zu einem Sozialtarifvertrag aufgenommen, der unter Inkaufnahme des Endes der Automobilproduktion Perspektiven für die betroffenen Opelbeschäftigten und den Standort gewährleisten sollte. In den Verhandlungen zwischen der IG Metall und der Adam Opel AG wurde ein umfangreiches Maßnahmenpaket für die rund 3.300 Beschäftigten geschnürt. Der Vertrag war für Opel mit Gesamtkosten von rund 552 Millionen Euro verbunden, wie die IG-Metall ausgerechnet hatte. Vorgesehen waren etwa Abfindungen von bis zu 250.000 Euro je Beschäftigten. Hinzu kämen weitere 60 Millionen Euro für Investitionen in Ersatzarbeitsplätze. Das war weit mehr, als General Motors bei Werksschließungen in anderen Ländern hatte aufbringen müssen.



Die Planungen für das ehemalige Opel-Gelände; Quelle: <https://www.mark51-7.de/vision/>

Luftbild des Opel-Werks Bochum 2015; Foto: RVR Essen



Der Sozialtarifvertrag bot aber noch viel mehr. Opel-Beschäftigte, die das 60. Lebensjahr erreicht hatten, konnte ohne Abschlüsse in Rente gehen. Die jüngeren Beschäftigten wurden mit der Schließung des Werkes für zwei Jahre in eine Transfergesellschaft übernommen, um sie für neue Berufstätigkeiten zu qualifizieren. Bei sozialen Härten war sogar noch ein drittes Jahr festgeschrieben worden. Die Berufsausbildung bei Opel wurde unter der neuen Trägerschaft des TÜV-Nord fortgeführt und eine innovative Lernfabrik integriert, die unter maßgeblicher Mitwirkung der Gemeinsamen Arbeitsstelle der Ruhr-Universität Bochum und der IG Metall sowie des Lehrstuhls für Produktionssysteme der RUB in der Industriestraße 38c aufgebaut worden war. Sie dient nicht nur der gewerblichen Berufsausbildung, sondern ist auch Teil des ingenieurwissenschaftlichen Studiums an der Ruhr-Universität. Gerade für Studierende ist sie eine wertvolle Bereicherung, damit sie als kommende Führungskräfte nicht nur eine ingenieurwissenschaftliche und sozial- und arbeitswissenschaftliche Qualifikation, sondern auch Kenntnisse der Mitbestimmung erwerben. Darüber hinaus ist die Lernfabrik zu einer zentralen Ausbildungsstätte im Themenfeld der Digitalisierung der Arbeitswelten für Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaft

ter geworden. Mit der Berufsausbildung ist schließlich noch ein Qualifizierungszentrum für Geflüchtete verbunden worden.

Der Sozialtarifvertrag schrieb ferner fest, dass das Opel-Werk III in Bochum-Langendreer als Opel-Ersatzteilzentrum weitergeführt wird. 350 Beschäftigte aus den Opel-Werken I und II konnten dorthin wechseln und die Zahl der Beschäftigten ist auf 700 angestiegen, für die aktuell von der IG Metall wieder eine Beschäftigungssicherung bis 2025 vereinbart werden konnte. Dies ist ein klares Signal für den dauerhaften Bestand des Warenverteilzentrums, das mehr als 5.500 Händler in ganz Europa mit Ersatzteilen versorgt. Allerdings werden 300 neu eingestellte Mitarbeiter\*innen nach dem Tarifvertrag Kontraktlogistik NRW bezahlt, dessen Konditionen niedriger als im Metall-Tarif sind.

Der erfolgreich verlaufende Strukturwandel auf dem ehemaligen Gelände der Opel-Werke ist auch der Initiative der Ruhr-Universität Bochum und der Stadt Bochum zu verdanken. An der Ruhr-Universität wurde im Kontext der Schließung des Opel-Werkes das Konzept „Worldfactory“ entwickelt, das zum zentralen Wissenstransfer- und Gründungsprojekt aller neun Bochumer Hochschulen wurde. Im September 2019 wurde

ein Worldfactory Start-up Center im O-Werk auf dem Gelände MARK 51°7, dem ehemaligen zentralen Verwaltungsgebäude der Adam Opel AG, gegründet. Die Ansiedlung renommierter Unternehmen, wie VW Infotainment, Forschungs- und Entwicklungszentrum der Robert Bosch GmbH sowie des Max-Planck-Instituts für Cybersicherheit und Schutz der Privatsphäre, steht bevor. Aus dem Standort der ehemaligen Autofabrik wird ein Standort der Hochtechnologie und der wissensbasierten Wirtschaftsentwicklung. Die schon erfolgte Ansiedlung des DHL Logistikzentrums passt nicht in dieses Bild, hat aber immerhin eine beträchtliche Zahl neuer Arbeitsplätze gebracht.

Ohne die proaktiven Initiativen der Opel-Betriebsräte und ihrer Gewerkschaft sowie von zahlreichen Akteuren der Ruhr-Universität wäre der Strukturwandel im Bochumer Osten anders verlaufen. Die Vermeidung von Massenentlassungen, die Weiterqualifizierung der ehemaligen Opel-Beschäftigten in den Transfergesellschaften, die Fortführung der Berufsausbildung und der Ausbau der ehemaligen Lernfabrik zur Lern- und Forschungsfabrik wären ohne den Sozialtarifvertrag nicht möglich gewesen. Jetzt entstehen neue Arbeitsplätze auf MARK 51°7, die eine hohe Qualifikation der Beschäftigten voraussetzen. Es trifft sich gut, dass die Metropole Ruhr im Vergleich der Regionen das dichteste Hochschulnetz in Europa besitzt.



Das renovierte Verwaltungsgebäude der Adam Opel AG; Quelle: Gemeinsame Arbeitsstelle RUB/IGM

#### Literaturhinweise:

Wannöffel, Manfred: Von Kohle und Stahl zu Wissen und Bildung. Die Transformation der Arbeitswelten in Bochum, in: Rudolph, Karsten/Rüther, Daniela (Hg.): Bochum. Von hier aus, Münster 2021, S. 13-26.  
 Wannöffel, Manfred: Wissenschaft für die Arbeitswelt. Die Kooperation zwischen der IG Metall und der Ruhr-Universität Bochum, in: Adamski, Jens u.a. (Hg.): Forschung, Kultur und Bildung. Wissenschaft im Ruhrgebiet zwischen Hochindustrialisierung und Wissensgesellschaft, Essen 2020, S. 417-434.  
 Heyer, Rolf: Mark 51°7. Vom Acker zum Technologiestandort. Strukturwandel in Bochum-Laer, in: Farrenkopf, Michael u.a. (Hg.): Die Stadt der Städte. Das Ruhrgebiet und seine Umbrüche, Essen 2019, S. 552-556.  
 Blöcker, Antje / Palomo, Mark Esteban / Wannöffel, Manfred: Chancen und Grenzen nachhaltiger Standorte- und Beschäftigungssicherung Arbeitspapier, Düsseldorf 2013  
[https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-005565](https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-005565).  
 Sozialtarifvertrag zwischen der IG Metall und der Adam Opel AG <https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2014/06/Opel-Bochum-Sozialtarifvertrag-2014.pdf>

O-Werk Campus: <https://o-werk.com/>  
 Gemeinsame Arbeitsstelle RUB/ IG Metall: <https://www.rubigm.ruhr-uni-bochum.de/>  
 Lehrstuhl für Produktionssysteme, Lern- und Forschungsfabrik: <https://www.lps.ruhr-uni-bochum.de/lernfabrik/index.html>

## 20 Rheinberg, Gaststätte „Zur Schopsbröck“, Römerstr. 8a

### Die Wahl des ersten Betriebsrates bei Amazon in Rheinberg 2013 und der Kampf um die Anerkennung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft als Tarifpartner 2021

„Wir legen uns mit dem größten Händler der Welt an. Was machen wir da nur?“

Tim Schmidt hatte 2011 beim neu errichteten Amazon-Logistiklager in Rheinberg, Kreis Wesel, seine Arbeit als Teamleiter aufgenommen. Hunderte von Arbeitnehmer\*innen waren eingestellt worden, aber eine betriebliche Interessenvertretung, einen Betriebsrat, gab es nicht. Dabei lag vieles im Argen. Alle Beschäftigten waren ausschließlich befristet eingestellt worden, 13 Tage am Stück musste gearbeitet werden, erst danach gab es einen freien Tag. 7,5 Stunden pro Tag wurden mit einem mickerigen Stundenlohn von 9,68 € bezahlt, oft wurden es 10 Stunden am Tag, ohne dass es eine Überstundenvergütung gab. Weihnachtsgeld wurde auch nicht gezahlt, da es sich um eine

Leistung für nicht erbrachte Arbeit handele, wie der oberste Chef in den USA meinte. Und die Behandlung durch ruppige Vorgesetzte ließ auch sehr zu wünschen übrig.

Der neue Arbeitgeber, die US-amerikanische Firma Amazon, erst 1994 als Onlinebuchhändler gegründet, hatte eine rasante Entwicklung hinter sich und war zum größten Onlineversandhändler der Welt aufgestiegen. Neben dem Heimatmarkt USA war Deutschland zum zweitwichtigsten Standort des Unternehmens geworden. Schon 1999 war in Bad Hersfeld, mitten in Deutschland, das erste Logistiklager in Betrieb genommen worden, nichts anderes als ein riesiges Warenhaus, in dem die Kunden aber nicht zum Einkaufen eintreten, sondern nur noch über das Internet bestellen können. Amazon war nicht das erste Unternehmen, das den Versandhandel erfand, aber Kataloge, wie sie z. B. der Otto-Versand früher vertrieben hatte, gab es nicht mehr, sondern nur noch die Amazon-Homepage, auf der man mit der „1-Click“-Funktion eine Bestellung auslösen konnte. Das Geschäft war so erfolgreich, dass Amazon zahlreiche Mitbewerber aufkaufen konnte, und mittlerweile eine fast monopolartige Stellung erreicht hat. Amazon ist zum



Streikgelderfassung  
in der Gaststätte  
„Zur Schops-  
bröck“, 20.12.2021;  
Foto: W.J.

„Allesverkäufer“ geworden, eine Mischung aus Einzelhändler, Logistiker, Internetplattform, Technologieunternehmen, Anbieter von Musik- und Videostreaming-Diensten, Zeitungsverlag (Washington Post) und IT-Gerätehersteller. Allein in Deutschland haben 17,3 Millionen Menschen den Amazon Prime Dienst abonniert, weltweit sollen es 200 Millionen sein. Damit hat Amazon eine enge Kundenbindung geschaffen. 2020 arbeiteten über 1,3 Millionen Menschen weltweit für Amazon, der Jahresüberschuss betrug 12 Milliarden US-Dollar und der Unternehmensgründer Jeff Bezos gilt mit 197,3 Milliarden US-Dollar Vermögen als der zweitreichste Mann der Welt.

In Rheinberg war ein riesiges Logistikzentrum mit einer Fläche von 100.000 qm geschaffen worden, was der Größe von über 17 Fußballfeldern entspricht. Auf vier Etagen lagern hunderttausende von Produkten, die elektronisch erfasst sind und die mit einem Handscanner wieder aufgefunden werden können. Im Dreischichtbetrieb sind regulär 2.000 Menschen damit beschäftigt, die Produkte einzulagern oder entsprechend der Kundenbestellungen zusammenzusammeln, zu verpacken und zu versenden. Dabei müssen in einer Schicht von den Picker\*innen, die die bestellten Waren zusammensammeln, Wege von bis zu 20 km zurückgelegt werden. Von Oktober bis Ende Dezember werden jährlich zusätzlich 2.200 Saisonarbeiter\*innen beschäftigt, um das größere Bestellvolumen zu bewältigen. Die Saisonarbeiter\*innen haben eine Kündigungsfrist von einem Tag und können ohne Begründung entlassen werden. Arbeitsverträge werden von Amazon erst entfristet, wenn eine Beschäftigung über zwei Jahre ohne Unterbrechungen gegeben ist, womit die rechtlichen Möglichkeiten bis aufs Letzte ausgereizt werden.

Die Arbeit in den Logistikzentren ist kleinteilig standardisiert und monoton wie Fließbandarbeit in alten Automobilfabriken. Eine Einarbeitung ist in wenigen Stunden erledigt. Die Arbeitsschritte müssen genauestens eingehalten werden. Über einen Handscanner werden nicht nur die Produkte eingelagert und „wiedergefunden“, sondern auch die Arbeitsleistung der Beschäftigten wird



Sprecher der Ver.di-Vertrauensleute bei Amazon-Rheinberg und Betriebsrat Ralf Schütze, links, Ver.di-Sekretär Tim Schmidt, 20.12.2021;  
Foto: W.J.

kleinlich überwacht. Fehlzeiten sind gleich Anlässe für sogenannte Teamgespräche mit Vorgesetzten. Eine Amazon-Arbeiterin hat sich in einem Interview dazu geäußert:

„Ich meine, die Arbeit ist ehrlich gesagt hirnlos. Arbeit für dumme Affen. [...] Wenn du denkst, wirst du meistens rausgeschmissen. Das ist wirklich so, das haben wir schon des Öfteren mitbekommen. Die, die sich einbringen, die jetzt gute Vorschläge haben oder sonst was, also die waren nie lange da. Man muss so ein bisschen wissen, seine Intelligenz zu verstecken. Man muss einfach nur doof tun.“

Nicht von ungefähr arbeitet Amazon auch mit Transportrobotern, die die Menschen ersetzen sollen. Dass viele Amazon-Beschäftigte mit den Arbeitsbedingungen unzufrieden sind, kann nicht überraschen, wenn gleich manche Saisonarbeiter\*innen sich damit arrangieren, da sie das Unternehmen bald wieder verlassen. Nicht nur aus diesem Grund quälten Tim Schmidt Zweifel, ob es bei Amazon gelingen würde, einen Betriebsrat zu schaffen, der Einfluss auf die Arbeitsbedingungen nehmen könnte. Tim Schmidt war bei einem anderen Unternehmen schon 1998 in den Betriebsrat gewählt worden und hatte zeitweilig als Selbständiger Betriebsratsschulungen durchgeführt. Nun saßen fünf Amazon-Beschäftigte und Mitglieder der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Ver.di) im Hinterzimmer einer Gastwirtschaft zusammen und schmiedeten einen Plan. Mit Unterstützung der Ver.di bildeten Amazon-Beschäftigte einen Wahlvorstand, Wahllisten wurden eingereicht und im Frühjahr 2013 war es soweit. Rund 80 Prozent der Beschäftigten beteiligten sich an der Betriebsratswahl und die Ver.di-Liste er-



Haupteingang des Amazon-Logistiklagers in Rheinberg, 20.12.2021; Foto WJ.

reichte 15 von 21 Sitzen. Der neue Betriebsrat wählte Tim Schmidt zu seinem Vorsitzenden und jetzt begann erst die eigentliche Arbeit, das Ringen um bessere Arbeitsbedingungen. Kaum ein Jahr später rief Ver.di zum Streik auf, weil das Unternehmen sich strikt weigerte, einen Tarifvertrag abzuschließen, der Löhne und Arbeitsbedingungen regelt. Einen Tarifvertrag gab es nicht, aber Amazon erhöhte von sich aus die Löhne, die 2011 in der untersten Lohngruppe bei 9,68 € lagen. Mittlerweile sind sie, in 10 Jahren, auf 12,60 € gestiegen, da man sich anscheinend nicht die Blöße geben will, weniger als den gesetzlichen Mindestlohn zu zahlen, der demnächst auf 12 € festgesetzt werden wird.

Einen Tarifvertrag gibt es bis heute nicht. Ver.di fordert den Abschluss eines Anerkennungstarifvertrages zur Herstellung einer Tarifbindung an die Flächentarifverträge des Einzelhandels in Nordrhein-Westfalen sowie den Abschluss eines Tarifvertrages „Gute und gesunde Arbeit“. Ein Tarifvertrag würde die Arbeit der Betriebsräte ungemein erleichtern, da in diesem Fall wichtige Rahmenseetzungen für gesunde und gute Arbeitsplätze garantiert wären. Um mehr Gewerkschaftsmitglieder unter den Amazon-Beschäftigten zu gewinnen und beim Tarifvertrag voranzukommen, wechselte der Betriebsratsvorsitzende Tim Schmidt zur

Ver.di als hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär zum Bezirk Linker Niederrhein.

Am Sonntagabend, den 19. Dezember 2021 begann – wie auch in den vergangenen Jahren in der Woche vor Weihnachten – der einwöchige Streik der Amazon-Beschäftigten in Rheinberg, um Amazon endlich an den Verhandlungstisch für Tarifverhandlungen zu zwingen. Dass ein Unternehmen in der Größe von Amazon nicht zu Tarifverhandlungen bereit ist, ist in Deutschland eine Ausnahme und zugleich eine Bedrohung für die Tarifbindung in der Einzelhandelsbranche. Die Löhne bei Amazon liegen unter den Sätzen des Tarifvertrages im Einzelhandel, so dass Amazon dadurch einen Vorteil gegenüber Mitbewerbern in der Branche hat, die dem Tarifvertrag unterliegen. Der Tarifvertrag schafft Rechtssicherheit für die Beschäftigten. Sie können sich auf Löhne und faire Arbeitsbedingungen verlassen und die Betriebsräte haben bessere Einflussmöglichkeiten. Aber welche Zukunft hat der Tarifvertrag im (Online-) Einzelhandel, wenn der Branchenführer, nämlich Amazon, nicht mitmacht? Die Gewerkschafter\*innen bei Amazon und ihre Gewerkschaft haben das Problem erkannt. Aber aus eigener Kraft ist es bislang nicht gelungen, Amazon an den Verhandlungstisch zu bekommen, ein Problem, das die Gewerkschaften weltweit mit Amazon haben. Die Generalsekretärin des weltweiten Verbundes der Dienstleistungsgewerkschaften, Christy Hoffman, hat zu Amazon festgestellt:

„Der Konzern setzt den Einzelhandel, den Lebensmittelhandel, die Logistikbranche und andere Bereiche, in denen es noch Gewerkschaften und faire Löhne gibt, unter Druck, indem es die Arbeiter\*innen ausbeutet und auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse [...] setzt.“

Die Zukunft des Tarifvertrages in Deutschland, der schon nach dem Ersten Weltkrieg flächendeckend eingeführt worden ist und wesentlich zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer\*innen und ihrer Familien beigetragen hat, steht auf der Kippe, wenn sich die Unternehmen der New Economy, wie z. B. Amazon, Tesla, Google, Facebook, Microsoft, ihrer



Streik in Rheinberg im Mai 2017; Foto: Tim Schmidt

sozialen Verantwortung entziehen können. Die Gewerkschaften halten in Deutschland mit der Gewinnung neuer Mitglieder und dem Aufbau von Betriebsräten dagegen. In den USA konnten die Gewerkschaften ihre Anerkennung in vielen Betrieben der New Economy durchsetzen und somit Tarifverträge abschließen. Wichtig ist auch die staatliche Unterstützung durch die Garantie einer unteren Lohngrenze, des Mindestlohnes, der in Deutschland endlich auf das westeuropäische Niveau angehoben worden ist. Zudem regeln Tarifreuegesetze, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die tarifgebunden sind, also Tariflöhne bezahlen.

#### Biografie:

Tim Schmidt, 1970, 1986-1989 Elektrotechnischer Assistent, 1991-1997 Konzertaufbau, 1998-2007 Logistik Tech Data, 1998 Gewerkschaftsmitglied, 1998 bis 2007 Betriebsrat bei Tech Data, 2007-2010 selbständige Tätigkeit Betriebsräte-Schulungen, 2011 Amazon Rheinberg, 2013 – 2015 Betriebsratsvorsitzender in Rheinberg, seit 2015 Gewerkschaftssekretär bei der Ver.di

#### Literaturhinweise

Apicella, Sabrina: Das Prinzip Amazon. Über den Wandel der Verkaufarbeit und Streiks im internationalen Versandhandel, Hamburg 2021.  
 Apicella, Sabrina: Rough Terrains: Wages as Mobilizing Factor in German and Italian Amazon Distribution Centers (uni-due.de).  
 Boewe, Jörn/Schulten, Johannes: Der lange Kampf der Amazon-Beschäftigten. Labor des Widerstands: globale gewerkschaftliche Organisierung im Onlinehandel, Berlin 2019.  
 Fuchs, Martina/Dannenberg, Peter/Riedler, Tim/Wiedemann, Cathrin: Marktführer des Online-Handels. Wirkungen auf Arbeit und Beschäftigung in Deutschland, Study der Hans-Böckler-Stiftung 463, Düsseldorf 2021 [https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-008061](https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008061).

## Nachwort

### Die Metropole Ruhr - Ein sozialpolitisches Laboratorium seit 150 Jahren

Mit der Schließung der letzten Steinkohlenzeche im Ruhrgebiet 2018 ist zugleich eine besondere Geschichte der Mitbestimmung im Bergbau an ihr Ende gekommen. Das Ringen um eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer\*innen in der Wirtschaft ist damit jedoch keinesfalls abgeschlossen. 2021, in der Woche vor Weihnachten, streikten die Beschäftigten des Onlinehändlers Amazon in der Metropole Ruhr erneut für die Durchsetzung eines Tarifvertrages. Was im Bergbau zur Selbstverständlichkeit geworden war, ist heute in weiten Bereichen der Wirtschaft nicht (mehr) der Fall.

Mit dem Ende des industriellen Steinkohlenbergbaus an der Ruhr endet ein besonderes Zeitalter, das wie kein anderes durch wegweisende soziale Innovationen gekennzeichnet war, denen oft große soziale Konflikte vorangingen. Die Konflikte sind aber keinesfalls beendet, wie allein schon das Beispiel Amazon zeigt. Der Steinkohlenbergbau an der Ruhr war das „soziale Laboratorium“,<sup>1</sup> in dem grundlegende Antworten auf die soziale Frage gefunden wurden. Unlängst ist Amazon als „Labor des Widerstands“<sup>2</sup> bezeichnet worden, in dem die Beschäftigten um elementare Mitbestimmungsrechte kämpfen müssen, die im Bergbau seit Jahrzehnten schon verwirklicht waren. Die betriebliche Mitbestimmung hat mit den Arbeitersparnissen im Bergbau im wilhelminischen Kaiserreich ihre zentrale Vorgeschichte, die mit dem Hilfsdienstgesetz 1916 über den Bergbau hinaus ausgeweitet und dann mit dem Betriebsrätegesetz von 1920 auf alle Wirtschaftszweige ausgedehnt wurde.<sup>3</sup> Der Tarifvertrag konnte sich in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg durchsetzen, nachdem der Widerstand der Schwerindustrie an der Ruhr gebrochen war.<sup>4</sup> Die Unternehmensmitbestimmung entstand ebenfalls im Revier, zunächst in der Stahlindustrie und dann durch Gesetz 1951 für Kohle und Stahl.<sup>5</sup> Die Montanmitbestimmung wurde in den 1950er Jahren zum Ort einer „Ideenwerkstatt für Mitbestimmung“<sup>6</sup> und der Entwicklung einer sozialen Betriebspolitik. Mit der Gründung der Ruhrkohle AG und der Einführung der Betriebsdirektoren für Personal- und

Sozialfragen in jedem einzelnen Bergwerksbetrieb konnte die wirtschaftliche Mitbestimmung bis auf die Betriebsebene ausgedehnt werden.<sup>7</sup>

Das Ruhrrevier war das Kerngebiet der mächtigen Bergarbeiterbewegung mit den Verbandszentralen der Gewerkschaften in Bochum und Essen.<sup>8</sup> In der großen Industrie an der Ruhr fand nach dem Ersten wie nach dem Zweiten Weltkrieg das Ringen um die Sozialisierung statt. Ein Branchenvergleich gibt zudem bedeutende Hinweise, dass der Steinkohlenbergbau auch ein Laboratorium der Demokratie gewesen ist, das entscheidend zur Entwicklung eines korporatistischen Sozialstaats beigetragen hat.<sup>9</sup>

Verblissen die Erfahrungen der Gewerkschaftsbewegung immer mehr, so werden die Kämpfe marginalisierter Gruppen, die lange im Schatten der hegemonialen männlich geprägten Arbeiterbewegung gestanden haben, gänzlich unsichtbar. Dies gilt zuerst für das Streben der Frauen nach gleichen politischen und sozialen Rechten. Denn der Arbeitsmarkt im Ruhrgebiet ist trotz aller vergangenen Dominanz von Kohle und Stahl nie ein ausschließlicher Arbeitsmarkt der Berg- und Stahlarbeiter gewesen, ganz abgesehen davon, dass das montanindustrielle männliche Familiennährer-Modell ohne die unbezahlte Reproduktionsarbeit der Frauen nie funktioniert hätte.<sup>10</sup> Die Situation wandelte sich grundlegend mit der Schrumpfung des montanindustriellen Sektors. Die Textil- und Bekleidungsindustrie wurde in den 1950er zu einem wichtigen Bereich der Frauenerwerbstätigkeit, schrumpfte in den 1960er jedoch wegen des internationalen Konkurrenzdrucks dramatisch, ein Strukturwandel, der kaum Beachtung fand.<sup>11</sup> Heute hat sich der von Frauenarbeitsplätzen dominierte Handel im Ruhrgebiet zum beschäftigungsintensivsten Sektor entwickelt, der in vielen Bereichen ohne Mitbestimmung und Tarifverträge sein Dasein fristet. Kämpfe um Mitbestimmung hatten in diesen von Frauen geprägten Bereichen der Arbeitswelt auch in der Vergangenheit einen schwereren Stand und einen anderen Charakter als in der Großindustrie. Das Ruhrgebiet hat sich von einer „starken Industrieregion“, die durch die Mitbestimmung geprägt war, zu einer „schwachen Dienstleistungsregion“ mit geringeren Arbeitnehmer\*innenrechten entwickelt.<sup>12</sup>

Ebenso muss sich die Tatsache, dass das Ruhrgebiet seit der Industrialisierung ohne Migration nicht denkbar wäre, in den Erinnerungen an Mitbestimmung und soziale Kämpfe in der Region niederschlagen. Dies gilt für die spezifische Rolle von Migrant\*innen für Streikbewegungen, für migrantische Selbstorganisation, für soziale Rechte wie z. B. die Einbeziehung auch von Nicht-EWG-Ausländer\*innen in die betriebliche Mitbestimmung seit 1972.

In der Erinnerungskultur der Metropole Ruhr droht die Erinnerung an die sozialpolitischen Erfolge verloren zu gehen, die Geschichte der (erfolgreichen und gescheiterten) sozialen Konflikte und Kämpfe hat nur (noch) einen untergeordneten Stellenwert.<sup>13</sup> Dies zeigte sich sehr deutlich im Rahmen der Aktivitäten zum Ende des Steinkohlenbergbaus, die vornehmlich die Leistungen der Bergleute für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und die „Kumpelmentalität“ des Zusammenhalts und der Offenheit würdigten. Die sozialen Errungenschaften der Bergarbeiterbewegung, für die die Bergarbeiterbewegung einen über 150jährigen Kampf führen musste, blieben weitgehend unerwähnt.<sup>14</sup> Die Erinnerungskultur an der Ruhr ist insgesamt geprägt vom konsensorientierten, kooperativen Politikstil des Strukturwandels in der Montanindustrie, die nun an ihr Ende gekommen ist. Was der Region fehlt, ist eine lebendige, agonale Streitkultur, die helfen kann, Lösungen für die neuen Probleme und Herausforderungen zu finden.<sup>15</sup>

Die Erinnerung an die industrielle Vergangenheit der Metropole Ruhr wird von verschiedenen Institutionen getragen, wobei die vom Regionalverband Ruhr veranstaltete „Route Industriekultur“ die größte Reichweite hat. So haben 2017 mehr als 7 Millionen Menschen die Ankerpunkte der Route besucht, zu denen auch die bekannten Museen an der Ruhr gehören. Die großen Museen wie das Deutsche Bergbau-Museum und das Ruhr Museum haben die historischen Kämpfe und Konflikte an der Ruhr zum Thema gemacht, verzichten aber weitgehend darauf, die Ambivalenzen und Widersprüche in den Konflikten und Kämpfen zu thematisieren.<sup>16</sup> Was fehlt ist ein „demokratisch-streitiger Erinnerungsdiskurs“ auf über 150 Jahre wirtschaftlichen, demokratischen und sozialen Wandel in der Metro-

pole Ruhr, ein Blick der andere, neue mögliche Wege in die Zukunft anregen könnte.<sup>17</sup>

Die Route Industriekultur mit ihren 57 Primärstandorten spiegelt das materielle Erbe in Form von Zechen, Hüttenwerken, Halden, Kolonien und Aussichtspunkten. Die 31 Themenrouten mit über 1000 Sekundärstandorten geben detaillierte Informationen zu den materiellen Hinterlassenschaften, ihrer heutigen Verwendung und Weiterentwicklung. Das immaterielle Erbe, die soziale und die politische Geschichte der Metropole Ruhr und vor allem die Geschichte sozialer Bewegungen, wie der Arbeiterbewegung und der Frauenbewegung, werden in der Route Industriekultur jedoch nur verstreut und randständig thematisiert. Der bisherige Fokus liegt eindeutig auf den imposanten Kathedralen der Arbeit. Was im Rahmen der Industriekultur an der Ruhr fehlt, ist eine Demokratie- und Konfliktgeschichte, die die gelungenen und gescheiterten Kämpfe für zivile, politische und soziale Bürgerrechte zum Thema macht.

Die Themenroute „Mitbestimmung“ möchte damit beginnen, die Route Industriekultur durch einen Aspekt der immateriellen Überlieferung zu ergänzen. Sie will eine Geschichte der Mitbestimmung in der Metropole Ruhr der letzten 150 Jahre erzählen und dies mit topografischen Orten in der Region verbinden. Die topografischen Orte sind meist nicht so spektakulär, wie die großen Orte der materiellen Industriekultur. Oftmals gibt es nicht mehr als eine Gedenktafel vor Ort, die an vergangene Ereignisse erinnert und nicht selten bleibt nichts anderes übrig, als die Straße und Hausnummer zu nennen, wo das bedeutsame Ereignis stattgefunden hat, weil von dem historischen Gebäude nicht mehr als Bilder überliefert sind. Erinnerungsorte im Sinne des bedeutenden französischen Historikers Pierre Nora müssen keinesfalls topografische Orte sein, sondern sie sind Metaphern, Bilder, die sich in unterschiedlichen Formen und Praktiken konkretisieren. „Dergleichen Erinnerungsorte können ebenso materieller wie immaterieller Natur sein, zu ihnen gehören etwa reale wie mythische Gestalten und Ereignisse, Gebäude und Denkmäler, Institutionen und Begriffe, Bücher und Kunstwerke. [...] Erinnerungsorte sind sie nicht dank ihrer materiellen Gegenständlichkeit, sondern wegen ihrer symbolischen Funktion.“<sup>18</sup> So haben es die



Historiker Etienne Francois und Hagen Schulze in ihrer Einleitung zu den drei großen Bänden deutscher Erinnerungsorte treffend formuliert.

Die folgenden Erinnerungsorte der Themenroute Mitbestimmung sind hinsichtlich ihrer Relevanz für die Erinnerungskultur an der Ruhr ausgewählt worden. In diesen Erinnerungsorten kristallisieren sich kollektive Erinnerungen und Identitäten, mit denen bewusste Überlieferungsabsichten verbunden sind. Ausgangspunkt war also nicht ein

interessanter topografischer Ort, sondern ein für das kulturelle Gedächtnis der Region bedeutsamer immaterieller Erinnerungsort. Trotzdem wurde immer wieder versucht, den immateriellen Erinnerungsorten passende topografische Orte zuzuordnen. Somit kann diese Themenroute sowohl als eine Geschichte der Mitbestimmung in der Metropole Ruhr dienen, als auch punktuell genutzt werden, um die Geschichte der Industriekultur an einem konkreten Ort um eine immaterielle Dimension zu erweitern.

1 Müller-Jentsch, Walther: Industrielle Beziehungen in der Region: Das Ruhrgebiet als sozialpolitisches Laboratorium, in: Hirsch-Kreinsen, Hartmut/Wolf, Harald (Hg.): Arbeit, Gesellschaft, Kritik. Orientierungen wider den Zeitgeist, Berlin 1998, S. 151-177.

2 Boewe, Jörn/Schulten, Johannes: Der lange Kampf der Amazon-Beschäftigten. Labor des Widerstands. Globale gewerkschaftliche Organisation im Onlinehandel, Analysen Nr. 57, 2. Auflage, hg. v. der RLS, Berlin 2019.

3 Milert, Werner/Tschirbs, Rudolf: Die andere Demokratie. Betriebliche Interessenvertretung in Deutschland, 1848 bis 2008, Essen 2012.

4 Tschirbs, Rudolf: Tarifpolitik im Ruhrbergbau 1918 – 1933, Berlin u. New York 1986, S. 21-50.

5 Jäger, Wolfgang/Lauschke, Karl/Mittag, Jürgen (Hg.): Mitbestimmung im Zeichen von Kohle und Stahl. Debatten um die Montanmitbestimmung im nationalen und europäischen Kontext, Essen 2020, S. 7-9, 29-41, 61-80.

6 Lauschke, Karl: Die halbe Macht. Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945 bis 1989, Essen 2007.

7 Ranft, Norbert: Vom Objekt zum Subjekt. Montanmitbestimmung, Sozialklima und Strukturwandel im Bergbau seit 1945, Köln 1988.

8 Jäger, Wolfgang: Soziale Sicherheit statt Chaos. Beiträge zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung an der Ruhr, Essen 2018, S. 11-21.

9 Mitchell, Timothy: Carbon Democracy. Political Power in the Age of Oil, London/New York 2013, S. 12-42.

10 de Jong, Jutta: „Wir müssen ja auch hungern, wenn ihr arbeitet!“ Zur Rolle der Bergarbeiterfrauen in den großen Streiks zwischen 1889 und 1912, in: Ditt, Karl/Kift, Dagmar (Hg.): 1889 Berg-

arbeiterstreik und Wilhelminische Gesellschaft, Hagen 1989, S. 69-86.

11 Goch, Stefan: Übersehener Strukturwandel in der Textil- und Bekleidungsindustrie, in: Farrenkopf, Michael u.a. (Hg.): Die Stadt der Städte. Das Ruhrgebiet und seine Umbrüche, Essen 2019, S. 212-219.

12 Beese, Birgit/Schneider, Brigitte: Arbeit an der Mode. Zur Geschichte der Bekleidungsindustrie im Ruhrgebiet, Essen 2001.

13 Berger, Stefan: Industrial Heritage and the Ambiguities of Nostalgia for an Industrial Past in the Ruhr Valley, Germany, in: Labor. Studies in Working-Class History, 16 (2019), S. 37-64.

14 Symptomatisch dafür ist das von der WAZ mit einer Auflage von 275.000 verbreitete Panini Buch: Schwarzes Gold. Die Geschichte des Steinkohlenbergbaus und die Zukunftsgestaltung in den Bergbauregionen.

15 Berger, Stefan/Golombek, Jana: Memory Culture and Identity Constructions in the Ruhr Valley in Germany, in: Berger, Stefan (Hg.): Constructing Industrial Pasts. Heritage, Historical Culture and Identity in Regions Undergoing Structural Economic Transformation, New York/Oxford 2020, S. 199-215; Berger, Stefan/Jäger, Wolfgang/Teichmann, Ulf (Hg.): Gewerkschaften im Gedächtnis der Demokratie. Welche Rolle spielen soziale Kämpfe in der Erinnerungskultur? Bielefeld 2022.

16 Jäger, Wolfgang: Soziale Bürgerrechte im Museum. Die Repräsentation sozialer Demokratie in neun kulturhistorischen Museen, Bielefeld 2020, S. 135-173.

17 Berger, Stefan u.a. (Hg.): Zeit-Räume Ruhr. Erinnerungsorte des Ruhrgebiets, Essen 2019, S. 40-42.

18 Francois, Etienne/Schulze, Hagen (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, S. 17/18.

## Impressum

### Herausgeber:

Regionalverband Ruhr  
Die Regionaldirektorin  
Kronprinzenstraße 35  
45128 Essen  
www.rvr.ruhr

### Projektleitung:

Referat Industriekultur  
www.route-industriekultur.ruhr

### Gestaltung:

Schacht 11, Essen  
www.schacht11.ruhr

Änderungen vorbehalten

## Der Autor

### Wolfgang Jäger (Dr. phil.)

Research Fellow am Institut für soziale Bewegungen und Lehrbeauftragter der Ruhr-Universität Bochum; zuvor Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung des DGB und Arbeitnehmervertreter in diversen Aufsichtsräten